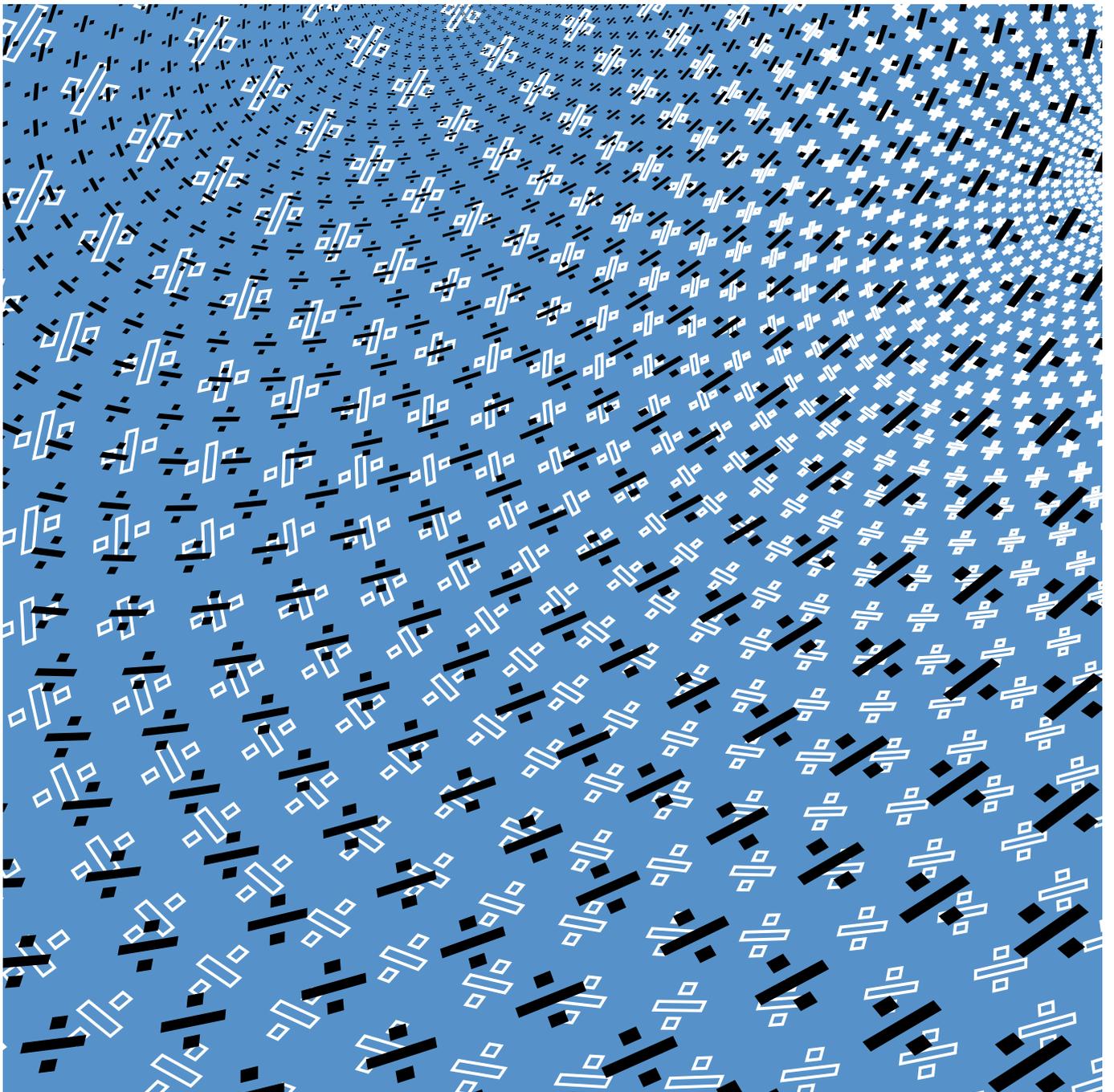


Finanzielle Situation der privaten Haushalte

Zusammensetzung und Verteilung der Einkommen



Die vom Bundesamt für Statistik (BFS)
herausgegebene Reihe «Statistik der Schweiz»
gliedert sich in folgende Fachbereiche:

- 0** Statistische Grundlagen und Übersichten
- 1** Bevölkerung
- 2** Raum und Umwelt
- 3** Arbeit und Erwerb
- 4** Volkswirtschaft
- 5** Preise
- 6** Industrie und Dienstleistungen
- 7** Land- und Forstwirtschaft
- 8** Energie
- 9** Bau- und Wohnungswesen
- 10** Tourismus
- 11** Verkehr und Nachrichtenwesen
- 12** Geld, Banken, Versicherungen
- 13** Soziale Sicherheit
- 14** Gesundheit
- 15** Bildung und Wissenschaft
- 16** Kultur, Informationsgesellschaft, Sport
- 17** Politik
- 18** Öffentliche Verwaltung und Finanzen
- 19** Kriminalität und Strafrecht
- 20** Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung
- 21** Nachhaltige Entwicklung und Disparitäten auf regionaler und internationaler Ebene

Finanzielle Situation der privaten Haushalte

Zusammensetzung und Verteilung der Einkommen

Bearbeitung Jürg Furrer
Claire Jobin
Paul Röthlisberger
Eli Weiss

Herausgeber Bundesamt für Statistik (BFS)

Herausgeber: Bundesamt für Statistik (BFS)
Auskunft: Jürg Furrer, BFS, Tel. 032 713 61 84, E-Mail: juerg.furrer@bfs.admin.ch
Claire Jobin, BFS Tel. 032 713 67 08, E-Mail: claire.jobin@bfs.admin.ch
Paul Röthlisberger, BFS, Tel. 032 713 67 87, E-Mail: paul.roethlisberger@bfs.admin.ch
Autoren: Jürg Furrer, Claire Jobin, Paul Röthlisberger, Beat Schmid, Lukas Schweizer, Eli Weiss
Vertrieb: Bundesamt für Statistik, CH-2010 Neuchâtel
Tel. 032 713 60 60 / Fax 032 713 60 61 / E-Mail: order@bfs.admin.ch
Bestellnummer: 879-0700
Preis: Fr. 9.– (exkl. MWST)
Reihe: Statistik der Schweiz
Fachbereich: 20 Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung
Originaltext: Deutsch und Französisch
Übersetzung: Sprachdienste BFS
Titelgrafik: Netthoevel & Gaberthüel, Biel
Grafik/Layout: BFS
Copyright: BFS, Neuchâtel 2007
Abdruck – ausser für kommerzielle Nutzung –
unter Angabe der Quelle gestattet
ISBN: 978-3-303-20018-6

[Korrigierte Version vom 22.12.2009](#)
[Berichtigungen siehe Erratum im Anhang](#)

Inhaltsverzeichnis

Einführung	5	5	Transfereinkommen	26
Teil I: Zusammensetzung des gesamten Einkommens	7	5.1	Geldleistungen der Sozialversicherungen	28
1 Einleitung	8	5.2	Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen	30
2 Erwerbseinkommen aus unselbständiger Tätigkeit	11	5.3	Sonstige soziale Geldleistungen	33
2.1 Definition des Erwerbseinkommens aus unselbständiger Tätigkeit	11	5.4	Schadenversicherungsleistungen	33
2.2 Entwicklung des Erwerbseinkommens	11	5.5	Übrige laufende Transfers	34
2.3 Erklärung der Entwicklung	12	5.6	Fazit	35
2.4 Fazit	14	6	Schlussfolgerungen	36
3 Vermögenseinkommen	16	Teil II: Einkommensverteilung und Ungleichheit	37	
3.1 Zinsen	17	7	Einleitung	38
3.2 Ausschüttungen und Gewinnentnahmen	18	7.1	Drei Einkommensstufen	39
3.3 Fazit	19	7.2	Einkommen als Wohlfahrtsindikator: Äquivalenzeinkommen	39
4 Erwerbseinkommen aus selbständiger Tätigkeit	20	8	Vom Bruttoeinkommen zum verfügbaren Einkommen: Zwangsausgaben	41
4.1 Entwicklung der Lage der Selbständig-erwerbenden	21	8.1	Situation 2004	41
4.2 Fazit	25	8.2	Entwicklung zwischen 1998 und 2004	42

9	Analyse der Einkommensungleichheit	45
9.1	Brutto-Äquivalenzeinkommen 2004	46
9.2	Verfügbares Äquivalenzeinkommen 2004	46
9.3	Kurzfristig verfügbares Äquivalenzeinkommen	47
9.4	Entwicklung 1998-2004	48
9.5	Erwerbshaushalte – Rentnerhaushalte	49
10	Schlussfolgerungen	50
Anhang		51
A	Definition der Hauptbestandteile des gesamten Einkommens in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	51
B	Hauptunterschiede zwischen dem Einkommenskonzept der Canberra Group und dem hier verwendeten Einkommenskonzept	52
C	Verwendete Statistiken	52
D	Vergleich VGR – EVE	54
E	Glossar	56
F	Abkürzungsverzeichnis	59
Literatur		60

Einführung

Das Einkommen der privaten Haushalte ist sowohl aus wirtschafts- als auch aus sozialpolitischer Sicht eine wichtige Grösse. Aus Sicht der Makroökonomie wird das Einkommen definitionsgemäss entweder konsumiert oder gespart¹ und bildet somit einen zentralen Pfeiler der Konjunktur. Der Anteil des Konsums der privaten Haushalte beträgt ca. 60% des Bruttoinlandprodukts (BIP) und ist die am wenigsten volatile Grösse der Verwendungsarten, d.h. der Nachfragekomponenten des BIP. Andererseits ist das Einkommen ein Indikator für die ökonomische Wohlfahrt: Einem Haushalt geht es materiell umso besser, je höher sein reales Einkommensniveau ist. In der Armutsforschung beispielsweise gilt das Einkommen zwar nicht als einziges, aber doch als sehr wichtiges Merkmal der Armut. Phänomene wie der Prozess der Verarmung oder die Unterversorgung in den Bereichen Gesundheit, Bildung oder Wohnen stehen in engem Zusammenhang mit dem Einkommen.

Der Doppelcharakter des Einkommens zeigt sich auch in der Datengrundlage. In der Schweiz liefert die Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE) die Daten für die Mikroebene. Die Makroebene wird durch die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) abgebildet, wobei diese eine Synthesestatistik sind, d.h. sie stützen sich auf viele verschiedene Statistiken, für die Einkommen der privaten Haushalte u.a. auch auf die EVE. In dieser Publikation kann kein optimaler Brückenschlag zwischen den beiden Ansätzen vorgenommen werden². Dem Doppelcharakter des Einkommens wird aber in zwei Teilen Rechnung getragen. Im ersten Teil wird das gesamte Einkommen der privaten Haushalte und dessen Zusammensetzung auf der Grundlage der Zahlen der VGR untersucht. Thema des zweiten Teils ist der Übergang vom Bruttoeinkommen zum verfügbaren und zum kurzfristig verfügbaren Einkommen. Zudem wird die Verteilung des Einkommens analysiert.

¹ Vom verfügbaren Bruttohaushaltseinkommen wird der grösste Teil, nämlich rund 85%, konsumiert und rund 15% gespart (Quelle: VGR).

² Eine Möglichkeit, den Mikro- und Makroansatz in Übereinstimmung zu bringen, ist die sogenannte *social accounting matrix (SAM)*. Diese teilt den Haushaltssektor, der in den VGR einen monolithischen Block bildet, in verschiedene Teilspektoren auf und erlaubt auf diese Weise, die Beziehung zwischen der Struktur einer Volkswirtschaft und der Verteilung des Einkommens (und der Ausgaben) von verschiedenen sozio-ökonomischen Gruppen zu analysieren (Canberra Group 2001, S. 6). Ein Projekt zur Etablierung einer solchen SAM für die Schweiz ist in Ausarbeitung.

Teil I: Zusammensetzung des gesamten Einkommens

1 Einleitung

Dieser Teil behandelt die Zusammensetzung des gesamten Einkommens der privaten Haushalte in der Schweiz und untersucht, wie sich die Einkommenskomponenten zwischen den Jahren 1990 und 2004 verändert haben.

Die verwendete Definition des gesamten Einkommens stützt sich weitgehend auf den international anerkannten Einkommensbegriff, den die Canberra Group ausgearbeitet hat: «*Income presents a partial view of economic well-being and represents the regular or recurring receipts side of household economic accounts. It provides a measure of resources available to the household for consumption and saving.*» (Canberra Group 2001, S. 3). Das Einkommen der Haushalte weist mithin sowohl einen Mikroaspekt (Ebene der einzelnen privaten Haushalte bzw. von Haushaltsgruppen) als auch einen Makroaspekt (Ebene der gesamten Volkswirtschaft) auf (vgl. auch Canberra Group 2001, S. 5). Durch seinen Doppelcharakter kann es als Bindeglied zwischen der Wirtschafts- und der Sozialstatistik dienen.

Die Resultate dieses ersten Teils stützen sich hauptsächlich auf Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und repräsentieren die aggregierten Einkommen für die Gesamtbevölkerung, nicht aber für einzelne Haushalte bzw. Haushaltsgruppen. Für die Betrachtung der Einkommenskomponenten in ihrer Gesamtheit eignen sich die Makrodaten der VGR besonders. Die Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE) hingegen liefert für die Einkommen der Privathaushalte sehr detaillierte Resultate nach Haushaltsgruppen. Diese Mikrodaten sind für die Analyse der Einkommensverteilung im zweiten Teil notwendig. Da sich die Definitionen der Haushalte in den beiden Statistiken leicht unterscheiden, ist die Vergleichbarkeit der Einkommensdaten nicht vollständig gegeben. Dies ist insbesondere auf die unterschiedliche Berücksichtigung der z.B. in Altersheimen oder Gefängnissen lebenden Personen zurückzuführen (in der EVE als kollektive Haushalte definiert und nicht berücksichtigt, in den VGR im Teilssektor sonstige private Haushalte zusammengefasst und miteinbezogen). Auch

die unterschiedliche Zuordnung³ der in den VGR als private Organisationen ohne Erwerbszweck (POoE, z.B. gemeinnützige Organisationen, politische Parteien, Kirchen, Kulturzentren) bezeichneten Einheiten beeinflussen – wenn auch nur gering⁴ – die Zahlen. Schliesslich verfügen die VGR lückenlos über alle Zahlen für die gewählte Zeitspanne, was bei der EVE nicht der Fall ist. Weitere Definitionsunterschiede zwischen den verschiedenen Datenquellen werden im Anhang beschrieben.

Das gesamte Einkommen der privaten Haushalte stammt aus vier verschiedenen Quellen:

- Erwerbseinkommen aus unselbständiger Tätigkeit
- Vermögenseinkommen
- Erwerbseinkommen aus selbständiger Tätigkeit (auch Selbständigeneinkommen oder Nettobetriebsüberschuss genannt)
- Transfereinkommen

Erstens erhält ein privater Haushalt ein Einkommen als Gegenleistung zu einer verrichteten Arbeit, das so genannte *Erwerbseinkommen aus unselbständiger Tätigkeit*. Seine Höhe wird vor allem durch den Arbeitsmarkt (der wiederum mit der konjunkturellen Entwicklung zusammenhängt), die Produktivität des Faktors Arbeit und die Beschäftigungsstruktur bestimmt. Zweitens können die Ersparnisse auf dem Kapitalmarkt angelegt werden, die entsprechenden Erträge bilden das *Vermögenseinkommen*. Bei selbständig Erwerbenden, die ein Einzelunternehmen oder eine Personengesellschaft ohne eigene Rechtspersönlichkeit betreiben und damit keine Buchführungspflicht haben, kann nicht unterschieden werden, welcher Teil des Einkommens eine Entlohnung für die geleistete Arbeit des Selbständigerwerbenden bildet (der so genannte Unternehmerlohn) und welcher Teil ihm als Besitzer in Form

³ Für die POoE wird zwar zum Teil eine eigene Kontensequenz geführt. Im Einkommensverteilungskonto, dessen Werte in der vorliegenden Untersuchung Verwendung finden, werden sie aber zum Sektor private Haushalte gezählt.

⁴ Die Ausnahme bildet die Position D.75 «Übrige laufende Transfers». Dort beträgt der Anteil der Einkommen der POoE 80–90% (vgl. Kapitel 5.5).

eines Gewinns des Unternehmens zufällt. Dieses Einkommen wird *Nettobetriebsüberschuss* oder *Selbständigeneinkommen* genannt (vgl. Kapitel 4; ESVG § 8.19). Zu diesem Selbständigeneinkommen werden auch die Mieteinnahmen der privaten Haushalte gezählt. Schliesslich können die privaten Haushalte als vierte Einkommensquelle ein *Transfereinkommen* beziehen, sei es durch öffentliche Transfers im Rahmen der Sozialpolitik der öffentlichen Hand (z.B. AHV-Renten, Taggelder der Krankenversicherung, Heilkosten), sei es durch private Transfers (z.B. Schadenversicherungsleistungen, Alimente, Erbschaften, Lottogewinne⁵).

Das gesamte Einkommen der privaten Haushalte entspricht dem Einkommen, das in den VGR auf der so genannten Aufkommenseite verbucht wird, welche die Wertzuflüsse erfasst. Aus diesem gesamten Einkommen leisten die privaten Haushalte verschiedene Zahlungen, die auf der Verwendungsseite der VGR verbucht werden. Es handelt sich um die folgenden Positionen:

- Einkommen- und Vermögensteuern
- Beiträge der Arbeitgeber und –nehmer an die Sozialversicherungen
- Nettoprämien für Schadenversicherungen
- Übrige laufende Transfers
- Passivzinsen

Das daraus resultierende *verfügbare* Einkommen wird entweder für den Konsum oder die Ersparnisse verwendet.

Das gesamte Einkommen ist höher als das Einkommen, das die privaten Haushalte tatsächlich erhalten und das ihnen zur Verfügung steht. Im gesamten Einkommen sind zum Teil auch Einkommen enthalten, die den einen Haushalten ab- und den anderen Haushalten zufließen und sich per Saldo innerhalb des Sektors private Haushalte aufheben. Beispiele für solche intra-sektoriellen Flüsse sind:

- die Beiträge für die Sozialversicherungen, die wiederum als Transfers an die privaten Haushalte ausbezahlt werden (z.B. AHV, IV, OKPV, UV, ALV).
- die übrigen Transferzahlungen seitens der privaten Haushalte, die Transfereinkommen für andere private Haushalte bilden (z.B. Alimente).
- die bezahlten Passivzinsen, die Zinseinkommen für die Gläubiger bilden (die allerdings zum kleinsten Teil private Haushalte sind).

⁵ Hier gibt es eine weitere Abweichung zum Einkommenskonzept der Canberra Group, welche Erbschaften und Lottogewinne nicht als Einkommensbestandteil betrachtet (vgl. Kapitel 5.5).

Es liegt hier also eine gewisse «Überlappung» vor, nicht aber eine Doppelzählung im eigentlichen Sinn, denn es handelt sich nicht um gleiche Aggregate, die zweimal erfasst werden. Die Beiträge für die Sozialversicherungen sind z.B. nicht völlig identisch mit den ausbezahlten Leistungen. So umfassen die Einnahmen der AHV, der IV und der OKPV nicht nur Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber, sondern auch Beiträge der öffentlichen Hand und Kapitalerträge, die für die AHV 2005 ca. 30% der Einnahmen ausmachten.

Zum gesamten Einkommen werden weiterhin die von den Versicherungen bezahlten Heilkosten gezählt, auch wenn die Haushalte nicht direkt über dieses Geld verfügen. Das Einkommen wird also primär unter dem Aspekt betrachtet, welche Mittel die privaten Haushalte für den Konsum verwenden können (den Heilkosten stehen konsumierte Leistungen der Haushalte wie z.B. Operationen oder medizinische Rehabilitationen gegenüber), und nicht unter dem Aspekt, welches Geld tatsächlich für Ausgaben zur Verfügung steht.

Obwohl das gesamte Einkommen höher ist als das tatsächlich verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, ist es sinnvoll, ersteres zum Gegenstand unserer Untersuchungen zu machen. Die Zusammensetzung des Einkommens kann nur auf der Ebene des gesamten Einkommens ausgewiesen werden, nicht aber auf der Ebene des verfügbaren Einkommens. Wenn man ausserdem die Einkommensstruktur von Untersektoren der privaten Haushalte untersuchen will⁶, ist es sinnvoll, die Einkommensquellen brutto zu erfassen und nicht den Saldo der intra-sektoriellen Flüsse zu nehmen.

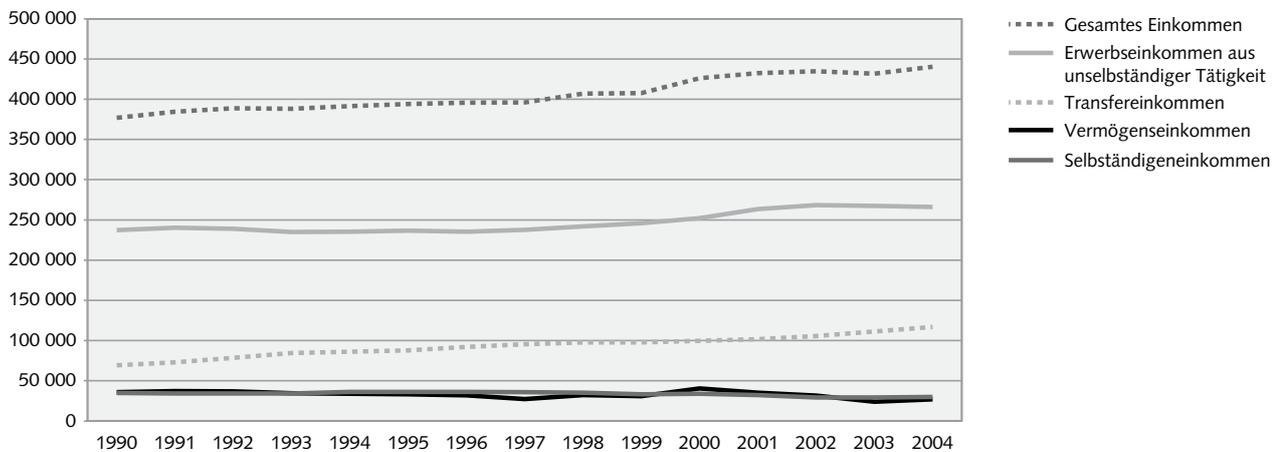
Das gesamte Einkommen der privaten Haushalte in der Schweiz wies im Jahre 2004 ein Volumen von 440 Mrd. Franken auf. Dies entspricht gegenüber dem Jahr 1990 einer realen Zunahme⁷ von insgesamt knapp 17%, im jährlichen Durchschnitt von 1,1%. Grafik G1 zeigt die Entwicklung des gesamten Einkommens der

⁶ Rentnerhaushalte bezahlen z.B. weniger Sozialversicherungsbeiträge und Erwerbshaushalte erhalten weniger Transfers von Sozialversicherungen. Die Einkommensstruktur der Untersektoren wird in der vorliegenden Publikation allerdings nicht analysiert.

⁷ Die Deflationierung erfolgt, indem der Wert für jedes Jahr zu Preisen des Vorjahres berechnet wird. Die Indizes der einzelnen Jahre werden anschliessend verkettet. Basisjahr ist das letzte Jahr der Untersuchung, also 2004. Falls nichts anderes erwähnt ist, wurde die Deflationierung auf der Grundlage des Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) vorgenommen. Die Verwendung dieses Index trägt dem Aspekt des Konsums, unter dem das Einkommen in dieser Publikation analysiert wird, Rechnung. Der LIK gibt die Entwicklung der Preise der Konsumgüter in der Schweiz wieder. Er wird durch einen fixen Warenkorb berechnet, der die Güter des privaten Konsums (Nahrung, Alkohol und Tabak, Bekleidung, Wohnen und Energie, Haushalt, Gesundheit, Verkehr, Kommunikation, Freizeit und Kultur, Bildung, Gaststätten) enthält. Diese werden gemäss ihrer Bedeutung im Budget der Konsumierenden gewichtet. Nicht im Warenkorb enthalten sind u.a. Steuern sowie Prämien für Sozial- und Privatversicherungen.

Entwicklung des gesamten Einkommens der privaten Haushalte in der Schweiz und seine vier Hauptkomponenten, in Mio. Franken, zu konstanten Preisen, 1990–2004

G 1

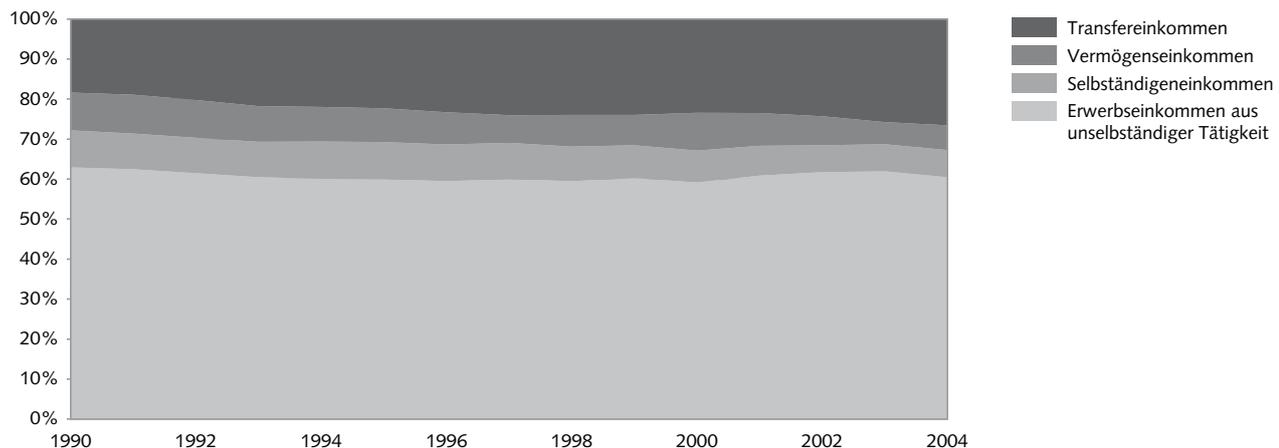


Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Die vier Hauptkomponenten in Prozent des gesamten Einkommens, 1990–2004

G 2



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

privaten Haushalte von 1990 bis 2004 zu konstanten Preisen. Dabei ist ersichtlich, dass das Erwerbseinkommen aus unselbständiger Tätigkeit mit 266 Mrd. Franken die mit Abstand wichtigste Einkommensquelle bildet, gefolgt vom Transfereinkommen (117 Mrd. Franken) sowie dem Selbständigen- und dem Vermögenseinkommen mit 30 Mrd. Franken bzw. 27 Mrd. Franken.

Die Bedeutung der Transfereinkommen hat in der untersuchten Zeitspanne deutlich zugenommen (vgl. Grafik G2). Betrug ihr Anteil am gesamten Einkommen im Jahre 1990 erst 18%, so stieg er 2004 auf 27%. Das Erwerbseinkommen aus unselbständiger Tätigkeit nahm

etwas weniger stark zu als das gesamte Einkommen der privaten Haushalte; sein Anteil reduzierte sich entsprechend von 63% auf 60%. Der Anteil der beiden kleinsten Einkommenskomponenten ist ebenfalls gesunken, das Selbständigeneinkommen von 9% auf 7% und das Vermögenseinkommen von 9% auf 6%. Diese beiden Komponenten haben sich auch am volatilsten entwickelt. Der parallele Verlauf des Vermögens- und des Selbständigeneinkommens ist zufällig, ein inhaltlicher Zusammenhang besteht nicht. In den folgenden Kapiteln wird die Entwicklung der vier Komponenten detaillierter untersucht.

2 Erwerbseinkommen aus unselbständiger Tätigkeit

2.1 Definition des Erwerbseinkommens aus unselbständiger Tätigkeit⁸

Das Erwerbseinkommen aus unselbständiger Tätigkeit (im Folgenden kurz Erwerbseinkommen) umfasst die Bruttolöhne, welche an die Arbeitnehmer entrichtet werden, sowie die Sozialbeiträge, welche die Arbeitgeber zugunsten der Arbeitnehmer bezahlen. Zu den Bruttolöhnen gehören die Grundlöhne, die Zuschläge, Gratifikationen, Boni etc. (vgl. ESVG § 4.02ff.). In den VGR entspricht dieser Wert der Position D.1 «Arbeitnehmerentgelt». Zu berücksichtigen ist, dass in den Bruttolöhnen auch die Sozialbeiträge, die der Arbeitnehmer zu entrichten hat, enthalten sind. Zudem sind die Einkommenssteuern noch nicht abgezogen⁹. Wir betrachten hier nur das Erwerbseinkommen aus unselbständiger Tätigkeit, da das Erwerbseinkommen der Selbständigerwerbenden in den VGR nicht isoliert werden kann. Dieser Punkt wird in Kapitel 4 behandelt (Erwerbseinkommen aus selbständiger Tätigkeit).

2.2 Entwicklung des Erwerbseinkommens

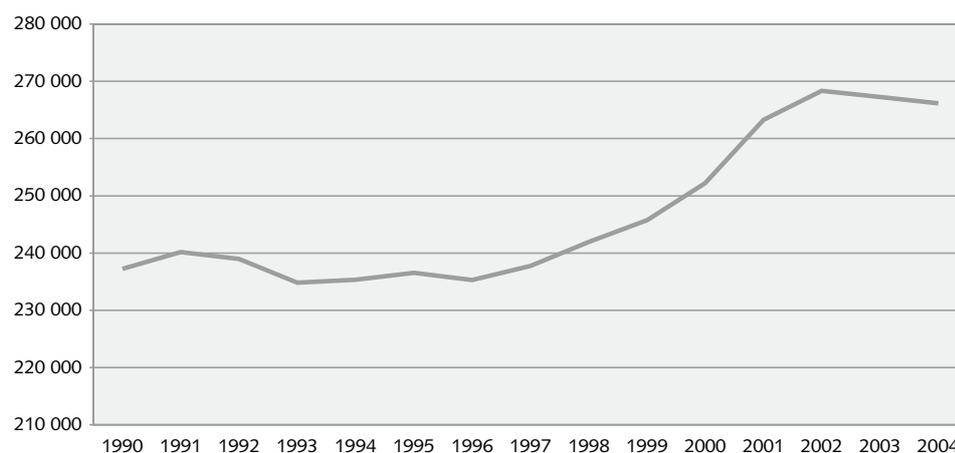
Während der Zeitspanne von 1990 bis 2004 nimmt das Erwerbseinkommen zu konstanten Preisen um 12% zu und beträgt 2004 etwas mehr als 266 Mrd. CHF. Trotz dieser Zunahme geht der Anteil des Erwerbseinkommens am gesamten Einkommen der privaten Haushalte in Anbetracht der starken Zunahme der Transfers leicht zurück (von 63% auf 60%).

Die Zunahme des Erwerbseinkommens verläuft nicht konstant und kann in drei Phasen unterteilt werden, die in etwa, zum Teil mit einer gewissen Verzögerung, den Konjunkturphasen folgen.

Insgesamt lassen sich im Zeitraum von 1990 bis 2004 die folgenden Konjunkturphasen unterscheiden (vgl. Grafik G4)¹⁰:

Entwicklung des Erwerbseinkommens aus unselbständiger Tätigkeit, in Mio. Franken, zu konstanten Preisen, 1990–2004

G 3



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

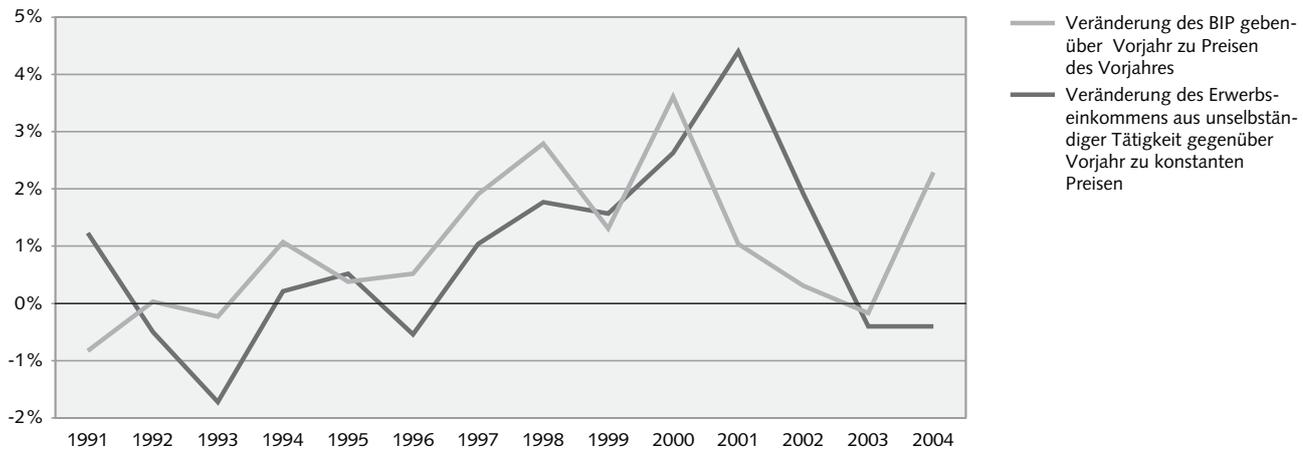
⁸ Zur Definition der verschiedenen Einkommensarten vgl. Anhang A.

⁹ Der Bruttolohn zuzüglich der Sozialbeiträge der Arbeitgeber und vor Abzug der Einkommenssteuer wird auch als Bruttobruttolohn bezeichnet.

¹⁰ Zur Analyse der Entwicklung der Schweizer Wirtschaft von 1990 bis 2002 siehe auch Bundesamt für Statistik (2005).

Veränderung des Bruttoinlandprodukts und des Erwerbseinkommens aus unselbständiger Tätigkeit, 1991–2004

G 4



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

1990–1996

Der Anfang der 90er-Jahre zeichnet sich durch eine starke Konjunkturverlangsamung mit einem Null- oder Negativwachstum des BIP von 1991 bis 1993 aus. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Die wirtschaftliche Lage verbessert sich zwar 1994, aber dieser Aufschwung bestätigt sich in den folgenden zwei Jahren nicht. Der schlepende Konjunkturverlauf widerspiegelt sich auch im Verlauf der Entwicklung des Erwerbseinkommens. Von 1990 bis 1996 stagnieren die realen Erwerbseinkommen, in gewissen Jahren (1992 und 1993) sinken sie sogar.

1997–2000

Während diesem Zeitabschnitt erfolgt ein wirtschaftlicher Aufschwung mit einer positiven BIP-Wachstumsrate in jedem Jahr. Der Höchstwert (+3,6%) wird 2000 erreicht. Die Arbeitslosigkeit nimmt ab. Entsprechend steigen auch die Erwerbseinkommen.

2001–2003

Diese Periode zeigt eine starke Verlangsamung der Konjunktur. Die BIP-Wachstumsrate nimmt ab und ist 2003 sogar negativ (-0,2%). Die Arbeitslosigkeit beginnt wieder zu steigen. Trotzdem ist im Jahr 2001 ein verstärktes reales Wachstum des Erwerbseinkommens zu verzeichnen. In den Jahren 2003 und 2004 ist die reale Wachstumsrate negativ, d.h. das Erwerbseinkommen ist gesunken. Die konjunkturelle Lage ändert sich 2004 und 2005, wobei die BIP-Wachstumsrate wieder positiv ist. Gemäss den Quartalsschätzungen des SECO setzte sich diese Entwicklung auch im Jahr 2006 fort. Das Erwerbseinkommen in den Jahren 2005 und 2006 liegt ausserhalb des Zeitrahmens der vorliegenden Untersuchung. Es ist aber zu vermuten, dass es in diesen Jahren wiederum gestiegen ist.

2.3 Erklärung der Entwicklung

Um die Entwicklung des Erwerbseinkommens besser untersuchen zu können, wird es in die beiden Faktoren «geleistete Arbeitsstunden» und «Erwerbseinkommen pro geleistete Arbeitsstunde» aufgeteilt.

2.3.1 Entwicklung der geleisteten Arbeitsstunden

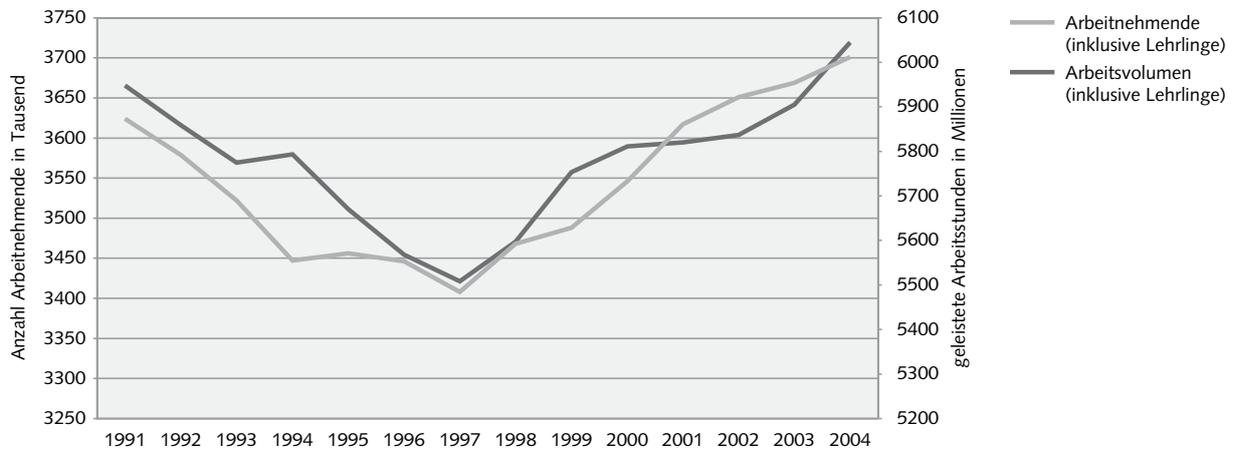
Die Daten zur Anzahl Arbeitnehmenden (inkl. Lehrlinge) in Grafik G5 stammen aus der Erwerbstätigenstatistik (ETS). Berücksichtigt sind in dieser Statistik auch Teilzeitbeschäftigte. Die Arbeitsvolumenstatistik (AVOL) liefert die Anzahl geleisteter Arbeitsstunden der Arbeitnehmenden inklusive Lehrlinge.

Das Arbeitsvolumen (Anzahl geleistete Stunden) folgt in etwa dem Konjunkturverlauf. Während der rezessiven Jahre 1990–1997 sinkt es und steigt im Verlaufe des Aufschwungs in den Jahren 1997 bis 2001 wieder an. Allerdings ist eine, wenn auch nur leichte Zunahme des Arbeitsvolumens in den Jahren (2002 und 2003) mit niedrigem bzw. negativem Wirtschaftswachstum ersichtlich. Wie Grafik G5 verdeutlicht, entwickelt sich das Arbeitsvolumen sehr ähnlich wie die Zahl der Arbeitnehmenden. Die beiden Kurven zeigen abgesehen vom Jahr 1994 ein identisches Verlaufsmuster. Die durchschnittlichen Arbeitszeitpensen pro Arbeitnehmer haben sich im Konjunkturverlauf nicht gross geändert¹¹.

¹¹ Die durchschnittliche Arbeitszeit pro Arbeitnehmer betrug zwischen 1990 und 2004 1630 Stunden. Der maximale Wert war 1994 1681 Stunden, der minimale Wert 2002 1599 Stunden.

Entwicklung der Anzahl Arbeitnehmenden und der geleisteten Arbeitsstunden, 1991–2004

G 5

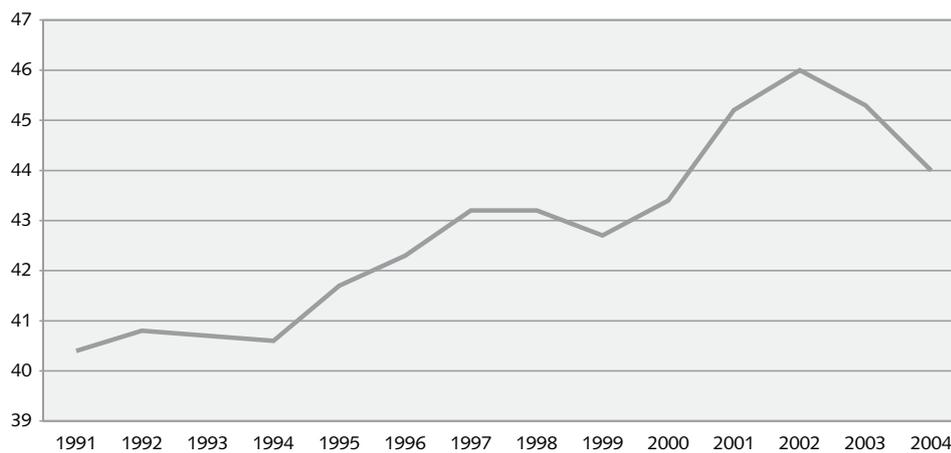


Quelle: Arbeitsvolumenstatistik (AVOL), Erwerbstätigenstatistik (ETS)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Entwicklung des Erwerbseinkommens pro geleistete Arbeitsstunde (inklusive Lehrlinge), in Franken, zu konstanten Preisen, 1991–2004

G 6



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR), Arbeitsvolumenstatistik (AVOL)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

2.3.2 Entwicklung des Erwerbseinkommens pro geleistete Arbeitsstunde

Der zweite Faktor des Erwerbseinkommens ist das Erwerbseinkommen pro geleistete Stunde (Quotient aus dem Erwerbseinkommen und der geleisteten Arbeitsstunden der Arbeitnehmenden inklusive Lehrlinge). Seinen Verlauf stellt Grafik G6 dar.

Die Entwicklung des Erwerbseinkommens pro Stunde hängt ihrerseits wieder mit verschiedenen Faktoren zusammen, von denen zwei näher betrachtet werden, nämlich die Produktivität und die Änderung der Beschäftigungsstruktur. Weitere Faktoren, wie beispielsweise die Qualifikation der Arbeitnehmenden, die Lohnverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmenden

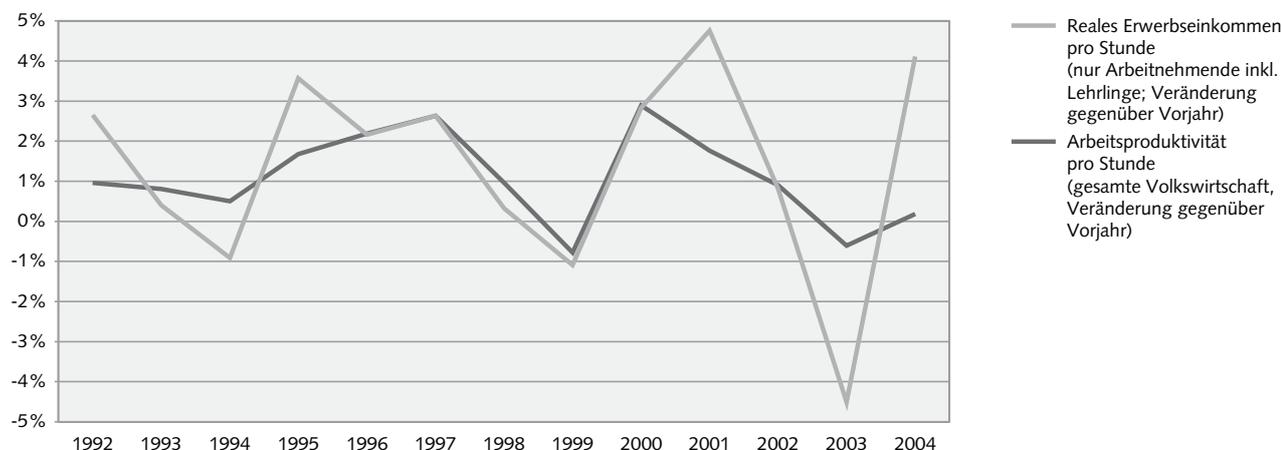
oder allfällige Gesamtarbeitsverträge, beeinflussen diese Entwicklung ebenfalls, sie werden in dieser Analyse aber nicht näher untersucht.

a) Zusammenhang mit der Arbeitsproduktivität:

Grafik G7 zeigt die Wachstumsraten des realen Erwerbseinkommens pro geleistete Arbeitsstunde einerseits sowie der Arbeitsproduktivität der gesamten Volkswirtschaft pro Stunde. Es zeigt sich, dass ein enger Zusammenhang zwischen Produktivität und Erwerbseinkommen besteht: Beide Grössen entwickeln sich parallel, wobei die Wachstumsrate der Einkommen stärker variiert. Die starke Zunahme des realen Erwerbseinkommens im Jahr 2001 dürfte unter anderem auch auf die überdurchschnittlich hohen Bonuszahlungen zurückzuführen sein.

Entwicklung der Arbeitsproduktivität der gesamten Volkswirtschaft¹ und des realen Erwerbseinkommens pro Stunde², 1992–2004

G 7



¹ In diesem Kapitel ist eigentlich ausschliesslich die Produktivität der Arbeitnehmenden von Interesse. Die Produktivität pro geleistete Stunde kann aber nur für die Arbeitnehmenden und die Selbständigen insgesamt berechnet werden.

² Das Erwerbseinkommen in dieser Grafik unterscheidet sich in zweierlei Hinsicht vom Erwerbseinkommen, wie es sonst in der vorliegenden Publikation berechnet wird. Erstens basiert das Erwerbseinkommen (wie im übrigen auch die anderen Einkommenskomponenten) in dieser Publikation auf dem Inländerkonzept, d.h. es umfasst die Erwerbseinkommen, die in der Schweiz wohnhafte Arbeitskräfte aus dem In- und Ausland erhalten (Wert für das Jahr 2004: 266 Mrd. CHF; Aufkommenseite in den VGR). Das Erwerbseinkommen in dieser Grafik basiert hingegen auf dem Inlandskonzept, d.h. es umfasst die Entgelte, die inländische Arbeitgeber den im Inland tätigen Arbeitnehmern, die im Inland oder im Ausland wohnen, bezahlen (Wert für das Jahr 2004: 276 Mrd. CHF; Verwendungseite in den VGR). Dieser Wechsel des Konzepts muss deshalb vorgenommen werden, weil die Berechnung der Produktivität ebenfalls auf dem Inlandskonzept beruht. Zweitens wird das Erwerbseinkommen nicht mit dem LIK, sondern mit dem BIP-Deflator deflationiert. Dies deshalb, weil beim Vergleich zwischen Produktivität und Erwerbseinkommen nicht der Aspekt des Konsums der Haushalte, sondern der Aspekt der Produktion des Faktors Arbeit im Vordergrund steht.

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR), Arbeitsvolumenstatistik (AVOL)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

b) Zusammenhang mit der Beschäftigungsstruktur

Auch die Veränderung der Beschäftigungsstruktur wirkt sich auf die Entwicklung des Erwerbseinkommens pro Stunde aus. Die Branchen mit höheren Löhnen machen 2004 einen höheren Anteil an der Beschäftigung (in Vollzeitäquivalenz) aus als 1991 (vgl. Tabelle T1). Umgekehrt nimmt der Anteil der Branchen mit mittleren oder niedrigen Löhnen ab. Ein Teil der Zunahme des Erwerbseinkommens von 1990 bis 2004 ist demnach sehr wahrscheinlich auf strukturelle Veränderungen zurückzuführen.

2.4 Fazit

Die Erwerbseinkommen der Arbeitnehmenden machen mit mehr als 60% den grössten Teil des Einkommens der privaten Haushalte aus. Sie sind im betrachteten Zeitraum von 1990 bis 2004 im jährlichen Durchschnitt real um 0,8% gestiegen. Allerdings erfolgte die Zunahme nicht kontinuierlich. Die Erwerbseinkommen aus unselbständiger Tätigkeit folgen mehr oder weniger der Konjunktur, manchmal mit einer leichten Verzögerung. So verschlechtert sich zwar die wirtschaftliche Lage ab 2001, doch die Erwerbseinkommen legen noch bis 2002 zu und nehmen erst ab 2003 ab. Die Entwicklung der Erwerbseinkommen lässt sich in die beiden Faktoren «Zahl der geleisteten Arbeitsstunden» und «Erwerbseinkommen pro geleistete Arbeitsstunde» aufteilen. Die Zahl der geleisteten Stunden folgt in etwa der konjunkturellen Entwicklung. Die Entwicklung des Einkommens pro Stunde hängt eng mit der Arbeitsproduktivität und der Beschäftigungsstruktur zusammen.

T1 Beschäftigung in Vollzeitäquivalenz gemäss den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach Lohnkategorie, Business-Sektor¹, 1991/2004

Lohnkategorien ²	Relativer Anteil ³		Durchschnittliche jährliche Veränderung 1991–2004
	1991	2004	
1. Hohe Löhne	15,8%	20,3%	1,8%
Kreditgewerbe			
Versicherungsgewerbe			
Immobilien, Informatik, F&E, Dienstleistungen für Unternehmen			
Unterrichtswesen			
2. Mittlere Löhne	53,8%	50,2%	-0,7%
Sekundärsektor			
Verkehr, Nachrichtenübermittlung			
Gesundheits- und Sozialwesen			
Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen			
3. Niedrige Löhne	26,0%	25,1%	-0,4%
Handel, Reparatur			
Gastgewerbe			

¹ Die Schätzung der durchschnittlichen jährlichen Veränderung der Beschäftigung in Vollzeitäquivalenz, die auf der Stufe der VGR erfolgt, ist nur für den Business-Sektor verfügbar.

² Wir haben auf der Basis der Resultate der Schweizerischen Lohnstrukturerhebung 2004 für den Privatsektor drei Lohnkategorien gebildet. Hohe Löhne: Medianwert des standardisierten Bruttomonatslohns höher als 6000 CHF; mittlere Löhne: Medianwert des standardisierten Bruttomonatslohns zwischen 5000 und 6000 CHF; niedrige Löhne: Medianwert des standardisierten Bruttomonatslohns tiefer als 5000 CHF. Der Medianwert aller standardisierten Bruttomonatslöhne des Privatsektors (ohne Landwirtschaft) belief sich 2004 auf 5500 CHF. Die standardisierten Bruttomonatslöhne beruhen auf einer Vollzeitäquivalenz von 4 1/3 Wochen zu 40 Arbeitsstunden.

³ Da die Beschäftigung in der Landwirtschaft nicht in der Schweizerischen Lohnstrukturerhebung berücksichtigt wurde, erscheint sie nicht in der Tabelle. Somit ist die Summe der prozentualen Anteile tiefer als 100.

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR), Schweizerische Lohnstrukturerhebung (LSE)

3 Vermögenseinkommen

Das Vermögenseinkommen hat sich zwischen 1990 und 2004 deutlich verkleinert, nämlich insgesamt um 24%, was einer durchschnittlichen jährlichen Abnahme von 2% entspricht. Dabei verlief die Entwicklung insgesamt keineswegs kontinuierlich, wie Grafik G8 zeigt. Die 27 Mrd. CHF des Vermögenseinkommens machten 2004 ca. 6% des gesamten Einkommens aus, nachdem der Anteil im Jahre 1990 noch knapp 10% betrug.

Das Vermögenseinkommen wird in den VGR in zwei Komponenten unterteilt¹²:

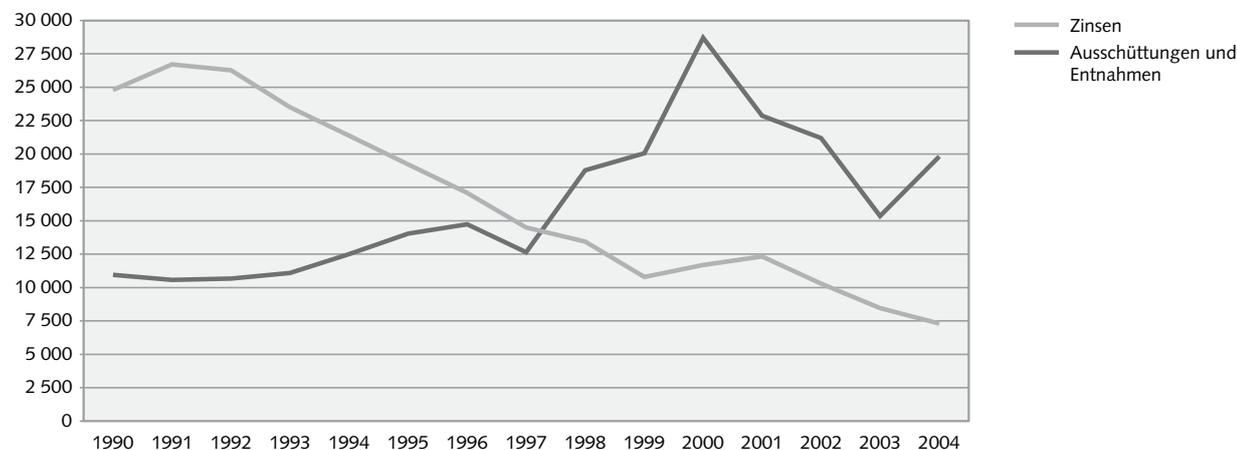
- Zinseinnahmen (D.41)
- Ausschüttungen und Gewinnentnahmen (D.42)

Die Mieteinnahmen bilden ebenfalls ein Einkommen aus dem Vermögen, sie sind aber nicht Teil des Vermögenseinkommens, sondern des Nettobetriebsüberschusses (vgl. Kapitel 4).

Die Zinseinnahmen einerseits wie auch die Ausschüttungen und Gewinnentnahmen andererseits haben sich im untersuchten Zeitraum sehr unterschiedlich entwickelt (vgl. Grafik G8).

Entwicklung der beiden Komponenten des Vermögenseinkommens, in Mio. Franken, zu konstanten Preisen, 1990–2004

G 8



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR)

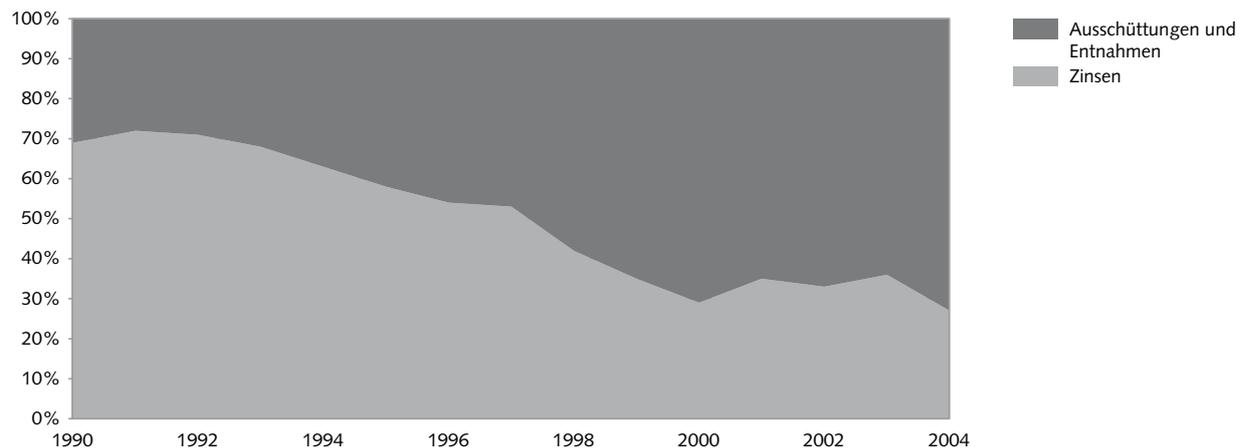
© Bundesamt für Statistik (BFS)

¹² Die weiteren Bestandteile des Vermögenseinkommens in den VGR, die reinvestierten Gewinne aus der/an die übrige Welt (D.43), die Vermögenseinkommen aus Versicherungsverträgen (D.44) und die Pachteincome (D.45), werden in der vorliegenden Analyse nicht berücksichtigt. Die reinvestierten Gewinne aus der/an die übrige Welt werden in den schweizerischen VGR für den Sektor private Haushalte mit dem Wert 0 und die Pachteincome nicht speziell, sondern zusammen mit den Zinsen ausgewiesen. Die Vermögenseinkommen aus Versicherungsverträgen bilden einen rein fiktiven Geldfluss.

Die Zinseinkommen sind deutlich und ziemlich kontinuierlich gesunken, die Ausschüttungen und Entnahmen zwischen den Jahren 1997 und 2000 stark gestiegen und nach 2000 wieder stark gesunken. Entsprechend haben sich die Anteile verändert (vgl. Grafik G9).

Das Zinseinkommen und die Ausschüttungen und Entnahmen in Prozent des Vermögenseinkommens, 1990–2004

G 9



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

3.1 Zinsen

In der vorliegenden Analyse werden nur die *Zinseinnahmen* der privaten Haushalte berücksichtigt, nicht aber die Zinszahlungen. Dies in Abweichung zum Einkommenskonzept der Canberra Group, welche den Saldo aus Zinseinnahmen und -zahlungen der privaten Haushalte verwendet (vgl. Canberra Group, 2001, S. 20, 122). Bei den Zinszahlungen handelt es sich hauptsächlich um Hypothekarzinsen, die den wichtigsten Teil der Wohnkosten der Wohneigentümer bilden. Die entsprechenden Wohnkosten für die Mieter, nämlich die Wohnungsmiete, sind aber implizit im gesamten Einkommen enthalten¹³; sie werden vom Einkommen abgezogen, um das kurzfristig verfügbare Einkommen zu berechnen (vgl. Teil II). Um Mieter und Wohneigentümer gleich zu behandeln, werden deshalb die Hypothekarzinsen ebenfalls nicht vom gesamten Einkommen abgezogen.

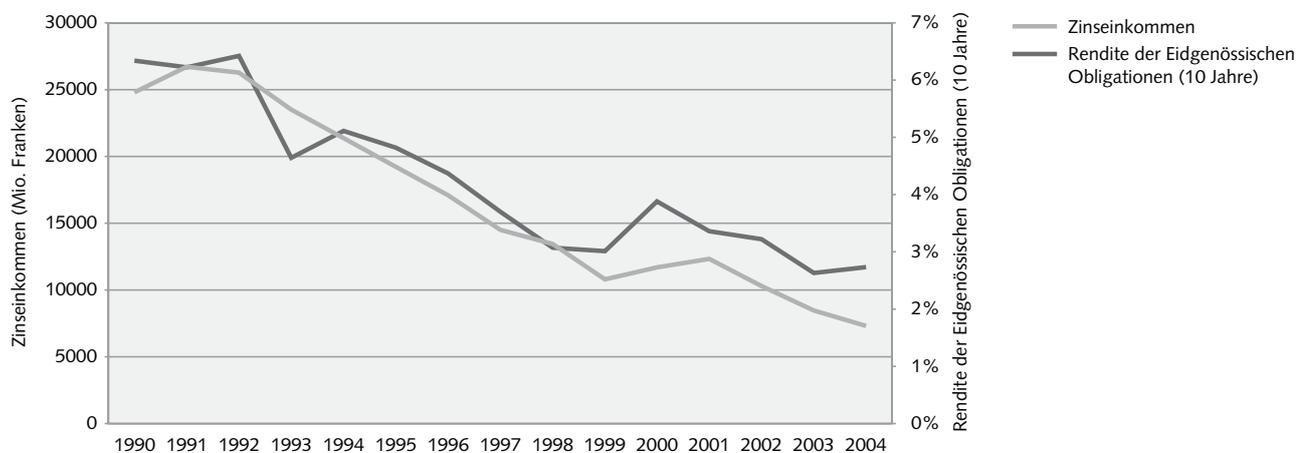
Die Zinseinnahmen umfassen Zinsen auf Einlagen bei Banken, auf Wertpapiere ohne Anteilsrechte, Finanzderivate, Kredite und sonstige Forderungen (ESVG § 4.43).

Das Zinseinkommen der privaten Haushalte ist zwischen 1990 und 2004, insbesondere zwischen 1991 und 1999, kontinuierlich gesunken. Betrug das Zinseinkommen im Jahre 1990 noch 69% der gesamten Vermögenseinkommen, waren es 2004 noch gerade 27%. Das Zinseinkommen hat in dieser Zeitspanne inflationsbereinigt um ca. 71% (im jährlichen Durchschnitt um 8,4%) abgenommen und lag 2004 bei 7.3 Mrd. CHF. Diese Abnahme kann auf das allgemein sinkende Zinsniveau in der Schweiz zurückgeführt werden, das seinerseits wiederum mit der internationalen Zinsentwicklung und der tendenziell rückläufigen Teuerung in der Schweiz zusammenhängt. Ein Vergleich der Zinseinkommen der privaten Haushalte mit den langfristigen Zinsen in der Schweiz (gemessen an der Rendite der 10jährigen eidgenössischen Obligationen) zeigt, dass die Entwicklung dieser beiden Grössen weitgehend parallel verläuft (vgl. Grafik G10). Ein sinkendes Zinsniveau bedeutet, dass die Attraktivität festverzinslicher Anlagen abgenommen hat. Es ist möglich, dass die privaten Haushalte ihr

¹³ Die Hypothekarzinsen der Wohneigentümer sind zwar nicht vollständig äquivalent mit dem Mietzins der Mieter, für die Zwecke dieser Analyse kann aber annäherungsweise eine Gleichheit unterstellt werden.

Vergleich der Rendite der Eidgenössischen Obligationen (10 Jahre)¹ mit den realen Zinseinkommen, 1990–2004

G 10



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR)
¹ Schweizerische Nationalbank (SNB): Statistisches Monatsheft

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Vermögensportfeuille umgeschichtet haben. Eine empirische Überprüfung dieser Aussage ist gegenwärtig allerdings nicht möglich¹⁴.

3.2 Ausschüttungen und Gewinnentnahmen

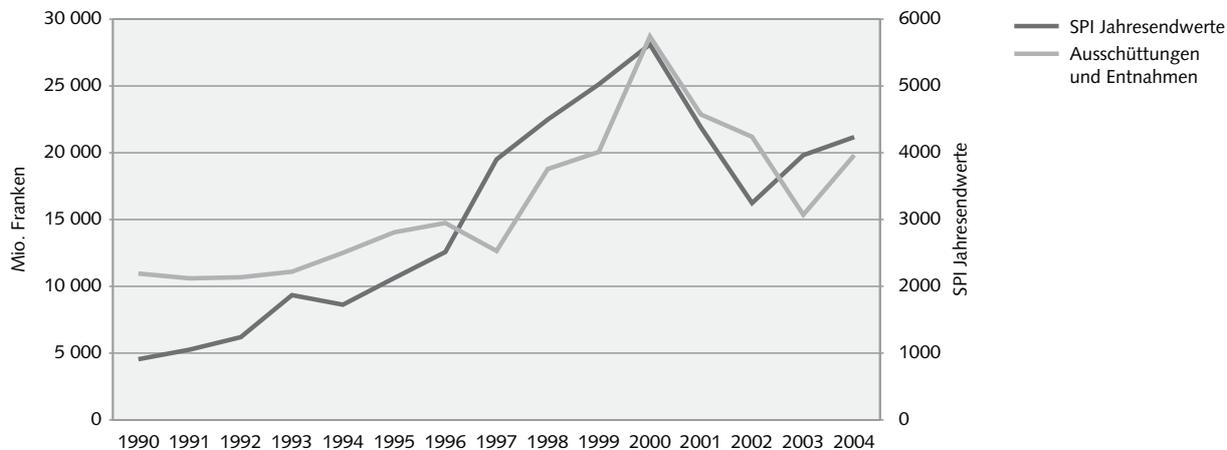
Ausschüttungen werden definiert als Einkommen, «... das die Eigentümer von Aktien und anderen Beteiligungen als Gegenleistung dafür erhalten, dass sie Kapitalgesellschaften finanzielle Mittel zur Verfügung stellen» (ESVG § 4.53). Dazu gehören Dividendenzahlungen, Abgabe von weiteren Aktien, Optionen etc. Gewinnentnahmen andererseits sind «... die Beiträge, die die Eigentümer für ihren eigenen Bedarf tatsächlich den erzielten Gewinnen ihrer Quasi-Kapitalgesellschaften entnehmen.» (ESVG § 4.55). Der Betrag der Gewinnentnahmen liegt deutlich unter demjenigen der Ausschüttungen.

Die Entwicklung des Einkommens aus Ausschüttungen und Gewinnentnahmen hängt eng mit der Entwicklung der Börsenkurse zusammen. Grafik G11 vergleicht das Einkommen aus Ausschüttungen und Gewinnentnahmen mit dem Swiss Performance Index (SPI). Dieses Einkommen machte im Jahr 1990 31% des Vermögens-

einkommens aus. Seine Bedeutung nahm bis 1993 leicht ab, dann wurde sein Gewicht im Zuge des Börsenbooms in der zweiten Hälfte der 90er Jahre (new economy, start-up-Firmen) kontinuierlich grösser. Im Jahr 2000 entfielen 71% aller Vermögenseinkommen auf diese Komponente. In den 90er Jahren stieg das Einkommen aus Ausschüttungen und Gewinnentnahmen mithin um 162% auf ein Rekordhoch von real über 28 Mrd. CHF. Der Börsencrash im Jahre 2001 (historischer Einbruch des Dow-Jones-Industrial im September 2001 wegen der Anschläge auf das World-Trade-Center in New York) führte zu einem dramatischen Rückgang dieser Einkommenskomponente. Sie nahm bis 2003 um 46% ab und lag bei 15,2 Mrd. CHF. Im Jahre 2004 stieg sie wiederum auf knapp 20 Mrd. CHF. Im gesamten Zeitraum von 1990 bis 2004 nahm das Einkommen aus Ausschüttungen und Gewinnentnahmen real um ca. 81% zu (im jährlichen Durchschnitt um 4,3%).

¹⁴ Eine Finanzierungsrechnung für die privaten Haushalte und die POoE ist erst ab dem Jahr 1999 verfügbar (vgl. SNB 2006). In der Finanzierungsrechnung der SNB wird der Wert angegeben, d.h. die Bestände der jeweiligen Forderungen und Verpflichtungen in Mio. CHF, nicht aber die Zahl der Transaktionen. Ein sinkender Wert einer Vermögensanlage ist aber nicht gleichbedeutend mit einer Umschichtung, sondern kann auf einer tieferen Bewertung der Anlage beruhen.

Vergleich der Entwicklung des Swiss Performance Index (SPI) mit den realen Einkommen aus Ausschüttungen und Entnahmen, 1990–2004 G 11



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR), Swiss Performance Index (SPI)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

3.3 Fazit

Das Vermögenseinkommen ist im Zeitraum von 1990 bis 2004 real um 24% gesunken, was einem jährlichen Wert von 2% entspricht. Der Grund dafür sind die stark abnehmenden Zinserträge, die sich parallel zu den langfristigen Zinssätzen entwickelt haben. Die Einkommen aus Ausschüttungen und Entnahmen stiegen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre enorm an, bevor sie im Zuge des Börsencrash von 2001 wieder einbrachen. Über den gesamten Zeitraum betrachtet sind die Einkommen aus Ausschüttungen und Gewinnentnahmen aber gewachsen. Das Total der Vermögenseinkommen machte im Jahr 2004 noch 6% des gesamten Einkommens der privaten Haushalte aus.

4 Erwerbseinkommen aus selbständiger Tätigkeit

Das Erwerbseinkommen aus selbständiger Tätigkeit, kurz Selbständigeneinkommen, wird von Unternehmungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit und ohne Buchführungspflicht erzeugt, die dem Sektor private Haushalte zugerechnet werden. Die Entlohnung für die Arbeit, welche vom Eigentümer oder von Mitgliedern seiner Familie geleistet wird (Unternehmerlohn), kann in solchen Unternehmen nicht vom erzielten Gewinn des Unternehmers unterschieden werden. Vielmehr fließen beide Komponenten in den gleichen Saldo ein, den so genannten Nettobetriebsüberschuss (Position B.2n in den VGR). Diese Grösse der VGR verwenden wir zur Messung des Erwerbseinkommens aus selbständiger Tätigkeit.

Im Nettobetriebsüberschuss bzw. Selbständigeneinkommen sind auch die Mieteinkommen der privaten Haushalte enthalten. Diese umfassen sowohl effektive als auch fiktive Mieteinkommen. Die effektiven Mieteinnahmen werden durch das Vermieten eines Hauses oder einer Wohnung erwirtschaftet und verursachen einen Geldstrom. Die fiktiven Mieteinnahmen kommen hingegen den Haus- oder Wohnungseigentümern zu, die in ihrem eigenen Haus leben und dafür keine Miete bezahlen müssen. Die fiktiven Mieteinkommen sind also das

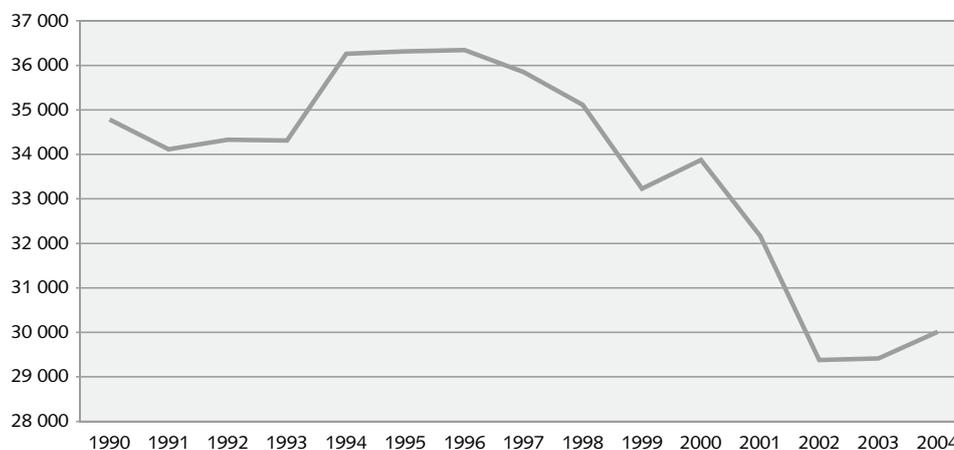
Einkommen, das die privaten Haushalte bekämen, wenn sie ihr Haus oder ihre Wohnung an jemanden vermieten würden und entsprechen den Opportunitätskosten für das Bewohnen des eigenen Hauses. Steuerlich drückt sich das fiktive Mieteinkommen im Eigenmietwert aus, wobei dieser in der Regel tiefer ist als der tatsächliche Wert.

Das Selbständigeneinkommen hat sich zu konstanten Preisen um 14% verkleinert und belief sich 2004 auf 30 Mrd. CHF. Sein Anteil am Einkommen der privaten Haushalte hat ebenfalls abgenommen, und zwar von rund 9% 1990 auf nur noch 7% im Jahr 2004.

Diese Abnahme ist schwer zu erklären, da das Selbständigeneinkommen nicht in verschiedene Komponenten aufgeteilt werden kann. Muss sie als Verarmung der Selbständigerwerbenden und als eine Verschlechterung ihrer Lage interpretiert werden? Die Verwendung von anderen Daten ermöglicht, die Entwicklung der Situation der Selbständigerwerbenden während der betrachteten Zeitspanne zu analysieren.

Entwicklung des Erwerbseinkommens aus selbständiger Tätigkeit, in Mio. Franken, zu konstanten Preisen, 1990–2004

G 12



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Zuerst muss erwähnt werden, dass die Privatunternehmen je nach juristischer Form nicht in der Kontensequenz der privaten Haushalte erscheinen. Dies gilt insbesondere für Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die zum Sektor nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften zählen. Somit kann es sein, dass Selbständigerwerbende während der betrachteten Zeitspanne ihre juristische Form geändert haben, insbesondere aus steuerlichen Gründen (vor allem nach der Einführung der MwSt im Jahr 1995) oder um ihr finanzielles Risiko zu vermindern (eingeschränkte finanzielle Haftung bei Konkurs).

Mit den Angaben des Betriebs- und Unternehmensregisters kann die Entwicklung einer bestimmten Firma von 1990 bis 2004 zurzeit nicht verfolgt werden. Wir verfügen hingegen für gewisse Jahre über die Anzahl Betriebe nach juristischer Form (Tabelle T2). Damit lässt sich feststellen, dass die Anzahl Gesellschaften mit beschränkter Haftung zwischen 1991 und 2005 stark zugenommen hat (von 1200 im Jahr 1991 auf rund 45'000 im Jahr 2005), während diejenige der Gesellschaften, die im Sektor der privaten Haushalte erscheinen (Einzelfirmen, einfache Gesellschaften, Kollektivgesellschaften, Kommanditgesellschaften), ab 1998 abnimmt.

Ein Teil der Abnahme des Selbständigeneinkommens in den VGR könnte sich somit mit der Entwicklung der juristischen Form der Betriebe erklären.

4.1 Entwicklung der Lage der Selbständigerwerbenden

Die Definition der Selbständigerwerbenden ist heikel. Je nach Statistik werden unterschiedliche Erwerbstätigenkategorien berücksichtigt.

Die internationalen Organisationen, darunter die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), berücksichtigen zwei Kriterien für die selbständige Erwerbstätigkeit:

- 1) Das Einkommen hängt direkt vom Ertrag der Aktivität ab;
- 2) Die arbeitende Person trifft die strategischen Entschiede und ist direkt für das Fortbestehen der Firma verantwortlich.

Auf der Basis dieser allgemeinen Definition werden zwei Kategorien von Erwerbstätigen manchmal zu den Selbständigerwerbenden gerechnet:

- Arbeitnehmende, die Eigentümer ihrer Firma sind (AG oder GmbH);
- Mitarbeitende Familienmitglieder.

4.1.1 Anzahl Selbständigerwerbende

4.1.1.1 Eidgenössische Volkszählung

Die Eidgenössische Volkszählung erfasst alle Personen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Schweiz wohnhaft sind (Konzept der Wohnbevölkerung). Die für diese Erhebung verwendete Definition der Selbständigerwerbenden schliesst weder die Arbeitnehmenden, die Eigentümer ihres Betriebs sind, noch die mitarbeitenden Familienmitglieder ein.

Gemäss den Daten der Volkszählung hat die Anzahl der Selbständigerwerbenden sowie der Anteil an der berufstätigen Bevölkerung zwischen 1990 und 2000 leicht zugenommen (Zunahme des Anteils von 10,6 auf 10,9%).

4.1.1.2 Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE) und Erwerbstätigenstatistik (ETS)

Die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE) erfasst die ständige Wohnbevölkerung, d.h. alle Personen, die mindestens während einem Jahr in der Schweiz wohnhaft sind (Konzept der ständigen Wohnbevölkerung). Die in der SAKE verwendete Definition der Selbständigerwerbenden schliesst die Arbeitnehmenden, die Eigentümer ihres Betriebs sind, aber nicht die mitarbeitenden Familienmitglieder ein, die weder der Direktion angehören noch einen ähnlichen Posten innehaben.

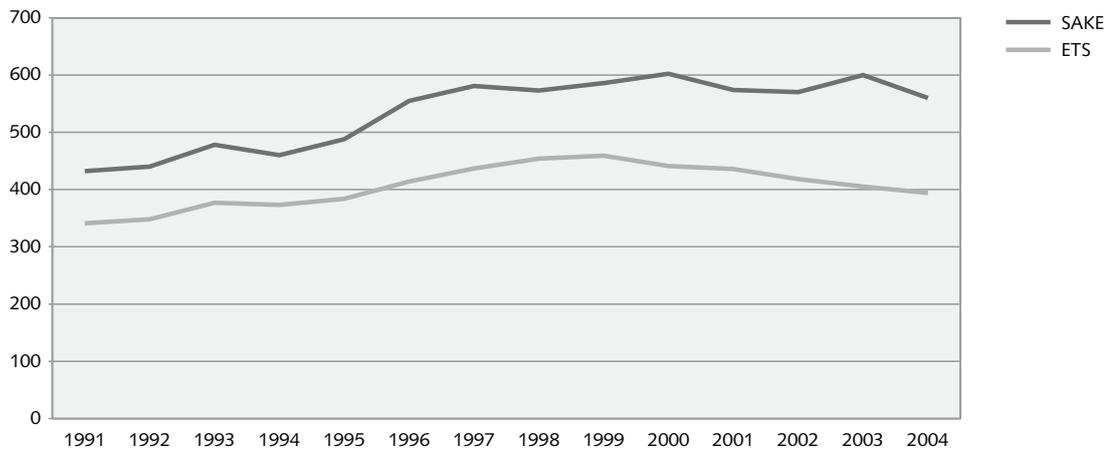
T2 Anzahl Unternehmen nach juristischer Form, Business-Sektor, 1991–2005

Jahr	Einzelfirma	Einfache Gesellschaft	Kollektivgesellschaft	Kommanditgesellschaft	Aktiengesellschaft	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
1991	163 671	5 766	11 456	1 829	84 668	1 200
1995	168 139	7 011	11 496	1 857	81 653	5 892
1998	172 691	7 601	10 987	1 775	79 774	18 484
2001	164 155	6 902	10 027	1 681	82 748	31 926
2005	144 782	6 406	8 886	1 488	83 006	44 955

Quelle: Eidgenössische Betriebszählung

Selbständigerwerbende gemäss verschiedenen Statistiken, in Tausend, 1991–2004

G 13



Quelle: Erwerbstätigenstatistik (ETS), Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Die Erwerbstätigenstatistik (ETS) erfasst die produktiven Aktivitäten innerhalb des wirtschaftlichen Raums der Schweiz, ob sie nun von der Wohnbevölkerung getätigt werden oder nicht (Inlandskonzept). Die Definition der Selbständigerwerbenden schliesst weder die mitarbeitenden Familienmitglieder noch die Arbeitnehmenden ein, die Eigentümer ihrer Firma sind.

In beiden Statistiken (Grafik G13) stellt man eine praktisch stetige Zunahme von 1991 bis Ende der 90er-Jahre fest, gefolgt von einer leichten Abnahme oder Stagnation bis 2004. Es muss angefügt werden, dass die von 1995 bis 1996 in der SAKE festgestellte Zunahme teilweise aus einer Anpassung des Fragebogens resultiert.

Zusammengefasst hat die Anzahl der Selbständigerwerbenden während des betrachteten Zeitraums in beiden Statistiken zugenommen. In beiden Fällen ist der Bestand 2004 höher als der Bestand 1991.

4.1.1.3 Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE)

Die EVE fusst auf der ständigen Wohnbevölkerung. Die Definition der Selbständigerwerbenden schliesst die mitarbeitenden Familienmitglieder sowie die Arbeitnehmenden ein, die Eigentümer ihrer Firma sind.

Die erfasste Einheit ist hier der private *Haushalt*. Letzterer wird der sozioökonomischen Gruppe der Referenzperson zugeteilt, d.h. derjenigen, die am meisten zum Haushaltseinkommen beiträgt.

Wie in Tabelle T3 ersichtlich, fluktuiert der Anteil der selbständigen Haushalte während des betrachteten Zeitabschnittes: Man stellt eine Abnahme Anfang der 90er-Jahre fest, gefolgt von einer Zunahme von 1998 bis 2003 und von einer neuerlichen Abnahme zwischen 2003 bis 2004.

T3 Anteil der selbständigen Haushalte, 1990–2004

Jahr	Selbständige Haushalte
1990	13,0%
1992	10,6%
1998	10,1%
2000	10,6%
2001	10,3%
2002	12,4%
2003	12,5%
2004	9,7%

Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE)

Zusammengefasst stellt man keine drastische Abnahme der Anzahl der Selbständigerwerbenden während des Zeitraums von 1990 bis 2004 fest. Die Statistiken über die Personen lassen eher eine Zunahme erkennen. Die einzige Statistik, in welcher eine Verminderung erkennbar ist, betrifft die privaten Haushalte, deren Referenzperson selbständigerwerbend ist, wobei sich diese Abnahme vor allem 2004 zeigte.

4.1.2 Arbeitsvolumen

Hier wird die Arbeitsvolumenstatistik (AVOL) verwendet, welche die Aktivitäten innerhalb des wirtschaftlichen Raums der Schweiz erfasst (Inlandkonzept). Die Definition ist identisch mit derjenigen der Erwerbstätigenstatistik (ETS), d.h. sie schliesst weder die mitarbeitenden Familienmitglieder noch die Arbeitnehmenden ein, die Eigentümer ihrer Firma sind.

Die Daten zum Arbeitsvolumen zeigen die gleiche Tendenz wie diejenigen zur Anzahl der Selbständigerwerbenden auf, d.h. eine Zunahme bis Ende der 90er-Jahre, gefolgt von einer Abnahme. Über den gesamten Zeitraum stellt man keine Verminderung des Arbeitsvolumens der Selbständigerwerbenden fest, der Bestand ist 2004 höher als 1991.

4.1.3 Entlohnung der Selbständigerwerbenden

4.1.3.1 Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE)

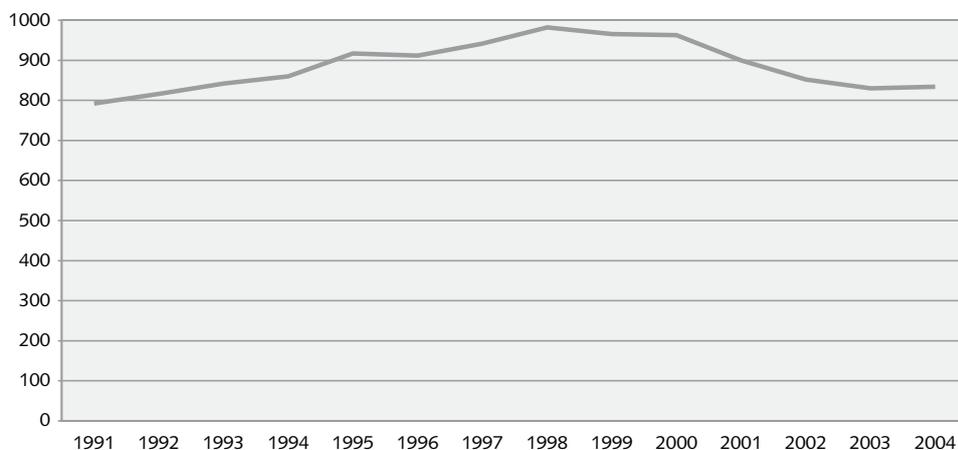
In der EVE stellt man im Allgemeinen eine Zunahme der realen Einkommen der Selbständigerwerbenden während des betrachteten Zeitraums fest (1998 bis 2004), allerdings mit Fluktuationen, wobei die Einkommen 2002 am höchsten sind (vgl. Tabelle T4).

4.1.3.2 Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)

In der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung stellt man ab 1992 eine sinkende Tendenz der realen Einkommen der Selbständigerwerbenden fest (ohne Arbeitnehmende, die Eigentümer ihres Betriebs sind). Die Lage verbessert sich Ende der 90er-Jahre leicht und stagniert von 2002 bis 2004 (vgl. Grafik G15). Die Arbeitnehmenden, die Eigentümer ihres Betriebs sind, weisen im Durchschnitt höhere Einkommen auf, jedoch mit stärkeren Fluktuationen. Die allgemeine Tendenz ist ab 1992 ebenfalls sinkend, wobei ab 2000 eine markantere

Effektives Jahresarbeitsvolumen der Selbständigerwerbenden, in Mio. Stunden, 1991–2004

G 14



Quelle: Arbeitsvolumenstatistik (AVOL)

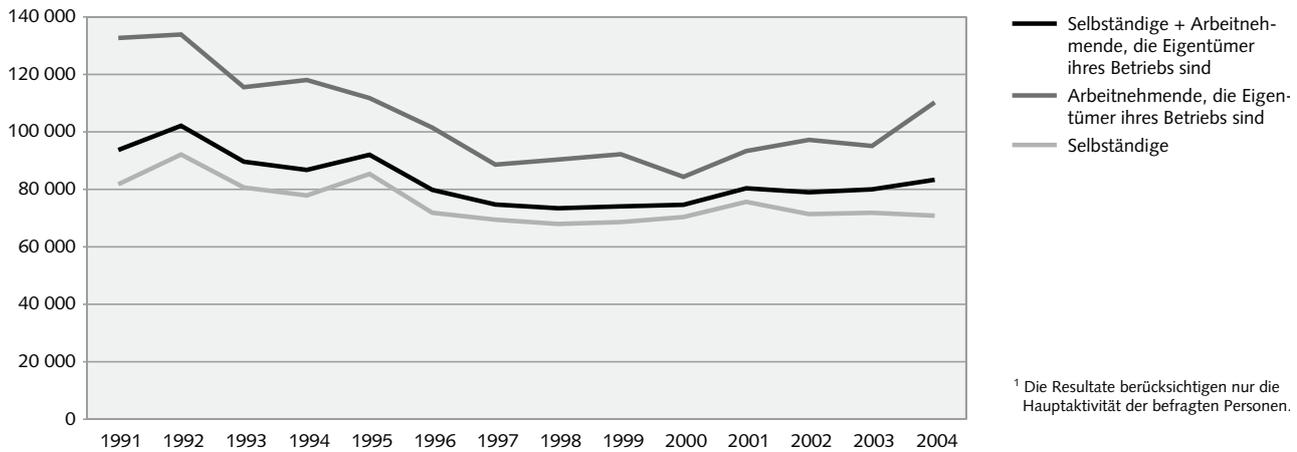
© Bundesamt für Statistik (BFS)

T4 Erwerbseinkommen aus selbständiger Tätigkeit zu konstanten Preisen, 1998–2004

	Durchschnittliches Monatseinkommen aus selbst. Tätigkeit pro Haushalt (in CHF)	Durchschnittliches Monatseinkommen aus selbst. Tätigkeit pro selbständigerwerbende Person (in CHF)	Schätzung für die Bevölkerung (in Mrd. CHF pro Jahr)
1998	653	4 127	23,5
2000	624	4 088	22,5
2001	684	4 428	24,9
2002	892	4 917	32,6
2003	786	4 108	28,8
2004	638	4 851	24,2

Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE)

Durchschnittliches Bruttoerwerbseinkommen in Franken pro Jahr verschiedener Kategorien von Selbständigerwerbenden¹ zu konstanten Preisen, 1991–2004 G 15



¹ Die Resultate berücksichtigen nur die Hauptaktivität der befragten Personen.

Quelle: Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Verbesserung als bei den Selbständigerwerbenden erfolgt, die bis 2004 anhält, ohne jedoch das Niveau von 1992 zu erreichen.

Über den gesamten Zeitraum stellt man eher eine Verminderung der Einkommen der Selbständigerwerbenden fest, was keinen Gegensatz zu den Resultaten der EVE darstellt, die sich auf den Zeitraum 1998–2004 beschränkt.

4.1.4 Selbständigerwerbende in verschiedenen wirtschaftlichen Branchen

Für die Analyse der Selbständigerwerbenden stellt deren Vielfalt ein Problem dar, da sie in verschiedenen wirtschaftlichen Branchen tätig sind und unterschiedliche berufliche Stellungen haben: freie Berufe, selbständige Handwerker, Dienstleistungen (Coiffeursalons, Schönheitsinstitute usw.), Leiterinnen und Leiter von Betrieben verschiedenster Grösse. Andere Analysen, die sowohl in der Schweiz als auch im Ausland durchgeführt wurden, haben aufgezeigt, dass die Einkommen der Selbständigerwerbenden ungleichmässiger verteilt sind als diejenigen der Arbeitnehmenden¹⁵.

1991 zählt man in folgenden Branchen am meisten Selbständigerwerbende¹⁶:

- Handel; Reparatur von Automobilen und Gebrauchsgütern (20%)
- Land- und Forstwirtschaft (16%)
- Immobilien; Vermietungen; Informatik; Forschung und Entwicklung; andere Dienstleistungen für Unternehmen (15%)
- Sekundärsektor ohne Baugewerbe¹⁷ (14%)
- Baugewerbe (11%).

In den meisten dieser Branchen war die Entwicklung während der betrachteten Zeitspanne im Allgemeinen nicht sehr günstig. Nimmt man die Entwicklung der Anzahl Arbeitsstellen in Vollzeitäquivalenz und die Entwicklung der Bruttowertschöpfung von 1991 bis 2004 als Indikator der wirtschaftlichen Lage, stellt man fest, dass zwei Branchen – Landwirtschaft und Baugewerbe – bei beiden Indikatoren negative Werte aufweisen¹⁸. In zwei anderen Branchen – Sekundärsektor (ohne Baugewerbe) und Handel – nahm die Stellenzahl ab, während die

¹⁵ *L'activité indépendante en Suisse. Une étude basée sur les résultats de l'enquête suisse sur la population active*; BFS, 2006. *Measuring the Role of Self-Employment in Earnings Inequality*, Bucks Brian and Moore Kevin, Beitrag im Rahmen der 29. allgemeinen Konferenz der IARIW (International Association for Research in Income and Wealth), Joensuu, Finnland, 2006. *Self-Employment Incidence, Overall Income Inequality and Wage Compression*, Torrini Roberto, Beitrag im Rahmen der 29. allgemeinen Konferenz der IARIW (International Association for Research in Income and Wealth), Joensuu, Finnland, 2006.

¹⁶ Quelle: Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE). Die angegebenen prozentualen Anteile beziehen sich auf die Selbständigerwerbenden, ohne mitarbeitende Familienmitglieder. Das Bild verändert sich jedoch nicht grundsätzlich, wenn man letztere berücksichtigt. Nur die Reihenfolge der Branchen ändert, und die Landwirtschaft führt die Tabelle an.

¹⁷ Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, verarbeitendes Gewerbe, Industrie, Energie- und Wasserversorgung.

¹⁸ Durchschnittliche jährliche Veränderung der Beschäftigung in Vollzeitäquivalenz gemäss den VGR: Landwirtschaft: -0,1%; Baugewerbe: -1,7%. Durchschnittliche jährliche Veränderung der Bruttowertschöpfung gemäss den VGR (zu Preisen des Vorjahres, Referenzjahr 2000): Landwirtschaft: -1,6%; Baugewerbe: -1%.

Bruttowertschöpfung stieg¹⁹. Dies erklärt sich teilweise mit Konzentrationsphänomenen. Eine einzige Branche – Immobilien; Vermietungen; Informatik; Forschung und Entwicklung; andere Dienstleistungen für Unternehmen – weist sowohl eine Zunahme der Stellenzahl als auch der Bruttowertschöpfung auf²⁰.

2004 verteilten sich die Selbständigerwerbenden folgendermassen auf die wichtigsten Branchen:

- Immobilien; Vermietungen; Informatik; Forschung und Entwicklung; andere Dienstleistungen für Unternehmen (20%)
- Land- und Forstwirtschaft (16%)
- Handel; Reparatur von Automobilen und Gebrauchsgütern (15%)
- Sekundärsektor ohne Baugewerbe (11%)
- Gesundheits- und Sozialwesen (10%)
- Baugewerbe (9%)

Ein nicht zu vernachlässigender Anteil der Selbständigerwerbenden arbeitet immer noch in Branchen, deren Bedeutung, mit mehr oder weniger stark ausgeprägten Phasen, eher abnimmt. Unter diesen Umständen scheint eine Abnahme der Einkommen der Selbständigerwerbenden wahrscheinlich.

Weiter muss unterstrichen werden, dass der Anteil der Working Poor²¹ bei den Selbständigerwerbenden über dem Durchschnitt liegt. Noch grösser ist die Abweichung bei den Selbständigerwerbenden ohne Angestellte²².

4.2 Fazit

Auf der Basis der Feststellung, dass die Selbständigeneinkommen während der Zeitdauer von 1990 bis 2004 in den VGR abgenommen haben, versuchten wir diese Entwicklung unter Beizug verschiedener Datenquellen zu erklären, um zu sehen, wie sich die Situation der Selbständigerwerbenden während der betrachteten Periode entwickelt hat. Die wichtigsten Punkte, die aus diesen Daten resultieren, lassen sich wie folgt zusammenfassen: keine Verminderung der Anzahl der Selbständigerwerbenden oder ihres Arbeitsvolumens von 1990 bis 2004; sinkende Tendenz ihrer Einkommen; Zunahme der juristischen Formen wie z. B. GmbH, mit welchen die finanziellen Risiken begrenzt werden können.

Aufgrund dieser verschiedenen Elemente ist es schwierig, die Abnahme der Selbständigeneinkommen in den VGR eindeutig zu interpretieren. Wir erinnern daran, dass diese Grösse aus den Erwerbseinkommen der Selbständigerwerbenden besteht – Gewinn des Unternehmens einschliesslich Entlohnung des Besitzers –, die im Sektor der privaten Haushalte erscheinen (nicht eingeschlossen sind insbesondere AG und GmbH). Ein Teil dieser Verminderung ist sehr wahrscheinlich auf die Zunahme der Anzahl der GmbH und auf die tendenzielle Abnahme der Betriebe mit der juristischen Form des Typus Einzelfirma zurückzuführen, die am Ende der Zeitspanne beobachtet werden können. Die Tatsache, dass andere Statistiken (SAKE, AVOL) keine erhebliche Abnahme der Anzahl der Selbständigerwerbenden oder ihres Arbeitsvolumens aufzeigen, bestärkt diese Hypothese. Zudem zeigen die Daten der SAKE eine sinkende Tendenz beim Selbständigeneinkommen für die Periode von 1991–2004. Weiter haben wir gesehen, dass zahlreiche Selbständigerwerbende in wenig dynamischen Branchen arbeiten, in welchen die Beschäftigung zurückgeht. Dies lässt auf wenig hohe Erwerbseinkommen schliessen. Schliesslich haben Studien über die Landwirtinnen und Landwirte gezeigt, dass zumindest diese Kategorie seit 1990 mit einer Verschlechterung ihrer finanziellen Situation konfrontiert ist²³. Wie bereits erwähnt, stellen die Selbständigerwerbenden jedoch eine allzu heterogene Gruppe dar, als dass allgemeine Schlussfolgerungen über die Entwicklung ihrer finanziellen Lage während der betrachteten Zeitspanne gezogen werden könnten.

¹⁹ Durchschnittliche jährliche Veränderung der Beschäftigung in Vollzeitäquivalenz gemäss den VGR: Sekundärsektor ohne Baugewerbe: -1,7%; Handel: -0,4%. Durchschnittliche jährliche Veränderung der Bruttowertschöpfung gemäss den VGR (zu Preisen des Vorjahres, Referenzjahr 2000): Sekundärsektor ohne Baugewerbe: +1,1%; Handel: +0,8%.

²⁰ Durchschnittliche jährliche Veränderung der Beschäftigung in Vollzeitäquivalenz gemäss den VGR: +2,6%. Durchschnittliche jährliche Veränderung der Bruttowertschöpfung gemäss den VGR (zu Preisen des Vorjahres, Referenzjahr 2000): +0,9%.

²¹ Ein Working Poor ist eine Person, die eine Erwerbstätigkeit ausübt und in einem armen Haushalt wohnt. Der kumulierte Erwerbsumfang aller Mitglieder des Haushaltes beträgt mindestens 36 Stunden pro Woche und entspricht demzufolge einer Vollzeitbeschäftigung (90% und mehr).

²² *Arm trotz Erwerbstätigkeit. Working Poor in der Schweiz. Ausmass und Risikogruppen auf der Basis der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung 2002 (SAKE)*, BFS 2003; *Arm trotz Erwerbstätigkeit. Working Poor in der Schweiz. Ausmass und Risikogruppen auf der Basis der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung 2003 (SAKE)*, BFS 2004 und *Armut von Personen im Erwerbsalter*, BFS 2007.

²³ Statistisches Jahrbuch der Schweiz. *Land- und Forstwirtschaft*: BFS, 1995, 2001–2007.

5 Transfereinkommen

Die Transfereinkommen verzeichneten zwischen 1990 und 2004 eine Zunahme zu konstanten Preisen von 69%, was einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme von 3,8% entspricht. Mit 117 Mrd. CHF machte dieses Einkommen im Jahr 2004 über ein Viertel des Gesamteinkommens der privaten Haushalte in der Schweiz aus. Demgegenüber betrug der Anteil der Transfereinkommen im Jahre 1990 18%. Diese Zunahme ist vor allem auf den Ausbau der beruflichen Vorsorge und der obligatorischen Krankenversicherung sowie die Entwicklung der Arbeitslosen- und der Invalidenversicherung zurückzuführen.

Die Transfereinkommen umfassen nicht nur Leistungen der Sozialversicherungen, sondern auch private Transfers. In den VGR werden die Transfereinkommen in fünf Komponenten unterteilt:

- Geldleistungen der Sozialversicherungen (Position D.621; z.B. AHV, IV, ALV)
- Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen (Position D.622; obligatorische Sozialversicherungen wie z.B. berufliche Vorsorge, Unfallversicherung, Krankenpflegeversicherung)

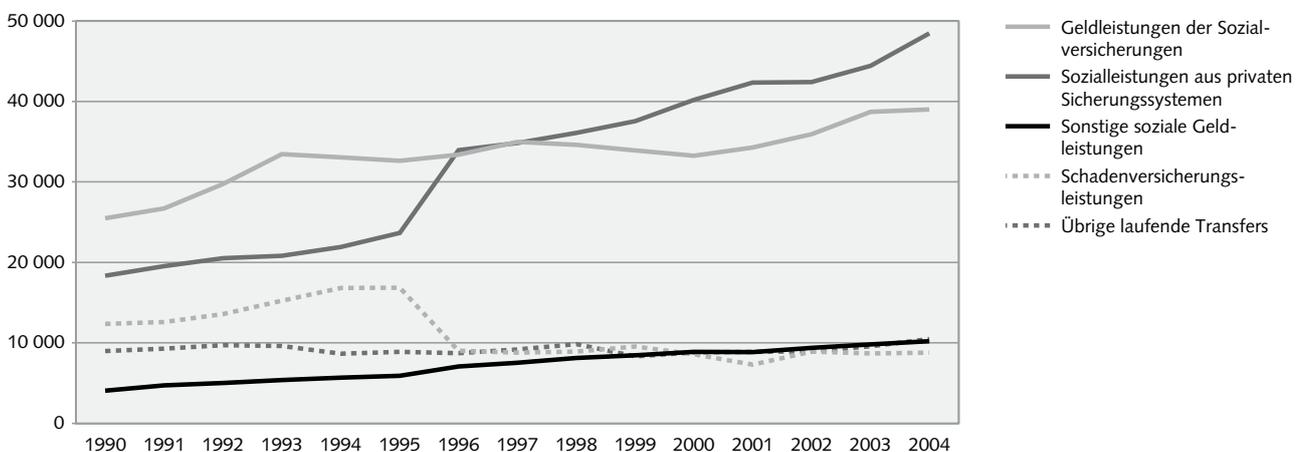
- Sonstige soziale Geldleistungen (Position D.624; Transfers von Bund, Kantonen und Gemeinden an private Haushalte, z.B. Prämienverbilligungen, Ergänzungsleistungen für AHV und IV, Sozialhilfe)
- Schadenversicherungsleistungen (Position D.72; z.B. Leistungen der nicht-obligatorischen Kranken- und Unfallversicherung, Zahlungen der Motorfahrzeugversicherung)
- Übrige laufende Transfers (Position D.75; z.B. Lotterien- und Wetterträge, Alimente, Erbschaften)

Die Grafiken G16 und G17 veranschaulichen die Entwicklung der verschiedenen Transfereinkommen zwischen den Jahren 1990 und 2004, zu konstanten Preisen und in Prozent der totalen Transfereinkommen.

Es zeigt sich, dass die Leistungen aus den obligatorischen privaten und öffentlichen Sozialversicherungen die wichtigsten sind. Zusammen machten sie im Jahr 2004 knapp drei Viertel aller Transfereinkommen aus. Alle Hauptkomponenten der Transfereinkommen sind real gestiegen, mit Ausnahme der Schadenversicherungsleistungen. Dies hat allerdings einen institutionellen bzw.

Entwicklung der verschiedenen Komponenten des Transfereinkommens, in Mio. Franken, zu konstanten Preisen, 1990–2004

G 16

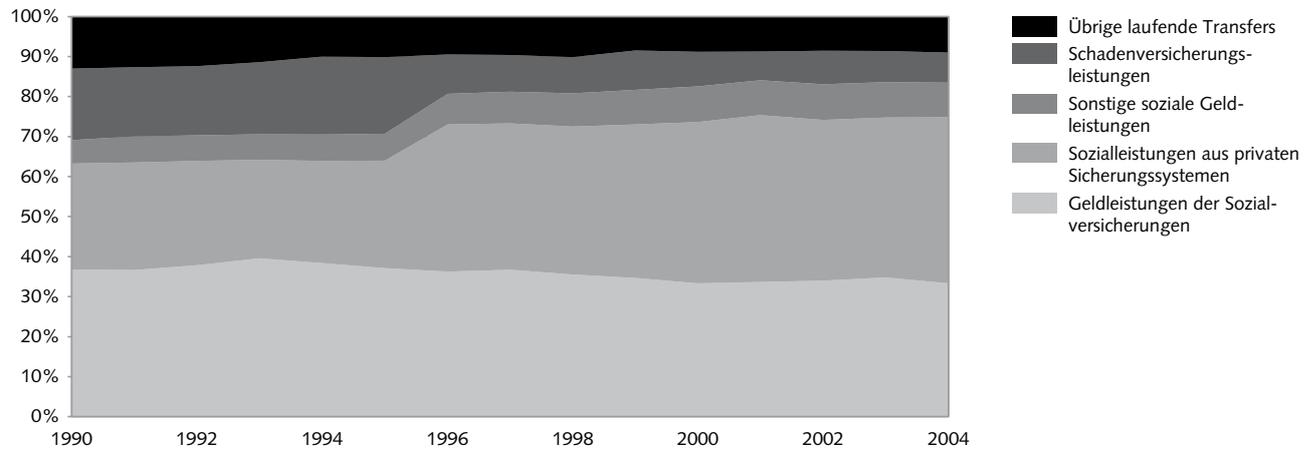


Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Entwicklung der verschiedenen Komponenten des Transfereinkommens in Prozent der gesamten Transfereinkommen, 1990–2004

G 17



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

definitorischen Grund: Bis 1995 wurden die Einkommen aus Leistungen der Krankenversicherungen als Schadenversicherungsleistungen erfasst. Nach der Einführung des Obligatoriums der Krankenversicherung im Jahre 1996 wurden diese Einkommen unter den Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen verbucht (vgl. Kapitel 5.2 und 5.4).

Zu den Transfereinkommen werden sowohl direkte Einkommen wie Renten oder Taggelder, über welche die privaten Haushalte frei verfügen können, als auch «indirekt fließende» Einkommen wie etwa die Heilkosten gezahlt. Es könnte eingewendet werden, dass dieser Einkommensbegriff das Einkommen der Haushalte tendenziell überschätze, denn die Heilkosten bezahlt die Versicherung bzw. die Krankenkasse in der Regel nicht dem Versicherten, sondern überweist sie dem Leistungserbringer. Allerdings stehen diesen Zahlungen Leistungen gegenüber, die von den privaten Haushalten konsumiert werden. Betrachtet man das Einkommen unter dem Aspekt des Konsums, so ist es gerechtfertigt, die Heilkosten als Einkommensbestandteil zu interpretieren. Das Einkommen umfasst dann alles, was die privaten Haushalte konsumieren können, also sowohl Leistungen, die sie selber direkt bezahlen, als auch Leistungen, die die Krankenkassen für sie übernehmen (Spitalaufenthalte, Medikamente, Arztbesuche etc.). Für diese Zuordnung spricht auch, dass die Haushalte bei Vorliegen eines Ver-

sicherungsschutzes mehr konsumieren können, denn sie müssen keine finanziellen Rückstellungen für die versicherten Risiken bilden. Würde das Einkommen hingegen unter dem Aspekt der Finanzierung der direkten Ausgaben der Haushalte betrachtet, dann müssten die Heilkosten nicht berücksichtigt werden. In diesem Fall wäre das gesamte Einkommen aber auch um die entsprechenden Ausgabenpositionen zu bereinigen, namentlich die Prämienzahlungen der Haushalte.

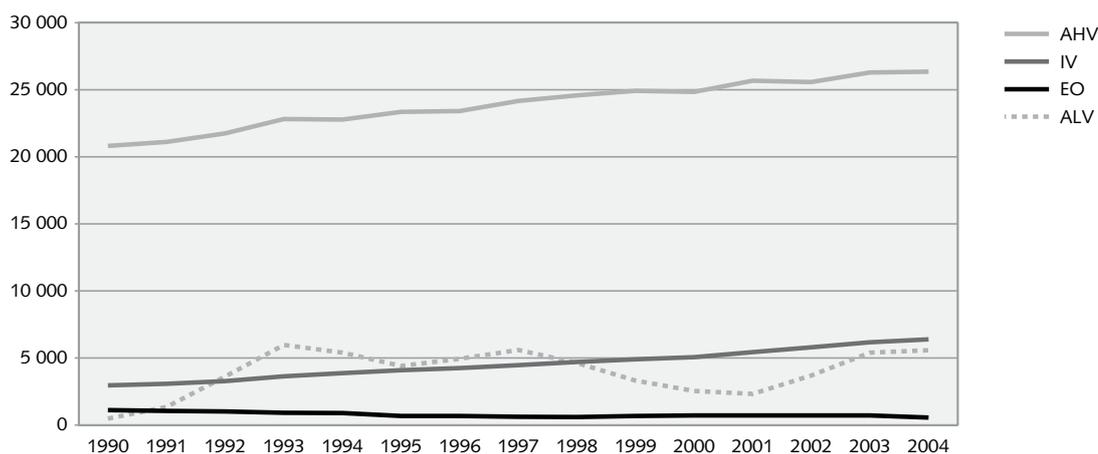
5.1 Geldleistungen der Sozialversicherungen²⁴

Die Geldleistungen der Sozialversicherungen (Position D.621 in den VGR) beinhalten die Einkommen aus der AHV, IV, EO und der ALV, die Familienzulagen in der Landwirtschaft sowie die Mutterschaftsversicherung in Genf²⁵.

Mit einem Anteil von 33% im Jahre 2004 (im Jahre 1990 waren es 37%) bilden die Geldleistungen der Sozialversicherungen nach den Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen den zweitwichtigsten Posten der gesamten Transfereinkommen. Diese Sozialleistungen stiegen in der untersuchten Zeitspanne zu konstanten Preisen um 53% auf 39 Mrd. CHF (im jährlichen Durchschnitt um 3,1%).

Die Einkommen aus der Alters- und Hinterlassenenversicherung machen den mit Abstand grössten Anteil der Geldleistungen aus Sozialversicherungen aus und wuchsen kontinuierlich über die Jahre hinweg (real durchschnittlich 1,7% pro Jahr). Das Einkommen aus der IV stieg mit einer durchschnittlichen Rate von 5,7% pro Jahr deutlich stärker als dasjenige aus der AHV. Das Einkommen aus der Arbeitslosenversicherung war sehr volatil und folgte der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Diese Einkommenskomponente wies mit real knapp 20% pro Jahr das grösste Wachstum auf. Dies ist allerdings darauf zurückzuführen, dass im Jahr 1990 die Arbeitslosigkeit extrem tief war und das Einkommen aus der ALV einen sehr geringen Wert aufwies²⁶.

Entwicklung der Geldleistungen der Sozialversicherungen (AHV, IV, EO, ALV), in Mio. Franken, zu konstanten Preisen, 1990–2004 G 18



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

²⁴ Die Angaben zu den Einkommen aus den Sozialversicherungen stammen aus den VGR, die Angaben zu der Zahl der Bezüger und den durchschnittlichen Leistungen pro Bezüger hingegen vorwiegend aus der Schweizerischen Sozialversicherungsstatistik (vgl. Bundesamt für Sozialversicherungen 2006), da diese in den VGR nicht ausgewiesen werden. Zwischen diesen beiden Quellen gibt es allerdings Definitionsunterschiede, weshalb die Werte für die verschiedenen Versicherungen nicht identisch sind. Ein Hauptunterschied liegt darin, dass die VGR die Leistungen berücksichtigen, die Inländer aus dem In- und Ausland beziehen, die Sozialversicherungsstatistik hingegen die Leistungen der einzelnen Sozialversicherungen an Bezüger im In- und Ausland erfasst. Da sich die Werte gemäss diesen beiden Berechnungsarten nicht sehr stark unterscheiden und sich weitgehend parallel entwickeln, ist es zulässig, die Transfereinkommen aus den VGR auf der Grundlage der Sozialversicherungsdaten zu interpretieren.

²⁵ Die Anteile der Familienzulagen in der Landwirtschaft und der Mutterschaftsversicherung in Genf sind mit ca. 125 Mio. CHF bzw. 56 Mio. CHF (Jahr 2004) tief und deshalb nicht in Grafik G18 aufgeführt. Diese Werte werden in der vorliegenden Publikation auch nicht weiter interpretiert.

5.1.1 Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)

Das Einkommen aus AHV-Renten stieg zwischen 1990 und 2004 im jährlichen Durchschnitt real um 1,7%. Der grösste Sprung war zwischen 1990 und 1993 zu verzeichnen mit einem Einkommenszuwachs aus der AHV um real 10%.

Das Einkommen aus der *Altersrente* ist gestiegen, weil die Zahl der Personen, die eine Altersrente beziehen, aus demographischen Gründen ziemlich konstant um ca. zwei Prozent pro Jahr zugenommen hat²⁷. Lediglich im Jahr

²⁶ So betrug das durchschnittliche jährliche Wachstum der Leistungen der ALV z.B. von 1991 bis 2004 noch 11,5% und von 1993 bis 2004 -0,7%.

²⁷ Quelle: BSV (2006), Tabelle AHV 2.

2002 blieb die Zahl der Bezüger praktisch unverändert, weil das Rentenalter für Frauen auf 63 Jahre heraufgesetzt wurde. Auch die durchschnittliche Altersrente wurde erhöht, real im Jahresdurchschnitt allerdings nur um 0,3%²⁸. Ihre Entwicklung verläuft jedoch nicht kontinuierlich. Gemäss Art. 33^{ter} Abs. 1 AHVG werden die AHV-Renten in der Regel alle zwei Jahre der Preis- und der Lohnentwicklung angepasst (Mischindex). Dies erklärt auch die starke Zunahme der Renten zwischen 1990 bis 1993, waren doch in diesem Zeitraum die Teuerung und die Lohnentwicklung (letztere zumindest für die Jahre 1991 und 1992) am höchsten. 1991 wurde eine einmalige Teuerungszulage von 6,25% der Jahresrente ausbezahlt²⁹. Eine weitere leichte Erhöhung der Renten ergab sich aufgrund der Überführung der Ehepaarrenten ins Splittingsystem (Einzelrenten) im Jahre 2001.

Das Einkommen aus *Hinterlassenenrenten* ist in den neunziger Jahren real in etwa gleich geblieben, seit dem Jahr 2000 ist eine leicht steigende Tendenz zu verzeichnen. Die Zahl der Bezüger war bis 1997 rückläufig und begann erst mit der Einführung der Witwenrente im selben Jahr wieder zu steigen. Im gesamten betrachteten Zeitraum blieb ihre Zuwachsrate mit 0,6% im jährlichen Durchschnitt deutlich unter derjenigen der Anzahl Bezüger von Altersrenten³⁰. Die durchschnittliche Hinterlassenenrente stieg hingegen praktisch gleich wie die durchschnittliche Altersrente (0,3% im jährlichen Durchschnitt)³¹.

5.1.2 Invalidenversicherung (IV)

Das Einkommen aus den Geldleistungen der IV (insbesondere ordentliche und ausserordentliche Renten, Taggelder und Hilflosenentschädigung) stieg zwischen 1990 und 2004 real um 116%, im jährlichen Durchschnitt um 5,7%. Den grössten Teil der Geldleistungen der IV machen mit über 80% die ordentlichen Renten aus³²; deren Entwicklung wird im Folgenden näher untersucht. Der Hauptgrund für den Anstieg der IV-Renten liegt in

der zunehmenden Zahl der Bezüger. Sie wuchs in diesem Zeitraum um 85% auf knapp 480'000 Personen, was einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 4,5% entspricht³³. Dieser Zuwachs hat verschiedene Gründe. In der Botschaft zur 5. IV-Revision sind insgesamt 10 mögliche Ursachen aufgelistet, u.a. das unkoordinierte Zusammenspiel verschiedener Sozialversicherungen bei Krankheit, die demographische Entwicklung, die wirtschaftliche Situation³⁴ und das gewandelte Verständnis der Begriffe Gesundheit und Krankheit bei den Ärzten (vgl. Botschaft 2005, S. 4481ff.).

Die durchschnittliche IV-Rente hingegen blieb im betrachteten Zeitraum inflationsbereinigt praktisch unverändert³⁵. Wie bei der AHV wurde die Minimalrente etwa alle zwei Jahre erhöht, dies jedoch nur in geringem Ausmass. Bis in die zweite Hälfte der neunziger Jahre erfuhr die Durchschnittsrente eine reale Erhöhung, seither ist sie tendenziell gesunken.

5.1.3 Erwerbsersatzordnung (EO)

Das Einkommen aus der EO halbierte sich zu konstanten Preisen im untersuchten Zeitraum, ebenso die Zahl der EO-Bezüger. Die beiden wichtigsten Gruppen, die Armee- und Zivildienstangehörigen, haben zahlenmässig stark abgenommen (dies erklärt auch den Rückgang der Leistungen der EO zwischen 2003 und 2004), während die Gruppen Zivildienstleistende, Rekrutierung (die Anspruchsberechtigung während der Rekrutierungstage wurde im Jahr 2002 eingeführt) und Jugend & Sport mehr Bezüger zu verzeichnen hatten.

²⁸ Quelle: BSV (2006), Tabelle AHV 3.2 (reale Werte; Monatsergebnis der einfachen Renten für Männer und Frauen. Die Ehepaarrenten, die nur bis zum Jahr 2000 ausbezahlt wurden, entwickelten sich analog).

²⁹ Quelle: BSV (2006), Tabelle AHV 4.2.

³⁰ Quelle: BSV (2006) Tabelle AHV 2.

³¹ Quelle: BSV (2006), Tabelle AHV 3.2 (reale Werte; Monatsergebnis der Witwenrenten, die ca. 80% aller Renten ausmachen).

³² Quelle: BSV (2006) Tabelle IV 1.3.

³³ Quelle: BSV (2006) Tabelle IV 2.1. Die Zahl der Bezüger bezieht sich auf die ordentlichen und die ausserordentlichen Renten, die Durchschnittsrente hingegen nur auf die ordentlichen.

³⁴ Die Botschaft (2005) hält fest, dass in Jahren mit niedrigem Wirtschaftswachstum die Ausgaben der IV markant ansteigen, es aber keinen institutionalisierten, routinemässigen Übertritt von Erwerbslosen zur IV zu geben scheint.

³⁵ Quelle: BSV (2006), Tabelle IV 3.2. Die Aussage bezieht sich auf das Total der ordentlichen Invaliden- und Zusatzrenten. Betrachtet man ausschliesslich die Entwicklung der ordentlichen Invalidenrenten (ohne Zusatzrenten), so ergibt sich eine leichte Steigerung von 0,2% im jährlichen Durchschnitt. Gemäss dem BSV entspricht der Rückgang der Durchschnittsrenten ab 1998 nicht einem Rückgang der Leistungen. Er ist vielmehr eine Folge der Strukturverschiebungen zwischen den Rentenarten mit dem Inkrafttreten der 10. AHV-Revision.

Ab dem 1. Juli 2005 werden auch die Taggelder bei Mutterschaft über die EO abgewickelt. Der Wert dieser Leistungen wird für das zweite Halbjahr 2005 auf 174 Mio. CHF geschätzt³⁶.

5.1.4 Arbeitslosenversicherung (ALV)

Das Einkommen aus ALV-Renten bewegt sich typischerweise antizyklisch (und mit einer gewissen Verzögerung) zur Entwicklung der Wirtschaft und parallel zur Arbeitslosenquote³⁷, wie Grafik G19 zeigt. Das ALV-Einkommen ist deshalb die Sozialleistung, die im Verlaufe der Zeit am meisten variiert. So verzweifachten sich die Leistungen von 476 Mio. CHF im Jahre 1990 auf 6.0 Mrd. im Jahre 1993. Zwischen 1997 und 2001 sanken die Leistungen real um 59% auf 2,3 Mrd. CHF, bevor sie bis 2004 wieder um 141% auf 5,6 Mrd. CHF stiegen. Dabei werden die Einkommen aus der ALV vor allem von der Anzahl der ALV-Bezüger und – allerdings weit weniger ausgeprägt – von der durchschnittlichen Bezugsdauer bestimmt. Durch das Inkrafttreten der dritten AVIG-Teilrevision im Jahre 2003 wurde die maximale Bezugsdauer von 520 auf 400 Tage reduziert. Die durchschnittliche

Auszahlung pro Bezugstag und Bezüger lag im Jahre 2004 mit 132 CHF real nur unwesentlich höher als im Jahre 1990 mit 130 CHF³⁸.

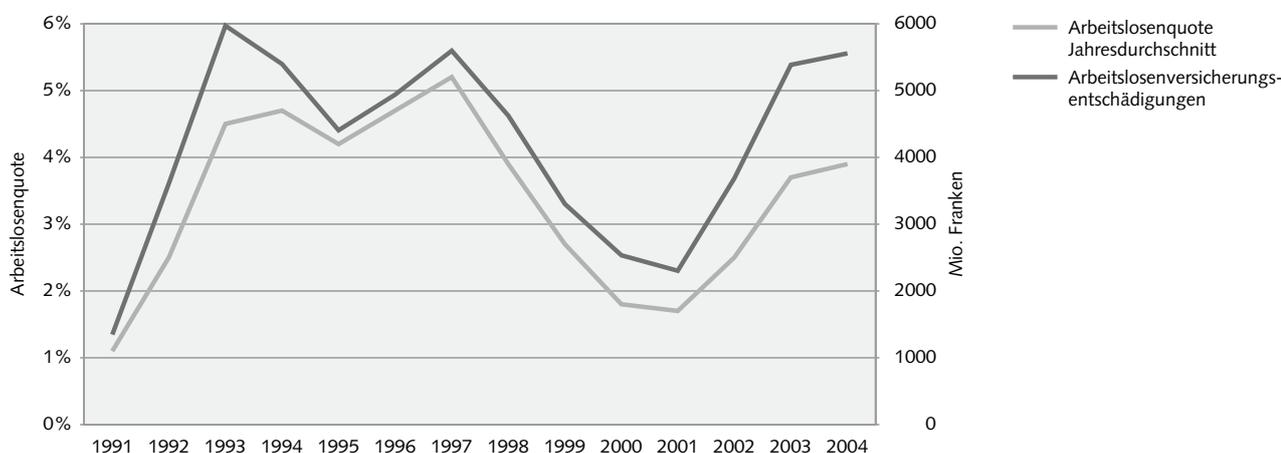
5.2 Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen

Im Unterschied zu den in Kapitel 5.1 aufgeführten Sozialversicherungen beziehen sich die privaten Sicherungssysteme auf diejenigen Sozialversicherungen, die zwar obligatorisch sind, jedoch von privaten Versicherungsgesellschaften abgewickelt werden. Die Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen (Position D.622 in den VGR) beinhalten vier Komponenten:

- die obligatorische und kollektive Krankenpflegeversicherung (OKPV)
- die obligatorische Unfallversicherung (UV)
- die berufliche Vorsorge (BV)
- die Familienausgleichskasse

Arbeitslosenquote in der Schweiz und Einkommen aus ALV-Renten, in Mio. Franken, zu konstanten Preisen, 1991–2004

G 19



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR), Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

³⁶ Quelle: BSV (2006), Tabelle EO 1.3.

³⁷ Zahl der registrierten Arbeitslosen am Stichtag geteilt durch die Zahl der Erwerbspersonen gemäss Eidgenössischer Volkszählung. Registrierte Arbeitslose sind Personen, welche bei einem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum gemeldet sind, keine Stelle haben und sofort vermittelbar sind. Dabei ist unerheblich, ob diese Personen eine Arbeitslosenentschädigung beziehen oder nicht (Quelle: <http://www.amstat.ch/infospc/public/definitionen.jsp?lingua=de>).

³⁸ Quelle: BSV (2006), Tabelle ALV 3 (reale Werte).

Die Leistungen aus den privaten Sicherungssystemen wuchsen real mit einer durchschnittlichen jährlichen Rate von 7,2% auf 48 Mrd. CHF im Jahr 2004. Der grösste Posten ist die Berufliche Vorsorge, die in der zu analysierenden Zeitspanne stark zugenommen hat, nämlich real um 122% (knapp 6% im jährlichen Durchschnitt). Den grössten Zuwachs erfuhr die OKPV mit einer realen Versechsfachung. Allerdings liegt dieser Sprung in der bereits erwähnten Einführung der OKPV im Jahre 1996 begründet. Bis 1995 wurden die Leistungen dieser Versicherung als Schadenversicherungsleistung verbucht, ab 1996 als Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen. Aber auch wenn man die Entwicklung seit 1996 betrachtet, verzeichnet die OKPV ebenfalls das höchste Wachstum, allerdings ist der Unterschied weniger deutlich. Sie stieg im jährlichen Durchschnitt real um 5,2%, während die Leistungen der Beruflichen Vorsorge in diesem Zeitraum um 5,0% zunahm und diejenigen der Familienausgleichskasse und der UV um jeweils 1,9%.

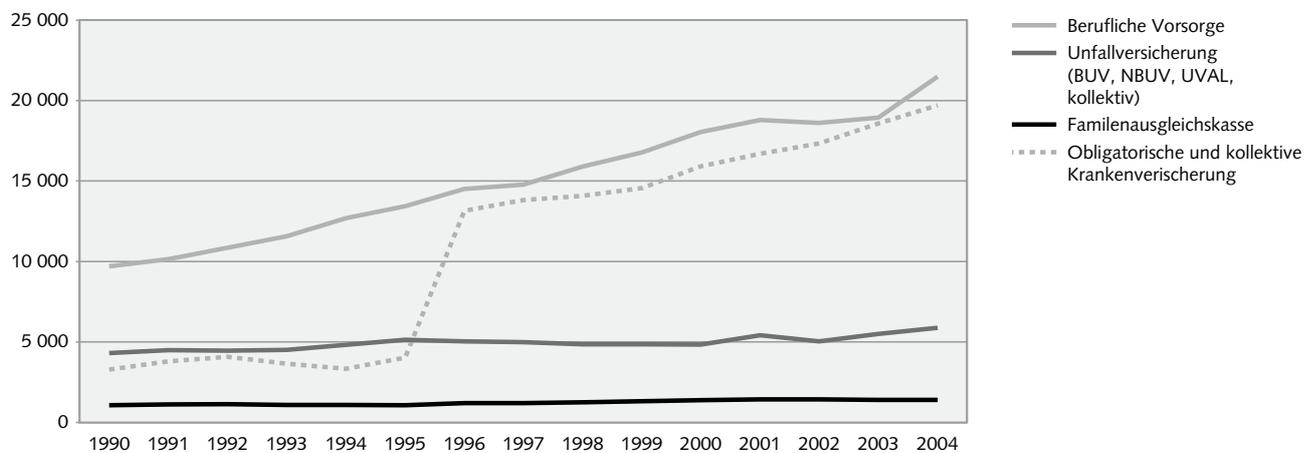
In der OKPV sind die Taggelder (Spital- und Krankentaggelder) sowie die Heilkosten enthalten (ohne Selbstbehalt und Franchisen), in der UV zusätzlich auch die Renten und die Teuerungszulagen an Rentenbezüger.

5.2.1 Obligatorische Unfallversicherung (UV)

Das Einkommen aus der Unfallversicherung hat zwischen 1990 und 2004 zu konstanten Preisen um 37% zugenommen. In der gleichen Zeitspanne hat die Zahl der anerkannten Fälle, d.h. der Bezüger von UV-Leistungen, um 10,5% abgenommen³⁹ und die Leistung pro anerkannten Fall entsprechend zugenommen, und zwar real um knapp 53%⁴⁰. Die Sozialleistungen für Nichtberufsunfälle sind mit ca. 3 Mrd. CHF im Jahre 2004 deutlich höher als die Leistungen für Berufsunfälle mit 1,8 Mrd. CHF und auch deutlich stärker gestiegen als letztere (Nichtberufsunfälle durchschnittlich pro Jahr real um 2,9%, Berufsunfälle um 1,5%)⁴¹. Im Jahre 1996 wurde zusätzlich die Verordnung über die Unfallversicherung

Entwicklung der Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen und ihre Komponenten, in Mio. Franken, zu konstanten Preisen, 1990–2004

G 20



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

³⁹ Quelle: KSUV: Statistik der Unfallversicherung UVG (http://www.unfallstatistik.ch/d/neuza/anhaenge_fjb/Tabelle_2_2_d.pdf).

⁴⁰ Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage von KSUV (a.a.O.).

⁴¹ Quelle: Statistisches Lexikon der Schweiz (reale Werte) (http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/infothek/lexikon/bienvenue___login/blank/zugang_lexikon.topic.1.html, Thema 13.2.06 Obligatorische Unfallversicherung).

von arbeitslosen Personen eingeführt. Die Höhe der Leistungen für diesen Personenkreis betrug im Jahr 2004 160 Mio. CHF⁴².

5.2.2 Obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKPV)

Das Einkommen aus den Leistungen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKPV) ist zwischen 1990 und 1995 zu konstanten Preisen um 23% (im jährlichen Durchschnitt um 4,2%) und zwischen 1996 und 2004 um 50% (im jährlichen Durchschnitt um 5,2%) auf knapp 20 Mrd. CHF gewachsen. Im gesamten Zeitraum ist die Zahl der Erkrankten aber nur um ca. 8% gestiegen⁴³. Der Hauptgrund für die markante Zunahme des Einkommens aus der OKPV sind also die Leistungen pro Erkrankten, die von 1990 bis 2004 um real 73% auf 3150 CHF gestiegen sind, und nicht die Zahl der Erkrankten⁴⁴. Während von 1990 bis zur Reform im Jahre 1996, als die Krankenkasse obligatorisch wurde, die Anzahl Erkrankter und – allerdings weit weniger ausgeprägt – die Leistungen pro Erkrankten schwankten, stiegen die realen Leistungen pro Erkrankten (3,7% im Jahresdurchschnitt) und die Anzahl der Erkrankten (1,0% im Jahresdurchschnitt) in den folgenden Jahren ziemlich kontinuierlich an. Seit 2002 weist die Zahl der Erkrankten eine eher sinkende Tendenz auf.

Die gestiegenen Leistungen entsprechen den höheren Kosten des Gesundheitswesens; diese spiegeln ihrerseits die gestiegene Qualität der Leistungen, die strukturelle Alterung der Bevölkerung und den verbesserten Zugang der Versicherten zu qualitativ hoch stehenden Leistungen wider (vgl. Statistisches Jahrbuch 2004, S. 598f.).

5.2.3 Berufliche Vorsorge (BV)

Das Einkommen aus der Beruflichen Vorsorge hat zwischen 1990 und 2004 zu konstanten Preisen um 122% (im jährlichen Durchschnitt um 5,9%) zugenommen und betrug im Jahre 2004 21,5 Mrd. CHF. Die starke Zunahme zwischen 2003 und 2004 dürfte zu einem grossen Teil auf die erhöhte Auszahlung von Kapitalleistungen zurückzuführen sein. Im gesamten untersuchten Zeitraum sind sowohl die Zahl der Bezüger als auch die Durchschnittsrenten gestiegen: Erstere wuchs seit 1990

um 65% (im jährlichen Durchschnitt um 3,7%) auf 840'000 Personen im Jahr 2004⁴⁵. Das Wachstum ist dabei höher als dasjenige der AHV-Bezüger mit ungefähr 2%. Die Durchschnittsrente wuchs real um 28% (im jährlichen Durchschnitt um 1,8%) auf knapp 23'000 CHF im Jahr 2004⁴⁶. Dies weist darauf hin, dass sich die berufliche Vorsorge, deren Obligatorium 1985 eingeführt wurde, noch in der Aufbauphase befindet, d.h. der Anteil der Bezüger mit längeren Beitragsjahren und damit höheren Rentenansprüchen steigt. Allerdings verläuft das Wachstum der Durchschnittsrente eher degressiv, seit Anfang 2000 bewegt sie sich real auf stabilem Niveau.

5.2.4 Kantonale Familienausgleichskasse

Die VGR berücksichtigen nur die kantonalen Familienausgleichskassen. Die betrieblichen Familienausgleichskassen werden als Erwerbseinkommen verbucht (Position D.12). Die Familienzulagen in der Landwirtschaft werden ebenfalls nicht hier, sondern in der Position D.621 (Geldleistungen der Sozialversicherungen) erfasst.

Das Einkommen aus den kantonalen Familienausgleichskassen erhöhte sich zwischen 1990 und 2004 real um 30% auf 1,4 Mrd. CHF. Die Familienzulagen beruhen auf 26 kantonalen Ordnungen, die Entwicklung in den verschiedenen Kantonen verlief unterschiedlich. Das neue Bundesgesetz über die Familienzulagen, das ein bundesweites Minimum an Zulagen vorschreibt⁴⁷, wurde in der Volksabstimmung vom 26. November 2006 angenommen.

⁴² Quelle: Ibid.

⁴³ Quelle: BAG (2007), Tabelle T 1.01 für Daten ab 1996 (Daten von 1990-1995 gemäss Auskunft BAG). Als Erkrankte gelten Personen, die mindestens einmal pro Kalenderjahr Leistungen der Krankenversicherung erhalten haben.

⁴⁴ Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage von BAG (2007).

⁴⁵ Quelle: BSV (2006), Tabelle BV 2.

⁴⁶ Quelle: BSV (2006), Tabelle BV 3.2 (reale Werte).

⁴⁷ Kinderzulagen von 200 CHF und Ausbildungszulagen von 250 CHF pro Kind und Monat.

5.3 Sonstige soziale Geldleistungen

Die sonstigen sozialen Geldleistungen (Position D.624 in den VGR) stammen zu über zwei Dritteln von den Kantonen und zu über einem Viertel von den Gemeinden. Der Anteil des Bundes ist mit gut 3% hingegen sehr gering.

Die wichtigsten sozialen Geldleistungen der Kantone sind die Prämienverbilligungen für die Krankenkassen sowie die Ergänzungsleistungen für die AHV und die IV. Für die Gemeinden sind dies ebenfalls sehr wichtige Leistungen, die wichtigste Ausgabenposition bildet aber die Sozialhilfe. Die sonstigen sozialen Geldleistungen des Bundes umfassen hauptsächlich die Renten und Abfindungen der Militärversicherung⁴⁸ und die Ruhegehälter an ETH-Professoren und ehemalige Bundesräte.

Im Jahre 2004 machten die sonstigen sozialen Geldleistungen 9% aller Transferereinkommen aus, nachdem es 1990 noch knapp 6% waren. Dieser Posten wuchs in dieser Zeitspanne um über 150% zu konstanten Preisen (im jährlichen Durchschnitt um 6,8%). Der Knick im Jahre 1996 der Leistungen der Kantone ist auf die Einführung der Prämienverbilligung im Rahmen des neuen Krankenversicherungsgesetzes zurückzuführen.

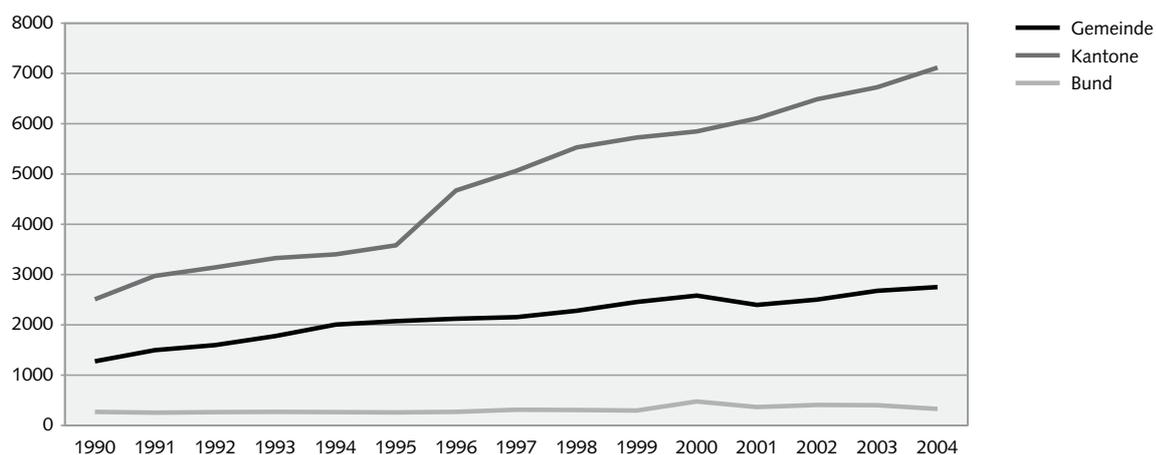
5.4 Schadenversicherungsleistungen⁴⁹

Die gesamten Transferzahlungen beziehen sich nicht nur auf Sozialleistungen, sondern umfassen alle Versicherungsleistungen. Die Position Schadenversicherungsleistung (D.72) beinhaltet Zahlungen der nicht-obligatorischen Kranken- und Unfallversicherung, der Motorfahrzeug-, der allgemeinen Haftpflicht- und der Feuer- und Elementarversicherung an die privaten Haushalte. Das Einkommen aus der Krankenversicherung umfasst die Heilkosten sowie die Spital- und Krankentaggelder der freiwilligen Zusatzversicherungen, dasjenige der Unfallversicherung die Heilkosten, die Taggelder sowie die Renten der Selbständigen. Der auffällige Knick der Leistungen der Krankenversicherung im Jahre 1996 ist – wie oben beschrieben – darauf zurückzuführen, dass die Leistungen der Krankenversicherung seit der Einführung des Obligatoriums zu den Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen gerechnet werden.

Im Jahre 1990 machten die Schadenversicherungsleistungen 18% aller Transferleistungen aus. Nach dem Wegfall der Leistungen der obligatorischen Krankenversicherung 1996 waren es noch knapp 10%. Dieser Anteil fiel bis zum Jahr 2004 auf 7,5%, was einem Wert von 8.8 Mrd. CHF entspricht.

Entwicklung der sonstigen sozialen Geldleistungen, in Mio. Franken, zu konstanten Preisen, 1990–2004

G 21



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR)

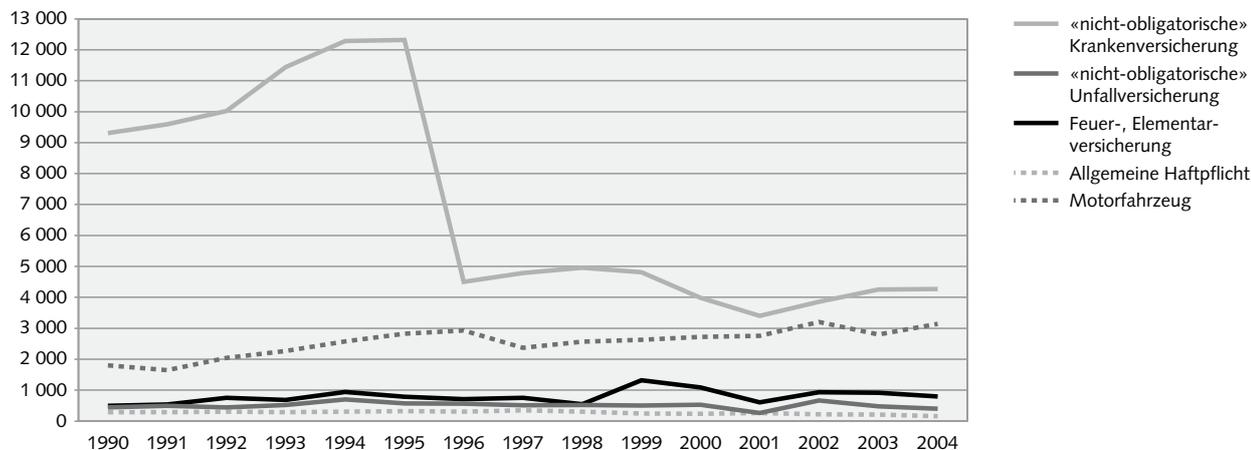
© Bundesamt für Statistik (BFS)

⁴⁸ Per 1. Juli 2005 hat der Bund die SUVA mit der Führung der Militärversicherung betraut.

⁴⁹ Die Canberra Group betrachtet Leistungen der Schadenversicherungen (*non-life insurance*) – in Abweichung zum Vorgehen in den VGR – nicht als Einkommen, sondern als negativen Konsum (vgl. Canberra Group 2001, S. 28, 150f.). Sie begründet ihr Vorgehen damit, dass diese Einkommen keine Nettoumverteilung zwischen den Einkommensgruppen bewirken und bei Einkommenserhebungen auf Haushaltsebene unterschätzt werden. Wir folgen hier den Konventionen der VGR.

Entwicklung der Schadenversicherungsleistungen und deren Komponenten, in Mio. Franken, zu konstanten Preisen, 1990–2004

G 22



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

5.5 Übrige laufende Transfers

Wie in Kapitel 1 kurz erwähnt wurde, umfasst das Einkommen des Sektors private Haushalte auch das Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Der Anteil des Einkommens dieser POoE ist sehr gering. Die Position D.75 «Übrige laufende Transfers» bildet hier aber eine Ausnahme. Die POoE erhalten ca. 80–90% des Einkommens aus diesen Transfers, die privaten Haushalte die restlichen 10–20%.

Die übrigen laufenden Transfers beinhalten für die privaten Haushalte u. a. Erbschaften, Alimente, Lotterieträge oder Wetterträge oder Reisestipendien⁵⁰. Für die POoE umfassen diese Transfers insbesondere Mitgliederbeiträge, Subventionen der öffentlichen Hand und Spenden.

Ausgehend vom Konzept des gesamten Einkommens wird wiederum ausschliesslich die «Verwendungsseite» betrachtet, d.h. die Transfereinkommen der Haushalte bzw. der POoE. Die Transferzahlungen stammen ihrerseits z.T. ebenfalls vom Sektor der privaten Haushalte, z.B. Alimente oder Erbschaften. Bei einer reinen Saldobetrachtung würden sich diese Einkommen und Zahlungen gegenseitig aufheben (sofern sie nicht grenzüberschreitend sind).

Die übrigen laufenden Transfers machten im Jahre 2004 mit 10,5 Mrd. CHF 9% der Transfereinkommen aus, nachdem es 1990 noch 13% waren. In diesem Zeitraum sind diese Einkommen aber inflationsbereinigt um 16% gewachsen (im jährlichen Durchschnitt um 1,1%).

⁵⁰ Die Canberra Group betrachtet Erbschaften sowie Lotterieträge und Wetterträge nicht als Einkommensbestandteil. Erbschaften werden als Kapitaltransfer betrachtet, der nicht zum Einkommen gerechnet wird (Canberra Group 2001, S. 17, 152f.). Gewinne aus Lotterien und Glücksspielen gelten nicht als Einkommens-, sondern als negative Konsumausgabe, d.h. sie werden von den Ausgaben für solche Spiele abgezogen (Ibid, S. 27, 150). Da in der Schweiz die übrigen laufenden Transfers nur als Gesamtbetrag ausgewiesen werden und gegenwärtig keine detailliertere Aufteilung möglich ist, werden sie in dieser Untersuchung ebenfalls zum gesamten Einkommen gezählt.

5.6 Fazit

Die Transfereinkommen haben zu konstanten Preisen um 69% zugenommen und sowohl absolut als auch anteilmässig am Gesamteinkommen erheblich an Bedeutung gewonnen. Bereits mehr als ein Viertel des Gesamteinkommens der privaten Haushalte in der Schweiz stammt aus Transfereinkommen. Den grössten Teil bilden Einkommen aus Leistungen der privaten Sozialversicherungen mit 41,5% und der öffentlichen Sozialversicherungen mit 33,4%. Bezogen auf die einzelnen Leistungen sind die AHV-Renten mit knapp 22,5% die wichtigsten Einkommen, gefolgt von den Leistungen der BV (Anteil von 18,4%) und der OKPV (Anteil von 16,9%).

Hinsichtlich des Wachstums sind die Einkommen aus Leistungen der IV mit einer durchschnittlichen jährlichen Rate von real 5,7% und die BV mit einer entsprechenden Rate von 5,9% zu nennen. Das Wachstum der IV lässt sich auf die steigende Zahl der Bezüger zurückführen, dasjenige der BV sowohl auf die steigende Zahl der Bezüger als auch auf die steigenden Durchschnittsrenten. Das Wachstum der OKPV lässt sich nicht über den gesamten Zeitraum bestimmen, da es nach Einführung des Obligatoriums im Jahre 1996 in den VGR nicht mehr gleich verbucht wurde und sich dadurch ein Strukturbruch ergab. Betrachtet man die Entwicklung seit 1996, so sind die Leistungen der OKPV leicht stärker gewachsen als diejenigen der BV, allerdings etwas weniger stark als diejenigen der IV. Vor der Einführung des Obligatoriums der Krankenversicherung lag das reale Wachstum der Leistungen mit durchschnittlich 4,2% pro Jahr tiefer als nach der Einführung mit 5,2%. Das Wachstum war in beiden Zeiträumen in erster Linie auf die steigenden Leistungen pro Erkrankten zurückzuführen⁵¹. Das grösste Wachstum seit 1990 haben die Leistungen der ALV zu verzeichnen. Allerdings ist dieser Wert ziemlich volatil und vom Konjunkturverlauf und der Entwicklung der Arbeitslosenquote abhängig. Zudem war die Vergleichsbasis zur Berechnung des Wachstums im Jahre 1990 wegen der extrem geringen Anzahl Arbeitsloser sehr tief.

⁵¹ Durchschnittliches jährliches Wachstum der Leistungen pro Erkrankten: 2,3% vor bzw. 3,7% nach Einführung des Obligatoriums. Demgegenüber betrug das durchschnittliche jährliche Wachstum der Zahl der Erkrankten vor und nach Einführung des Obligatoriums je 1,0%.

6 Schlussfolgerungen

Die Einkommensstruktur der privaten Haushalte in der Schweiz hat sich von 1990 bis 2004 verändert. Während die wichtigste Einkommenskomponente, das Erwerbseinkommen aus unselbständiger Tätigkeit, mit einer durchschnittlichen jährlichen Rate von real 0,8% nur ein mässiges Wachstum aufwies und sein Anteil am Gesamteinkommen von 63% auf 60% sank, stieg das Transfereinkommen markant (3,8% im jährlichen Durchschnitt). Das Selbständigen- und das Vermögenseinkommen sind inflationsbereinigt gesunken.

Die Entwicklung der Erwerbseinkommen aus unselbständiger Tätigkeit folgte tendenziell dem Konjunkturzyklus. Weitere Einflussfaktoren sind die Produktivität des Faktors Arbeit und der Wandel der Beschäftigungsstruktur.

Im Gegensatz dazu haben die Transfereinkommen absolut und relativ stark an Gewicht gewonnen und machten 2004 einen Viertel des gesamten Einkommens der privaten Haushalte aus. Dies hat einerseits demographische Gründe – ein immer grösserer Prozentsatz der Bevölkerung wurde AHV-berechtigt, die Anzahl Bezüger von Leistungen der Altersrente und der beruflichen Vorsorge nahm im untersuchten Zeitraum kontinuierlich zu. Die grösste Zunahme neuer Bezüger hatte die IV zu verzeichnen. Andererseits stiegen die Durchschnittsleistungen in gewissen Versicherungen. Stark wachsende Kosten im Gesundheitsbereich waren die Ursache dafür, dass das Einkommen der privaten Haushalte aus der Obligatorischen Krankenpflegeversicherung und der Unfallversicherung während der Zeitspanne zunahm. Aufgrund des Mischindex stiegen auch die Leistungen der AHV leicht an. Die durchschnittlichen Leistungen in der IV und der ALV blieben hingegen real praktisch unverändert.

Der Rückgang des Vermögenseinkommens, sein Anteil fiel im untersuchten Zeitraum von 9% auf 6%, hat seinen Grund im stark sinkenden Zinseinkommen, das seinerseits auf die tiefen Zinssätze zurückzuführen ist. Die börsenabhängigen Ausschüttungen und Entnahmen nahmen Ende der neunziger Jahre massiv zu, brachen ab der Jahrtausendwende aber wieder ein. Seit dem Jahr 2004 ist wieder eine steigende Tendenz zu verzeichnen.

Auch das Selbständigeneinkommen ist gesunken, real insgesamt um 14%. Dieser Rückgang ist schwierig zu interpretieren, weil die Daten nur auf sehr aggregiertem Niveau verfügbar sind. Die Gruppe ist zudem sehr heterogen, allgemeine Aussagen über die Entwicklung ihres Einkommens können kaum gemacht werden.

Teil II: Einkommensverteilung und Ungleichheit

7 Einleitung

Im ersten Teil des vorliegenden Berichts wurden die Einkommen der Haushalte auf der Basis hoch aggregierter Daten analysiert. In diesem Teil verschiebt sich die Perspektive: Im Zentrum steht die Situation einzelner Haushalte (natürlich stets zu statistisch sinnvollen Gruppen zusammengefasst). Wir bleiben noch auf der Einkommenseite, betrachten das Einkommen im Folgenden jedoch als Indikator der Wohlfahrt. Und es wird untersucht, wie sich die sekundäre Verteilung der Einkommen und damit die Ungleichheit in den letzten Jahren entwickelt haben. Im Zusammenhang mit Verteilung und Ungleichheit stellt sich die Frage der Umverteilung. Diese ist eine zentrale Funktion jedes marktwirtschaftlich verfassten Sozialstaates. Die den Gesetzen des (Arbeits-) Marktes unterliegenden Verteilungsmechanismen müssen korrigiert werden, damit auch Personen, die nicht am Arbeitsmarkt teilnehmen (Personen in Ausbildung, Rentner, Arbeitslose) oder deren Leistungs- bzw. Einsatzfähigkeit eingeschränkt ist (durch Behinderung oder Verpflichtungen wie Kinderbetreuung) und die auch nicht über ein ausreichendes Vermögen verfügen, ein gewisses Einkommen und damit ein adäquates Wohlfahrtsniveau erzielen.

Dabei geht es darum, von Personen mit ausreichendem oder hohem Einkommen gewisse Beträge abzuschöpfen und diese mittels Transferzahlungen den weniger oder Nicht-Verdienenden zukommen zu lassen. Der Sozialstaat verfügt über zahlreiche Instrumente, die dieses Ziel anvisieren. Bei den Transferzahlungen kann grundsätzlich zwischen intertemporalen und interpersonalem Transfers unterschieden werden: Erstere umfassen Zahlungen, die eine Person zu einem bestimmten Zeitpunkt tätigt und zu einem späteren Zeitpunkt wieder bezieht. Interpersonale Transfers werden jedoch zwischen verschiedenen Personen geleistet. Die Zuordnung der einzelnen konkreten Instrumente zu den Typen ist nicht einfach, da diese meist beide Prinzipien kombinieren. So

ist die AHV schwergewichtig intertemporal⁵², hat aber durch ihre soziale Ausgestaltung sowie die Solidarität zwischen Kurz- und Langbezügern auch eine interpersonale Komponente. Umverteilungswirkung im sozialen, d.h. vertikalen Sinn kommt nur den interpersonalem Transfers zu, wenn die finanziell besser Gestellten per Saldo mehr einbezahlen, als sie beziehen.

Die Steuerprogression dient ausschliesslich der Umverteilung, aber auch die AHV/IV, die Arbeitslosenversicherung, die Prämienverbilligung der Krankenversicherung, Sozialhilfeleistungen usw. bilden mit ihren interpersonalem und sozialen Komponenten Teile eines komplexen Umverteilungssystems.

Ziel dieses Systems ist es letztlich, die teilweise naturgegebenen Ungleichheiten, die durch Marktmechanismen tendenziell verstärkt werden, nicht zu gross und damit zu Ungerechtigkeit werden zu lassen. Die Grenze von Ungleichheit zu Ungerechtigkeit ist nicht a priori gegeben, sondern wird durch gesellschaftliche Werte und einen politischen Aushandlungsprozess festgelegt. Grundlage dieses Prozesses bilden unter anderem zuverlässige Informationen über die Entwicklung und die aktuelle Situation bezüglich Einkommen und Ungleichheit in unserer Gesellschaft. Ein Teil dieser Information soll durch den vorliegenden Bericht geliefert werden.

Im Folgenden wird eine grobe Analyse der Einkommensverteilung und -umverteilung aus der Wohlfahrts-optik vorgenommen. Wir folgen dabei zwei Hauptfragen: a) Wie hat sich die Einkommensverteilung im Laufe der letzten Jahre entwickelt? b) Welchen Einfluss haben die staatlichen Umverteilungsinstrumente auf die Einkommensverteilung? Für beide Fragestellungen analysieren wir die Daten der Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE) von 1998 bis 2004. Zur Beurteilung der umverteilenden Einflüsse werden drei Einkommensstufen definiert, die unterschiedliche Phasen im Umverteilungsprozess abbilden.

⁵² Durch das Umlagesystem der AHV fliessen die Beiträge zwar an die aktuellen AHV-Bezüger, der Beitragszahlende erwirbt sich aber das Recht auf spätere Leistungen.

7.1 Drei Einkommensstufen

Zur Beurteilung der Umverteilung sollten theoretisch die Einkommen vor Transfer mit denjenigen nach allen Transfers verglichen werden. Ein Vor-Transfer-Einkommen wurde aber bisher im BFS nicht definiert; entsprechende Arbeiten mit internationalen Vorgaben sind im Gange, aber noch nicht abgeschlossen. Wir haben daher darauf verzichtet, ad hoc ein solches Einkommen zu definieren, und gehen hier vom Brutto-Einkommen der Haushalte aus. In dieses fliessen bereits einige Sozialtransferleistungen wie die IV-Renten, ALV-Leistungen oder Sozialhilfe ein, es kann daher nur bedingt als Vor-Transfer-Einkommen betrachtet werden. Das Bruttohaushaltseinkommen entspricht aber dem höchsten Betrag, der einem Haushalt monatlich theoretisch⁵³ zufliesst.

- Das **Bruttohaushaltseinkommen** fasst alle Einkommen sämtlicher Mitglieder eines Privathaushalts zusammen. Dazu gehören der Bruttolohn (vor den Sozialabzügen), die Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit, Transferleistungen wie Renten und Alimente, die Zinsen, Naturalbezüge (Naturalleistungen des Arbeitgebers, Geschenke, Produkte aus dem eigenen Garten), Rückvergütungen usw.

Davon werden zwei weitere Einkommensstufen abgeleitet und im Folgenden untersucht.

- Das **verfügbare Einkommen** wird berechnet, indem man vom Bruttohaushaltseinkommen die Zwangsausgaben abzieht. Dabei handelt es sich um obligatorische Auslagen wie beispielsweise die Sozialversicherungsbeiträge (AHV/IV-Beiträge, berufliche Vorsorge usw.), die Steuern, die Prämien der Basis-Krankenversicherung, die regelmässigen Transferzahlungen an andere Haushalte (z.B. Alimente) und die Liegenschaftssteuern für den Hauptwohnsitz.
- Das **kurzfristig verfügbare Einkommen** wird berechnet, indem man vom verfügbaren Einkommen die periodischen Ausgaben mit längerfristiger Verpflichtung abzieht. Als solche gelten die Kosten für den Erstwohnsitz (Miete bzw. Hypothekarzins/Amortisation, Nebenkosten für Heizung/Energie, Kehr- und

und Abwassergebühren, Wasserzins, laufende Unterhaltskosten), Beiträge für die 3. Säule, Versicherungsprämien, Übertragungen an andere private Haushalte (ohne rechtsverbindlich geschuldete Alimente, die bereits zur Berechnung des verfügbaren Einkommens abgezogen werden) und übrige Steuern (Militärpflichtersatz, Hundesteuern usw.).

7.2 Einkommen als Wohlfahrtsindikator: Äquivalenzeinkommen

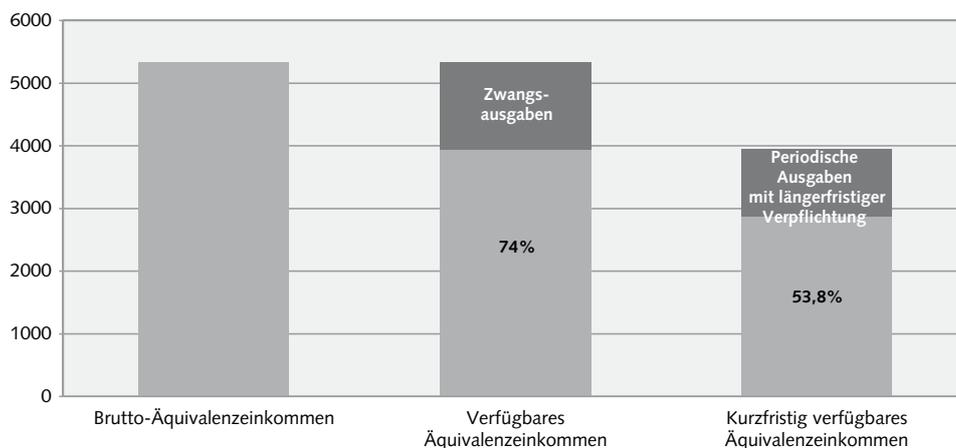
In der folgenden Betrachtung wird das Einkommen als Indikator der (materiellen) Wohlfahrt benutzt. Welches Wohlfahrtsniveau entspricht dem Haushaltseinkommen eines gegebenen Haushalts? Hier ist entscheidend, ob 10'000 Franken Einkommen einem Single zur Verfügung stehen oder ob eine fünfköpfige Familie mit demselben Betrag auskommen muss. Andererseits gibt es in Mehrpersonenhaushalten einige Sparmöglichkeiten, da das Leben zu fünft nicht fünfmal mehr kostet als das Single-dasein. Neben der Anzahl hat auch das Alter der Haushaltsmitglieder einen Einfluss auf den effektiven Bedarf. Um diese Mehrkosten nach Grösse und Zusammensetzung der Haushalte möglichst realitätsnahe zu berücksichtigen, werden so genannte Äquivalenzskalen verwendet. Das effektive Haushaltseinkommen wird dann durch einen der jeweiligen Haushaltszusammensetzung entsprechenden Äquivalenzwert dividiert. Wir erhalten damit das Äquivalenzeinkommen (manchmal auch bedarfsgewichtetes Einkommen genannt), das nicht mehr eine reale monetäre Grösse darstellt, sondern als Indikator des potenziellen⁵⁴ Wohlfahrtsniveaus dient. Das Äquivalenzeinkommen wird anschliessend allen Mitgliedern desselben Haushaltes zugeordnet, und die Auswertung wird auf der Basis aller betroffenen Personen (Analyseeinheit) vorgenommen.

⁵³ Es steht allerdings nie der ganze Betrag zur Verfügung, da gewisse Komponenten (wie etwa Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer) direkt vom Lohn abgezogen werden. Die Beiträge der Arbeitgeber werden hier nicht berücksichtigt, da sie nicht zum Bruttolohn gerechnet werden. In die Berechnung eines effektiven Vortransfereinkommens müssten sie dagegen einfließen.

⁵⁴ Potenziell ist dieses Niveau, weil nicht alle Haushalte mit einem gegebenen Äquivalenzeinkommen dasselbe Wohlfahrtsniveau realisieren. Mit sparsamem, überlegtem Konsumverhalten kann das Wohlfahrtsniveau beispielsweise gesteigert werden.

Stufen des Äquivalenzeinkommens 2004

G 23



Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

T5 Äquivalenzeinkommen nach Einkommensstufe und Erwerbssituation des Haushalts, 1998–2004 (Mittelwerte) zu Preisen 2004

	Brutto-Äquivalenzeinkommen						Verfügbares Äquivalenzeinkommen						Kurzfristig verfügbares Äquivalenzeinkommen					
	1998	2000	2001	2002	2003	2004	1998	2000	2001	2002	2003	2004	1998	2000	2001	2002	2003	2004
Gesamtbevölkerung	5 355	5 380	5 455	5 555	5 495	5 335	4 017	4 060	4 092	4 171	4 079	3 947	2 924	3 002	3 003	3 057	2 976	2 872
Personen aus Erwerbshaushalten	5 482	5 603	5 650	5 789	5 712	5 518	4 094	4 205	4 218	4 320	4 221	4 071	2 972	3 131	3 111	3 189	3 094	2 970
Personen aus Rentnerhaushalten	4 698	4 256	4 524	4 438	4 429	4 470	3 623	3 329	3 491	3 465	3 384	3 360	2 673	2 350	2 488	2 431	2 397	2 405

Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE)

Zunächst werden aber die für die Berechnung der drei Einkommensstufen berücksichtigten Ausgaben näher analysiert:

2004 betrug das durchschnittliche *Brutto-Äquivalenzeinkommen* (Mittelwert⁵⁵) 5335 Franken pro Monat. Werden davon die *Zwangsausgaben* abgezogen (für Details siehe oben und Glossar), bleiben 3947 Franken als *verfügbares Äquivalenzeinkommen* übrig. Das sind 74,0% des Bruttoeinkommens. Von diesem Betrag müssen periodische Ausgaben mit längerfristiger Verpflichtung bezahlt werden, so dass als *kurzfristig verfügbares Äquivalenzeinkommen* noch durchschnittlich 2872 Franken zur Verfügung stehen (53,8% des Bruttoeinkommens).

Verändert sich die Ungleichheit nach Abzug der *Zwangsausgaben* resp. der *periodischen Ausgaben mit längerfristiger Verpflichtung* oder findet unter dem Strich keine nennenswerte Umverteilung statt? Sind innerhalb des Beobachtungszeitraums nennenswerte Entwicklungstendenzen erkennbar? Auf diese Fragen sollen im Folgenden anhand einiger Kennziffern erste Antworten geliefert werden.

Wo nichts anderes vermerkt ist, werden in den folgenden Analysen jeweils monatliche, bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen (=Äquivalenzeinkommen) ausgewiesen. Frankenbeträge sind teuerungsbereinigt zu Preisen von 2004 angegeben. Genaueres zu den verwendeten Konzepten, Begriffen und Definitionen ist im Glossar zu finden.

⁵⁵ In diesem Kapitel werden teilweise Einkommens-Mittelwerte, teilweise Medianwerte betrachtet. (Die entsprechenden Definitionen finden sich im Glossar.) Wenn wie in diesem Abschnitt die Zusammensetzung der Einkommen und Ausgaben und Anteile davon im Vordergrund stehen, werden Mittelwerte berechnet, da sich diese jeweils auf 100% ergänzen. Stehen dagegen Verteilungsfragen im Zentrum, werden die dafür besser geeigneten Medianwerte berücksichtigt.

8 Vom Bruttoeinkommen zum verfügbaren Einkommen: Zwangsausgaben

Als Zwangsausgaben gelten die obligatorischen Abgaben der Haushalte an den Staat (Sozialversicherungsbeiträge, Steuern) resp. gesetzlich verankerte Überweisungen an andere private Haushalte (Alimente). Wie setzen sich diese Ausgaben zusammen und welche Belastungen stellen diese Ausgaben für die unterschiedlich finanzstarken Haushalte dar?

8.1 Situation 2004

Die Tabelle T6 gibt einen Überblick über die einzelnen Ausgabenkomponenten und deren Anteil am Brutto-Äquivalenzeinkommen. Da sich die Einkommenszusammensetzung von Rentnerhaushalten sehr von derjenigen in Erwerbshaushalten unterscheidet, werden diese separat analysiert. Komponenten mit geringen Anteilen werden hier nicht einzeln ausgewiesen.

Ein Blick auf Tabelle T7 mit den absoluten Beträgen zeigt, dass diese in allen Jahren und in allen Einkommensgruppen mit steigendem Einkommen zunehmen. Wie verhält es sich aber, wenn die Anteile am jeweils zur Verfügung stehenden Einkommen betrachtet werden? Mit den Anteilen am Einkommen wird die relative Belastung der Haushalte durch die jeweilige Ausgabenkomponente ausgedrückt. Tabelle T6 zeigt dies für das Jahr 2004: Die Zwangsausgaben insgesamt betragen für die Gesamtbevölkerung im Durchschnitt 26,0%. Die drei ersten Einkommensquartile liegen leicht darunter, das oberste Viertel etwas darüber. Eine Differenzierung einerseits nach Erwerbsstatus der Haushalte, andererseits nach den Komponenten der Zwangsausgaben ergibt ein aufschlussreiches Bild. Die Sozialversicherungsbeiträge bilden mit 13,9% mehr als die Hälfte der Zwangsausgaben, für das unterste Einkommensviertel ist der Anteil noch höher (15,0%) und nimmt mit wachsenden Einkommen ab auf 13,0% im obersten Quartil. Dies ist der Krankengrundversicherung anzulasten, wofür Wohlhabende wesentlich geringere Einkommensanteile (3,2%)

ausgeben als die unterste Einkommensklasse, wo die Krankenkassenprämien mit 8,8% mehr als die Hälfte der Sozialversicherungsbeiträge ausmachen.

Die Anteile der übrigen Komponenten entwickeln sich erwartungsgemäss. Insbesondere die direkten Steuern belasten höhere Einkommen überproportional (13,2% im obersten Quartil gegenüber 8,5% im untersten). Wir beobachten also gegenläufige Umverteilungswirkungen: Während die einen Komponenten eine Umverteilung von den hohen zu den tiefen Einkommensklassen bewirken, erfolgt bei anderen das Gegenteil. Unter dem Strich bleibt eine geringe Umverteilung vom obersten Quartil auf die unteren.

Bei den Haushalten von Rentnern und Erwerbstätigen ist das Bild ähnlich. Das Gewicht der einzelnen Komponenten verschiebt sich etwas: Für Rentnerhaushalte sind die direkten Steuern mit 16,1% der wichtigste Posten in den Zwangsausgaben.

T 6 Anteile der einzelnen Zwangsausgaben am Brutto-Äquivalenzeinkommen nach Einkommensquartilen, 2004 (Mittelwerte)

	Total	Unteres Viertel	2. Viertel	3. Viertel	Oberes Viertel
Gesamtbevölkerung					
Zwangsausgaben	26,0	24,1	24,1	25,5	27,8
Sozialversicherungsbeiträge	13,9	15,0	14,8	14,0	13,0
AHV/IV/EO	3,8	3,4	3,7	3,8	3,9
Pensionskasse	3,7	1,9	3,1	3,7	4,5
Krankenkassengrundversicherung	5,0	8,8	6,5	5,0	3,2
Übrige Sozialversicherung	1,4	1,0	1,5	1,5	1,4
Direkte Steuern	11,1	8,5	8,7	10,6	13,2
Bund	1,4	0,6	0,8	1,1	2,1
Kanton und Gemeinde (Einkommen/Vermögen)	9,4	7,6	7,6	9,1	10,8
Übrige direkte Steuern	(0,3)	(0,3)	(0,3)	(0,4)	(0,3)
Regelmässige Übertragungen an Privathaushalte	1,1	(0,5)	(0,6)	(0,9)	(1,5)
Personen aus Erwerbshaushalten					
Zwangsausgaben	26,2	24,3	25,0	25,7	27,7
Sozialversicherungsbeiträge	14,9	16,2	16,1	15,2	13,8
AHV/IV/EO	4,3	4,4	4,4	4,3	4,2
Pensionskasse	4,3	2,7	3,8	4,4	5,0
Krankenkassengrundversicherung	4,6	7,6	6,1	4,6	3,0
Übrige Sozialversicherung	1,7	1,5	1,8	1,8	1,6
Direkte Steuern	10,2	7,5	8,1	9,7	12,4
Bund	1,3	0,5	(0,8)	1,0	2,0
Kanton und Gemeinde (Einkommen/Vermögen)	8,6	6,5	6,9	8,3	10,1
Übrige direkte Steuern	(0,4)	(0,4)	(0,4)	(0,4)	(0,3)
Regelmässige Übertragungen an Privathaushalte	1,1	(0,6)	(0,8)	(0,8)	(1,5)
Personen aus Rentnerhaushalten					
Zwangsausgaben	24,8	22,6	22,4	24,2	26,9
Sozialversicherungsbeiträge	7,7	12,5	10,4	8,0	(5,1)
AHV/IV/EO	(0,5)	(0,3)	(0,6)	(0,5)	(0,5)
Pensionskasse	(0,1)				(0,1)
Krankenkassengrundversicherung	7,1	12,1	9,6	7,3	4,4
Übrige Sozialversicherung	(0,0)			(0,1)	(0,0)
Direkte Steuern	16,1	(10,0)	11,9	15,7	(20,0)
Bund	(2,0)	(0,7)	(0,9)	1,4	(3,1)
Kanton und Gemeinde (Einkommen/Vermögen)	14,0	9,1	10,8	14,1	(16,8)
Übrige direkte Steuern	0,1	(0,2)	(0,2)	(0,1)	(0,1)
Regelmässige Übertragungen an Privathaushalte	(1,0)	(0,2)	(0,2)	(0,5)	(1,8)

(31) Wert mit starker Streuung: Variationskoeffizient > 10%

() Ergebnis kann nicht publiziert werden, da die Anzahl Einträge ungenügend ist.

Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE)

8.2 Entwicklung zwischen 1998 und 2004

Wie haben sich die Anteile der Ausgabenposten in den letzten Jahren entwickelt? Zwischen 1998 und 2003 ist ein kontinuierlicher Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge zu verzeichnen (von 673 auf 743 Franken; siehe Tabelle T7), der 2004 zum Stillstand gekommen ist. Die Steuerbelastung weist dagegen eine sinkende Tendenz auf, die sich insbesondere bei Erwerbshaushalten zeigt.

Betrachten wir nur die Abweichungen der Anteile in den einzelnen Einkommensgruppen vom Durchschnittswert (Zeilen «Insgesamt» in Tabelle T7b), dann zeigt sich das folgende Bild (G24). Im Total der Zwangsausgaben liegen die Einkommensgruppen relativ nahe beisammen: leicht höhere relative Belastung für das oberste Quartil, das dritte Quartil liegt leicht unter dem Durchschnitt, die beiden unteren Viertel liegen noch etwas tiefer, sind aber etwa gleich belastet.

T7 Entwicklung der durchschnittlichen Zwangsausgaben nach Einkommensklassen 1998–2004**a) Absolut zu Preisen 2004 (Mittelwerte)**

	Zwangsausgaben insgesamt						Sozialversicherungsbeiträge						Direkte Steuern					
	1998	2000	2001	2002	2003	2004	1998	2000	2001	2002	2003	2004	1998	2000	2001	2002	2003	2004
Gesamtbevölkerung																		
Insgesamt	1 337	1 320	1 363	1 384	1 416	1 388	673	673	700	727	743	740	608	588	603	606	620	592
Unteres Viertel	601	573	643	599	681	634	360	349	383	382	416	396	230	208	(244)	209	247	224
2. Viertel	949	950	936	968	1 022	986	549	552	564	577	615	606	370	375	347	370	384	356
3. Viertel	1 358	1 319	1 296	1 415	1 411	1 420	731	718	724	762	792	781	585	561	524	591	570	592
Oberes Viertel	2 441	2 436	2 578	2 553	2 547	2 512	1 050	1 074	1 128	1 186	1 149	1 175	1 245	1 209	1 297	1 253	1 278	1 197
Personen aus Erwerbshaushalten																		
Insgesamt	1 388	1 398	1 433	1 470	1 491	1 447	745	751	787	813	828	823	582	583	580	601	605	565
Unteres Viertel	661	642	717	654	734	680	417	418	460	445	485	453	232	198	(238)	198	227	210
2. Viertel	1 012	1 028	1 006	1 065	1 101	1 065	619	625	635	666	692	684	361	379	334	375	381	345
3. Viertel	1 423	1 394	1 388	1 479	1 511	1 489	803	799	819	851	887	880	578	546	520	563	567	563
Oberes Viertel	2 455	2 527	2 620	2 683	2 615	2 553	1 141	1 161	1 233	1 292	1 248	1 274	1 155	1 208	1 225	1 269	1 242	1 141
Personen aus Rentnerhaushalten																		
Insgesamt	1 076	927	1 033	973	1 045	1 110	299	281	285	313	325	344	742	615	717	627	695	722
Unteres Viertel	403	427	(527)	419	507	510	214	208	238	228	253	281	185	216	(281)	(191)	(245)	225
2. Viertel	647	632	565	758	716	726	258	257	266	325	326	337	376	372	295	421	378	385
3. Viertel	974	888	897	957	994	1 113	336	317	304	322	336	366	605	554	580	598	638	722
Oberes Viertel	2 277	1 760	2 148	1 764	1 962	2 090	386	343	334	379	383	(394)	1 801	1 316	1 715	1 303	1 519	(1555)

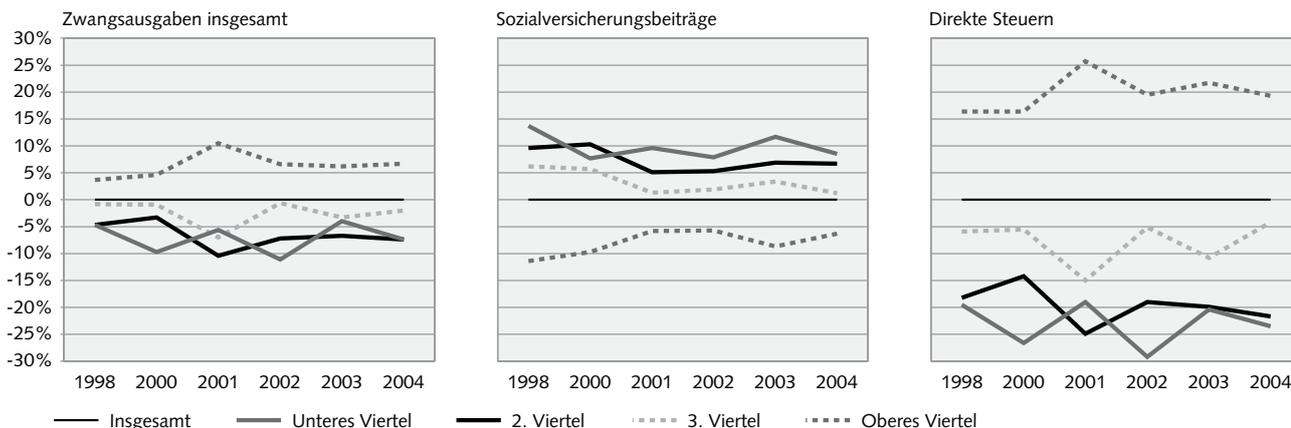
b) In Prozent des Brutto-Äquivalenzeinkommens

	Zwangsausgaben insgesamt						Sozialversicherungsbeiträge						Direkte Steuern					
	1998	2000	2001	2002	2003	2004	1998	2000	2001	2002	2003	2004	1998	2000	2001	2002	2003	2004
Gesamtbevölkerung																		
Insgesamt	25,0	24,5	25,0	24,9	25,8	26,0	12,6	12,5	12,8	13,1	13,5	13,9	11,3	10,9	11,1	10,9	11,3	11,1
Unteres Viertel	23,8	22,1	23,6	22,1	24,7	24,1	14,3	13,5	14,1	14,1	15,1	15,0	9,1	8,0	9,0	7,7	9,0	8,5
2. Viertel	23,8	23,7	22,4	23,1	24,0	24,1	13,8	13,8	13,5	13,8	14,5	14,8	9,3	9,4	8,3	8,8	9,0	8,7
3. Viertel	24,8	24,3	23,2	24,8	24,9	25,5	13,3	13,2	13,0	13,3	14,0	14,0	10,7	10,3	9,4	10,4	10,1	10,6
Oberes Viertel	25,9	25,6	27,6	26,6	27,4	27,8	11,1	11,3	12,1	12,3	12,4	13,0	13,2	12,7	13,9	13,0	13,7	13,2
Personen aus Erwerbshaushalten																		
Insgesamt	25,3	24,9	25,4	25,4	26,1	26,2	13,6	13,4	13,9	14,0	14,5	14,9	10,6	10,4	10,3	10,4	10,6	10,2
Unteres Viertel	25,1	23,4	24,3	22,6	24,7	24,3	15,9	15,3	15,6	15,4	16,3	16,2	8,8	7,2	8,1	6,9	7,6	7,5
2. Viertel	24,4	24,6	22,9	24,3	24,8	25,0	14,9	15,0	14,5	15,2	15,6	16,1	8,7	9,1	7,6	8,6	8,6	8,1
3. Viertel	25,2	24,7	24,0	24,9	25,7	25,7	14,2	14,2	14,2	14,3	15,1	15,2	10,2	9,7	9,0	9,5	9,6	9,7
Oberes Viertel	25,8	25,6	27,6	26,9	27,4	27,7	12,0	11,8	13,0	13,0	13,1	13,8	12,1	12,3	12,9	12,7	13,0	12,4
Personen aus Rentnerhaushalten																		
Insgesamt	22,9	21,8	22,8	21,9	23,6	24,8	6,4	6,6	6,3	7,1	7,3	7,7	15,8	14,5	15,8	14,1	15,7	16,1
Unteres Viertel	18,4	19,8	(24,7)	19,5	23,6	22,6	9,8	9,7	11,1	10,6	11,8	12,5	8,4	10,0	(13,1)	(8,9)	(11,4)	10,0
2. Viertel	19,8	19,8	17,6	22,7	22,0	22,4	7,9	8,0	8,3	9,7	10,0	10,4	11,5	11,7	9,2	12,6	11,6	11,9
3. Viertel	21,2	20,2	19,9	20,4	21,7	24,2	7,3	7,2	6,7	6,9	7,3	8,0	13,2	12,6	12,9	12,8	13,9	15,7
Oberes Viertel	26,0	24,2	26,0	23,2	25,4	26,9	4,4	4,7	4,0	5,0	5,0	(5,1)	20,6	18,1	20,8	17,1	19,7	(20,0)

Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE)

Relative Belastung durch die Zwangsausgaben nach Einkommensviertel, 1998–2004

G 24



Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Die Sozialversicherungsbeiträge erscheinen zunächst bezüglich der Reihenfolge der Einkommensgruppen schön geordnet. Allerdings entspricht die Richtung dieser Ordnung nicht den sozialpolitischen Erwartungen: je tiefer das Einkommen, desto höher die relative Belastung. Dies ist vorwiegend den stark gestiegenen Prämien für die obligatorische Krankenversicherung zuzuschreiben, die durch ihre geringen sozialen Komponenten (trotz Prämienverbilligung, die hier berücksichtigt ist) insbesondere die unteren Einkommensgruppen überproportional belasten. Durch die ausgleichende Wirkung der direkten Steuern werden diese paradoxen Effekte kompensiert, was zu der relativ ausgewogenen Gesamtwirkung der Zwangsausgaben führt.

9 Analyse der Einkommensungleichheit

Das Brutto-Äquivalenzeinkommen 2004 von durchschnittlich 5335 Franken ist nicht gleichmässig über die Gesamtbevölkerung verteilt. Um diese Verteilung oder Gleichheit bzw. Ungleichheit zu beurteilen, gibt es zahlreiche Methoden. Zunächst machen wir uns anhand der Dichtefunktion ein Bild der Einkommensverteilung.

Die Grafik G25 gibt einen vergleichenden Gesamtüberblick über Lage, Form und Verlauf der Einkommensverteilung auf den betrachteten drei Stufen. Die Höhe der geglätteten Kurve (vertikale Achse) bildet die Wahrscheinlichkeit⁵⁶ ab, dass jemand in der Bevölkerung ein bestimmtes Einkommensniveau aufweist. Während das Bruttoeinkommen definitionsgemäss nicht kleiner als null sein kann, sind die niedrigsten verfügbaren und kurzfristig verfügbaren Einkommen negativ⁵⁷. Dieser Unterschied ist bei der Beurteilung der Verteilungskennwerte – speziell der Quantilanteile und -verhältnisse – in Rechnung zu stellen. Die Kurven sind «rechtsschief», d.h. ein kleiner Bevölkerungsteil verfügt über Einkommen, die weit über den häufigsten Einkommensniveaus liegen. Ansonsten fällt auf, dass das verfügbare und

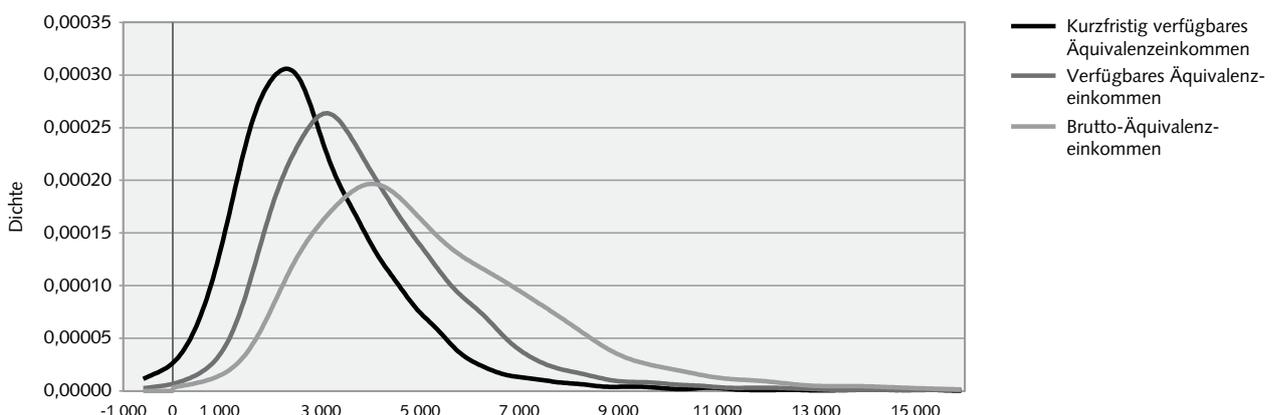
kurzfristig verfügbare Einkommen sowohl im Anstieg als auch Abfall deutlich steiler verlaufen als das Bruttoeinkommen (speziell die Häufigkeit des kurzfristig verfügbaren Einkommens nimmt auf tiefem Niveau schnell zu, im mittleren Bereich aber auch schnell wieder ab).

Zur weiteren Analyse der Einkommensverteilung setzen wir die Einkommensanteile von symmetrischen Gruppen in Beziehung: die 10% der Einkommenschwächsten verglichen mit den 10% der Reichsten für die extremen Gruppen. Zusätzlich setzen wir die Einkommensanteile aller Quartile, d.h. des ärmsten vs. des reichsten Viertels sowie der beiden mittleren, in Bezug. Als weiteres Ungleichheitsmass wird der gebräuchliche Gini-Koeffizient herangezogen.

Es gibt indessen keinen Konsens bezüglich eines Idealwerts dieser Masse. Weitgehende Einigkeit herrscht dagegen darin, dass eine absolute Gleichstellung weder realisierbar noch erstrebenswert ist. Ebenso ist unbestritten, dass eine zu grosse Ungleichheit von wesentlichen Bevölkerungsanteilen als Ungerechtigkeit empfunden wird und zu sozialen Spannungen führen kann. Den

Geglättete Verteilung der Äquivalenzeinkommen 2004 (Dichtefunktion)

G 25



Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

⁵⁶ Ausgehend von Häufigkeiten werden für die Glättung der Kurve Wahrscheinlichkeiten geschätzt.

⁵⁷ Negative Einkommen sind insbesondere dem nicht als Einkommen betrachteten Vermögensverzehr («Leben vom Ersparten») zuzuschreiben.

Stand und insbesondere die Entwicklung der (Einkommens-)Ungleichheit zu beobachten, ist daher eine wichtige Aufgabe der öffentlichen Statistik. Neben der Entwicklung in der Zeit untersuchen wir hier aber auch die Entwicklung der Ungleichheit über die drei Einkommensstufen Brutto-Einkommen, verfügbares Einkommen und kurzfristig verfügbares Einkommen, wobei hier stets Äquivalenzeinkommen gebildet wurden.

9.1 Brutto-Äquivalenzeinkommen 2004

T8 Verteilung des Brutto-Äquivalenzeinkommens 2004

Anteil 1. Dezil	4,3%	S90/S10	4,6
Anteil 10. Dezil	19,6%		
Anteil 1. Quartil	13,1%	QA4/QA1	3,1
Anteil 4. Quartil	40,6%		
Anteil 2. Quartil	19,7%	QA3/QA2	1,35
Anteil 3. Quartil	26,6%		

Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE)

2004 verfügten die einkommensstärksten 10% der Bevölkerung (das 10. Dezil) über 19,6% des Gesamteinkommens. Die ärmsten 10% Prozent (das 1. Dezil) haben 4,6 mal weniger: 4,3% des Gesamteinkommens. Vergrößert man die betrachteten Gruppen, so wird dieser Unterschied geringer: Das reichste Viertel verfügt über 40,6% des Gesamteinkommens, die ärmsten 25% dagegen über drei mal weniger (13,1%). Das Verhältnis der benachbarten mittleren Einkommensklassen ist mit 1,35 moderat. Das 3. Quartil (man könnte auch die obere Mittelklasse sagen) verfügt über einen leicht überproportionalen Anteil von 26,6% am Kuchen, das 2. Quartil muss sich dagegen mit 19,7% begnügen.

Ein Blick auf die Grafik G26 zeigt einen stetigen Anstieg bis zum 9. Dezil mit einem deutlichen Knick. Die Ungleichheit zwischen benachbarten Einkommensklassen ist bis in die zweithöchste Klasse ähnlich und das oberste Dezil setzt sich ab. Der Verlauf der Kurve ist im Bereich des 3. bis 6. Dezils am flachsten, d.h. die Einkommensklassen der (unteren) Mitte sind bezüglich Brutto-Einkommensunterschieden relativ homogen.

Der Gini-Koeffizient (ein Mass, das die Ungleichheit einer Verteilung mit einer Zahl ausdrückt) beträgt für das Brutto-Einkommen 2004 0,265.

9.2 Verfügbares Äquivalenzeinkommen 2004

In der zweiten hier betrachteten Einkommensstufe verringert sich das mittlere Einkommen auf 3947 Franken.

Die Verteilung des verfügbaren Einkommens ist ähnlich wie beim Bruttoeinkommen; die Dezile wie die Quartile verfügen über praktisch dieselben Anteile, lediglich das unterste Dezil verliert mit einem Rückgang von 4,3 auf 4,0%. Dies zeigt sich in einem erhöhten

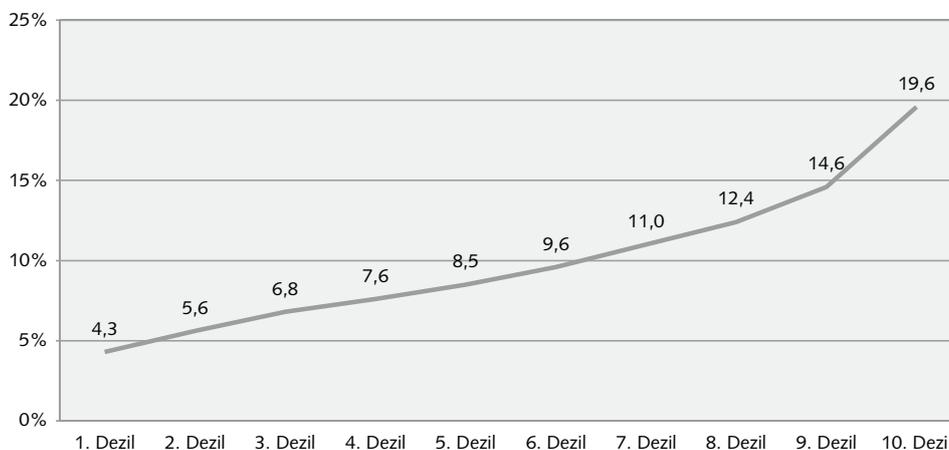
T9 Verteilung des verfügbaren Äquivalenzeinkommens 2004

Anteil 1. Dezil	4,0%	S90/S10	4,9
Anteil 10. Dezil	19,5%		
Anteil 1. Quartil	13,0%	QA4/QA1	3,1
Anteil 4. Quartil	40,3%		
Anteil 2. Quartil	20,0%	QA3/QA2	1,33
Anteil 3. Quartil	26,7%		

Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE)

Brutto-Äquivalenzeinkommen 2004, Dezilanteile in Prozent

G 26



Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Quotienten S90/S10 und in G27 grafisch in einem leichten Knick im 2. Dezil. Der Gini-Koeffizient reagiert mit einer leichten Erhöhung auf 0,267.

Eigentlich sollte zwischen dem Brutto- und dem verfügbaren Einkommen ein Transfer stattfinden, der die Ungleichheit verringert. Dies ist aber nicht festzustellen. Wie weiter oben dargestellt wurde, haben die Sozialversicherungsbeiträge und die direkten Steuern gegenläufige Wirkungen, die sich in der Summe praktisch aufheben.

9.3 Kurzfristig verfügbares Äquivalenzeinkommen

Beim kurzfristig verfügbaren Einkommen (2004: 2872 Franken) vergrössert sich die Ungleichheit deutlich. Hier verfügen die untersten 10% der Bevölkerung noch gerade über 2,3% der Einkommenssumme, das oberste Dezil dagegen beansprucht das Neunfache. Auch das Verhältnis zwischen den äusseren Quartilen ist mit 4,2

deutlich ungleicher, während die mittleren Einkommensklassen über praktisch dieselben Anteile verfügen wie auf den vorhergehenden Einkommensstufen.

Die Grafik G28 veranschaulicht die Verteilung: Eine etwas grössere Steigung zum 10. Dezil und ein deutlicher Abfall zum 1. Dezil: Der Übergang vom verfügbaren zum kurzfristig verfügbaren Einkommen zeigt eine klare Zunahme der Ungleichheit, die sich auch bei der deutlichen Zunahme des Gini-Koeffizienten auf 0,319 zeigt. Auch zwischen den mittleren Quartilen nimmt die Differenz (QA3/QA2) leicht zu.

So deutlich diese zunehmende Ungleichheit ist, das Resultat überrascht nicht. Im Übergang vom verfügbaren zum kurzfristig verfügbaren Einkommen schlagen zu 81% die Wohnkosten zu Buche. Vom freien Wohnungsmarkt wird aber auch keine umverteilende Wirkung in einem ausgleichenden Sinn (d.h. von oben nach unten) erwartet, alle kämpfen mit gleich langen Spiesen. Bei einem kleinen Budget bleibt nach Abzug der Wohnkosten aber ein proportional kleinerer Anteil übrig, so dass die relative Ungleichheit grösser wird.

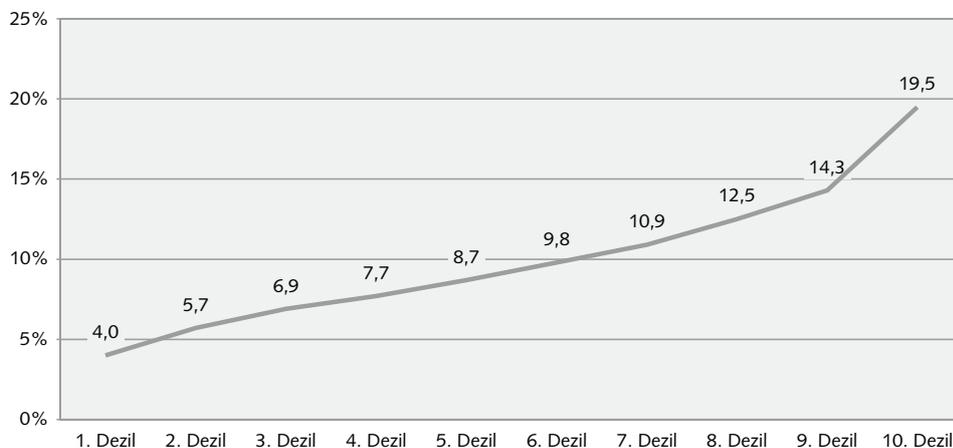
T 10 Verteilung des kurzfristig verfügbaren Äquivalenzeinkommens 2004

Anteil 1. Dezil	2,3%	S90/S10	9,1
Anteil 10. Dezil	21,0%		
Anteil 1. Quartil	10,3%	QA4/QA1	4,2
Anteil 4. Quartil	43,3%		
Anteil 2. Quartil	19,4%	QA3/QA2	1,40
Anteil 3. Quartil	27,1%		

Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE)

Verfügbares Äquivalenzeinkommen 2004, Dezilanteile in Prozent

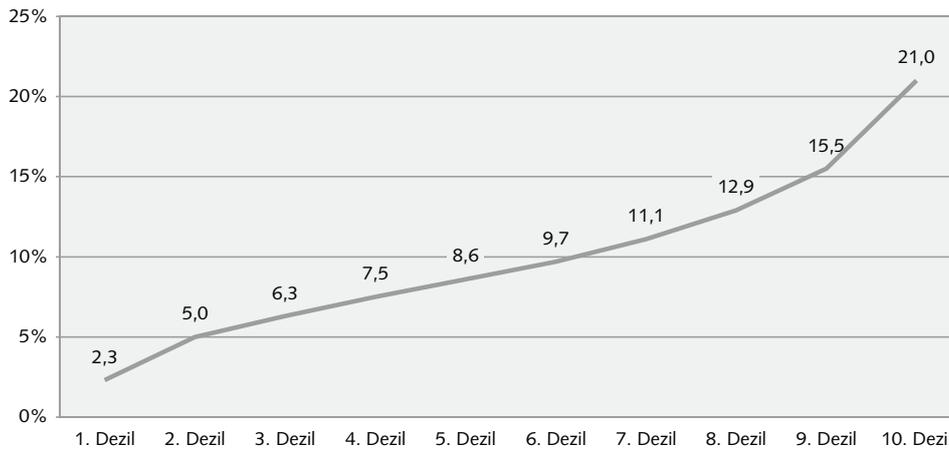
G 27



Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Kurzfristig verfügbares Äquivalenzeinkommen 2004, Dezilanteile in Prozent G 28



Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

9.4 Entwicklung 1998–2004

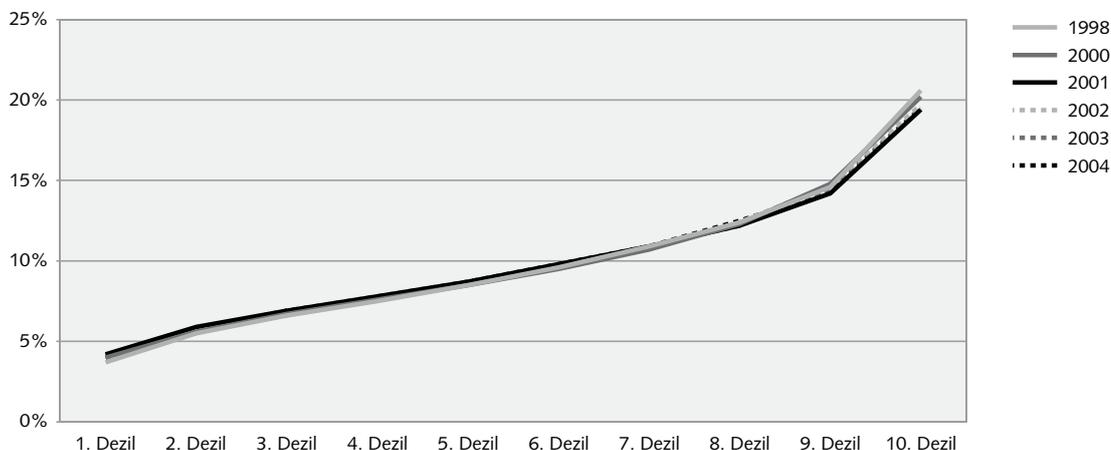
Die Entwicklung über diese sieben Jahre zeigt auf allen Einkommensstufen eine leichte Zunahme bis 2002 und anschliessend einen Rückgang (T5). 2004 betrug das Brutto-Äquivalenzeinkommen 5335 Franken, das verfügbare 3947 und das kurzfristig verfügbare Einkommen 2872 Franken.

Die Betrachtung der Dezilanteile in der Grafik G29 zeigt, dass sich auch die Verteilung der verfügbaren Einkommen in den beobachteten Jahren kaum verändert hat. Lediglich im 10. Dezil gehen die Kurven leicht auseinander: Der Anteil am Gesamteinkommen der einkommensstärksten 10% ist leicht zurückgegangen (von 20,6% auf 19,5%), d.h. ihr Beitrag zur gesamten

Ungleichheit hat abgenommen. Dies lässt sich auf allen Einkommensstufen beobachten. Beim kurzfristig verfügbaren Einkommen erfolgt der Rückgang von 22,5% 1998 auf 21,0% im Jahr 2004.

Die Entwicklung des Gini-Index über die betrachteten Jahre (Grafik G30) zeigt eine leichte Abnahme der Ungleichheit und bestätigt die Feststellung, dass die Verteilungen des Brutto- und des verfügbaren Einkommens sich kaum unterscheiden.

Verfügbares Äquivalenzeinkommen 1998–2004, Dezilanteile in Prozent G 29

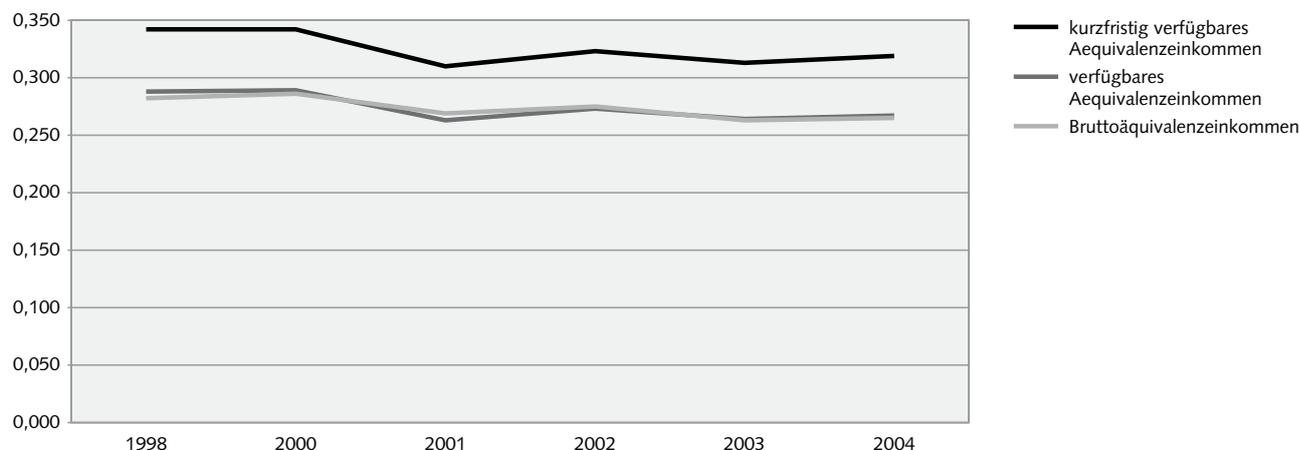


Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Einkommensungleichheit in den Einkommensstufen; Gini-Koeffizient 1998–2004

G 30



Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

9.5 Erwerbshaushalte – Rentnerhaushalte

Rentnerhaushalte haben nicht nur ein geringeres Durchschnittseinkommen als Erwerbshaushalte, insbesondere haben die verschiedenen Einkommenskomponenten ein anderes Gewicht. Es erscheint daher angebracht, diese beiden Gruppen gesondert zu betrachten. Für die Rentnerhaushalte muss aber beachtet werden, dass die vorliegenden Ergebnisse nur auf Privathaushalten beruhen, dass also Betagte in Kollektivhaushalten wie Alters- und Pflegeheime nicht berücksichtigt werden. Zudem konnte auch die Vermögenssituation nicht erfasst werden. Einkommen aus Vermögen sind berücksichtigt, nicht aber der Vermögensverzehr.

Im Jahr 2004 erzielten Erwerbshaushalte ein durchschnittliches Bruttoeinkommen von 5518 Franken, Rentnerhaushalte verfügten über einen Fünftel weniger (4470 Franken; siehe Tabelle T5). Das verfügbare Einkommen in den beiden Gruppen belief sich auf 4071 bzw. 3360 Franken und das kurzfristig verfügbare Ein-

T 11 Verteilung des kurzfristig verfügbaren Äquivalenzeinkommens 2004, nur Personen in Erwerbshaushalten

Anteil 1. Dezil	2,4%	S90/S10	8,6
Anteil 10. Dezil	20,8%		
Anteil 1. Quartil	10,7%	QA4/QA1	4,0
Anteil 4. Quartil	42,8%		
Anteil 2. Quartil	19,5%	QA3/QA2	1,39
Anteil 3. Quartil	27,0%		

Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE)

T 12 Verteilung des kurzfristig verfügbaren Äquivalenzeinkommens 2004, nur Personen in Rentnerhaushalten

Anteil 1. Dezil	-	S90/S10	()
Anteil 10. Dezil	-		
Anteil 1. Quartil	9,5%	QA4/QA1	4,7
Anteil 4. Quartil	44,7%		
Anteil 2. Quartil	18,5%	QA3/QA2	1,48
Anteil 3. Quartil	27,3%		

Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE)

kommen noch auf 2970 bzw. 2405 Franken. Zur Betrachtung der Einkommensverteilung beschränken wir uns auf die letzte Einkommensstufe:

Hier ist zu beobachten, dass die Ungleichheit innerhalb der Rentnerhaushalte grösser (QA4/QA1: 4,7) ist als bei den Erwerbshaushalten (QA4/QA1: 4,2, vgl. Tabellen T11 und T12). Dies bestätigt die an sich widersprüchlichen Feststellungen der letzten Jahre, dass es den Rentnern in der Schweiz insgesamt gut geht, dass aber die Hochbetagten ein erhöhtes Armutsrisiko tragen⁵⁸.

⁵⁸ Leu, Burri, Priester (1997).

10 Schlussfolgerungen

Insgesamt bringt die Analyse mittels der betrachteten drei Einkommensstufen einige Erkenntnisse. Eine nennenswerte umverteilende Wirkung des hier berücksichtigten sozialpolitischen Instrumentariums lässt sich nicht feststellen. Dies einerseits, weil das Bruttoeinkommen als Ausgangsgrösse bereits das Resultat von Umverteilungsmechanismen ist. Der gesamte Umverteilungsprozess lässt sich jedoch erst beurteilen, wenn von einem Vor-transfer-Einkommen ausgegangen werden kann (vgl. dazu die Bemerkung in Kapitel 7.1).

Andererseits können die verschiedenen, bei der Berechnung des verfügbaren Einkommens berücksichtigten Komponenten je nach Haushaltstyp verschiedene und teilweise gegensätzliche Umverteilungseffekte zeigen, die sich in der gesamthaften Betrachtung praktisch aufheben. Es müssen daher vertiefte Analysen ins Auge gefasst werden, die sowohl die individuellen Gegebenheiten der Betroffenen wie auch die verschiedenen Instrumente differenzieren⁵⁹.

Sowohl im Zeitvergleich wie auch über die Einkommensstufen betrachtet, deuten sich Veränderungen eher in den Randbereichen der Verteilung, d.h. im 1. und im 10. Dezil an, während die mittleren Einkommensklassen eher entlastet werden. Insbesondere die Dynamik im untersten Einkommenssegment sollte daher im Rahmen der Arbeiten des BFS zum Thema Armut verfolgt werden. Die beobachtete Tendenz im mittleren Bereich sollte andererseits nicht als Entwarnung für die Mittelstandsdiskussion verstanden werden. Dass – durchschnittlich gesehen – in den mittleren Einkommensklassen wenig bzw. positive Verschiebungen festgestellt wurden, bedeutet nicht, dass es keine Verlierer gibt, sondern lediglich dass allfällige Verluste der einen Mittelstandsgruppe durch Gewinne anderer Gruppen wettgemacht wurden. Weitere Auswertungen und Berichte zu diesen Themen sind in den nächsten Jahren im BFS geplant.

⁵⁹ Hier waren mit den verfügbaren jährlichen Stichprobengrössen bisher nur relativ grobe Analysen möglich. Die auch im vorliegenden Bericht festgestellten geringen Veränderungen in den letzten Jahren erleichtern aber ein Verfahren, das wesentlich feinere Analysen erlauben wird: das Zusammenfassen (Pooling) der Stichproben über mehrere Jahre.

Anhang

A Definition der Hauptbestandteile des gesamten Einkommens in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1 Erwerbseinkommen aus unselbständiger Tätigkeit

Einkommen der Arbeitnehmer = Arbeitnehmerentgelt (einschliesslich Sozialbeiträge der Arbeitgeber) = D.1

$\Sigma = \mathbf{D.1}$ im primären Einkommensverteilungskonto

2 Erwerbseinkommen aus selbständiger Tätigkeit

Erwerbseinkommen der Selbständigerwerbenden = Nettobetriebsüberschuss (Betriebsgewinn) = B.2n

$\Sigma = \mathbf{B.2n}$ im primären Einkommensverteilungskonto

3 Vermögenseinkommen

Vermögenseinkommen = Zinsen + Ausschüttungen und Entnahmen

Zinsen = D.41 (Aufkommen)

Ausschüttungen und Entnahmen = D.42 (Aufkommen)

$\Sigma = \mathbf{D.41 + D.42}$ im primären Einkommensverteilungskonto

4 Transfereinkommen

Einkommen aus Transfers = Geldleistungen der Sozialversicherung (D.621) + Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen (D.622) + sonstige soziale Geldleistungen (D.624) + sonstige laufende Transfers (D.7) = monetäre Sozialleistungen (D.62) – sonstige Sozialleistungen der Arbeitgeber (D.623) + sonstige laufende Transfers (D.7)

Monetäre Sozialleistungen = D.62 (Aufkommen)

Sonstige Sozialleistungen der Arbeitgeber = D.623 (Aufkommen); vom Arbeitgeber bezahlte Löhne bei Krankheit des Arbeitnehmers; sie werden abgezogen, um eine Doppelzählung zu vermeiden, da sie bereits im Erwerbseinkommen unter D.122 *Unterstellte Sozialbeiträge* erscheinen.

Sonstige laufende Transfers = D.7 (Aufkommen) = D.72 Schadenversicherungsleistungen (Aufkommen) + D.75 übrige laufende Transfers (Aufkommen)

$\Sigma = \mathbf{D.62 - D.623 + D.7}$ im Konto der sekundären Einkommensverteilung

B Hauptunterschiede zwischen dem Einkommenskonzept der Canberra Group und dem hier verwendeten Einkommenskonzept

Einkommenskonzept der Canberra Group*	Hier verwendetes Einkommenskonzept
1. Employee income	1. Erwerbseinkommen
2. Income from self-employment	2. Selbständigeneinkommen
3. Rentals	3. Mieteinnahmen Werden in den schweizerischen VGR nicht speziell ausgewiesen, sondern sind im Selbständigeneinkommen enthalten.
4. Property Income Bei den Zinsen wird der Saldo aus Zinseinnahmen und -zahlungen verwendet.	4. Vermögenseinkommen Es werden die Bruttozinsen verwendet, die Zinszahlungen werden nicht abgezogen. Pachteinkommen werden nicht speziell ausgewiesen, sondern sind im Zinseinkommen enthalten.
5. Current transfers received Leistungen der Schadenversicherungen sind nicht enthalten.	5. Transfereinkommen Im Transfereinkommen sind nicht nur die Leistungen des Systems der sozialen Sicherheit, sondern auch diejenigen der Schadenversicherungen enthalten. Zudem werden Erbschaften sowie Lotterie- und Wettgewinne ebenfalls zum Einkommen gerechnet.
= Total income	= Gesamtes Einkommen

* Vgl. Canberra Group 2001, S. 18 (Table 2.1).

C Verwendete Statistiken

Anmerkung: das Inlandkonzept

Das Inlandkonzept umfasst die innerhalb des schweizerischen Wirtschaftsgebietes geleistete produktive Tätigkeit, unabhängig davon, ob sie von der Wohnbevölkerung oder von im Ausland wohnhaften Personen geleistet wird. Dieses Konzept kann z.B. zur Abgrenzung der erwerbstätigen Bevölkerung, der Beschäftigten und der Arbeitsstunden benutzt werden. Unter die produktive Tätigkeit gemäss dem Inlandkonzept fällt damit die auf dem Schweizer Wirtschaftsgebiet geleistete Tätigkeit folgender Personengruppen: Schweizer/innen, niedergelassene Ausländer/innen, Aufenthaltler/innen einschliesslich anerkannter Flüchtlinge, Grenzgänger/innen, Saisoniers (seit dem 1. Juni 2002 wird dieser Status nicht mehr erteilt), Kurzaufenthalter/innen, Personen im Asylprozess und Personal der Schweizer Botschaften und Konsulate im Ausland sowie Personal der Schweizer Hochseeflotte. Die Erwerbsarbeit der Angestellten von ausländischen Botschaften und Konsulaten, der internationalen Funktionäre/Funktionärinnen in der Schweiz sowie der in der Schweiz wohnhaften und im Ausland arbeitenden Grenzgänger/innen ist hingegen im Inlandkonzept nicht inbegriffen. Statistische Quellen: Das

Inlandkonzept liegt unter anderem der Erwerbstätigenstatistik und der Arbeitsvolumenstatistik zu Grunde. Daneben wird das Inlandkonzept auch im Bereich der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angewendet.

Arbeitslosenstatistik des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO):

In der Schweiz gibt es seit 1936 eine Arbeitslosenstatistik. Sie wird heute vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) erhoben. Die Arbeitslosenstatistik des SECO erfasst den Bestand an registrierten Arbeitslosen am Monatsende, die Zugänge in die Arbeitslosigkeit und die Abgänge aus der Arbeitslosigkeit. Seit Herbst 1997 veröffentlicht das SECO zusätzlich die Zahl der registrierten Stellensuchenden. Die Daten der registrierten Stellensuchenden (arbeitslose sowie nicht arbeitslose) werden bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) ermittelt. Die SECO-Statistik basiert auf einer Vollerhebung der registrierten Arbeitslosen und Stellensuchenden. Sie erlaubt daher Auswertungen nach sehr detaillierten Gliederungen.

Grundgesamtheit und Einheit: Wohnbevölkerung der Schweiz.

Arbeitsvolumenstatistik (AVOL):

Die Arbeitsvolumenstatistik ist eine Synthesestatistik und liefert ab 1991 jährliche Informationen zu den tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden, zur Normalarbeitszeit sowie den Absenzen und Überstunden. Das tatsächliche Arbeitsvolumen bezeichnet die im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen effektiv geleisteten «produktiven» Arbeitsstunden.

Grundgesamtheit und Einheit: definiert gemäss Inlandkonzept.

Hauptquelle der AVOL ist die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE). Weitere Quellen sind Statistiken des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) sowie das Zentrale Ausländerregister (ZAR).

Eidgenössische Volkszählung (VZ):

Die Volkszählung zeichnet die demografische, räumliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz seit 1850 nach. Ihre Ergebnisse dienen der Planung und Entscheidung in vielen wichtigen Gebieten: Beschäftigungspolitik, Bildungswesen, Familien- und Sozialpolitik, Umweltschutz, Verkehrs- und Siedlungspolitik, Wirtschaftsförderung. Sie ist zudem unentbehrlich für die Auswertung von Stichprobenerhebungen (Gewichtung und Hochrechnung) sowie für Berechnungen im Zusammenhang mit anderen Statistiken (z.B. die monatlichen Arbeitslosenquoten der Kantone und Gemeinden).

Vollerhebung in Form einer schriftlichen Befragung. Die Teilnahme an der VZ ist obligatorisch.

Grundgesamtheit und Einheit: Personen, Haushalte und Erwerbstätige der Wohnbevölkerung (sowohl wirtschaftlicher als auch zivilrechtlicher Wohnsitz), verknüpft mit georeferenzierten Wohnungen und Gebäuden sowie Arbeits- und Schulorten.

Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE):

Stichprobenerhebung, die detailliert und seit 2000 jährlich die Haushaltsausgaben und -einkommen von circa 3000 zufällig ausgewählten Haushalten erfasst.

Grundgesamtheit und Einheit: Die Grundgesamtheit ist die ständig innerhalb der schweizerischen Grenzen wohnhafte Bevölkerung. Die Erhebungseinheit ist der private Haushalt.

Erwerbstätigenstatistik (ETS):

Die Erwerbstätigenstatistik ist eine Synthesestatistik und erfasst seit 1948 vierteljährlich die in der Schweiz erwerbstätigen Personen. Als erwerbstätig gelten alle Per-

sonen, die im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen während mindestens einer Stunde pro Woche einer produktiven Arbeit nachgehen.

Grundgesamtheit und Einheit: Erwerbstätige gemäss dem Inlandkonzept.

Die wichtigsten Quellen der ETS sind die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE), das Zentrale Ausländerregister (ZAR) und die Beschäftigungsstatistik (BESTA).

Landesindex der Konsumentenpreise (LIK):

Der Landesindex der Konsumentenpreise misst monatlich seit 1914 die Preisentwicklung der für die privaten Haushalte bedeutsamen Waren und Dienstleistungen. Er gibt an, in welchem Umfang die Konsumenten bei Preisveränderungen die Ausgaben erhöhen oder senken müssen, um das Verbrauchsvolumen konstant halten zu können.

Stichprobenerhebung bei rund 3000 Verkaufsstellen mit rund 35'000 Preisen pro Monat.

Grundgesamtheit und Einheit: Konsum der privaten Haushalte in der Schweiz.

Lohnstrukturerhebung (LSE):

Die Lohnstrukturerhebung (seit 1994) basiert auf einem alle zwei Jahre im Oktober an die Unternehmen verschickten Fragebogen (Stichprobenerhebung bei rund 42'000 Unternehmen mit insgesamt rund 1,1 Millionen Arbeitnehmenden). Sie erlaubt eine regelmässige Beschreibung der Lohnstruktur in allen Branchen des sekundären und tertiären Sektors sowie im Gartenbau anhand von repräsentativen Daten. Sie erfasst nicht nur die Branche und die Grösse des fraglichen Unternehmens, sondern auch die einzelnen Merkmale der Arbeitnehmenden und der Arbeitsplätze. Hinzu kommen Informationen über die Ausbildung und die berufliche Situation der Beschäftigten, über das Anforderungsniveau des Arbeitsplatzes sowie über die Art der Tätigkeit des Unternehmens.

Grundgesamtheit und Einheit: Beschäftigte des 2. und 3. Sektors (+Gartenbau) gemäss Inlandkonzept (ohne Lehrlinge, Praktikanten, Unternehmenseigentümer, mitarbeitende Familienmitglieder ohne Vertrag, auf Auftragsbasis bezahlte Personen, Temporärarbeitskräfte, Heimarbeitende, Arbeitnehmende mit Teilrenten, Arbeitnehmende von Unternehmen mit weniger als 2 Angestellten sowie Angestellte des öffentlichen Dienstes auf Gemeindeebene).

Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE):

Die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung ist eine Haushaltsbefragung, die seit 1991 jedes Jahr durchgeführt wird. Das Hauptziel ist die Erfassung der Erwerbsstruktur und des Erwerbsverhaltens der ständigen Wohnbevölkerung. Auf Grund der strikten Anwendung internationaler Definitionen in der SAKE lassen sich die schweizerischen Daten mit jenen der übrigen Länder der OECD sowie den Staaten der Europäischen Union vergleichen.

Stichprobenerhebung bei den Haushalten: Die Erhebung erfolgt als telefonische Haushaltsbefragung bei einer Stichprobe von rund 33'000 Personen (bis 2001: rund 16'000). Die Haushalte werden zufällig aus dem Telefonregister gezogen. Seit 2003 wird die SAKE-Stichprobe zusätzlich durch 15'000 ausländische Personen der ständigen Wohnbevölkerung ergänzt, welche aus dem Zentralen Ausländerregister (ZAR) gezogen werden. Die teilnehmenden Personen werden in fünf aufeinander folgenden Jahren befragt.

Grundgesamtheit und Einheit: Ständige Wohnbevölkerung ab 15 Jahren.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR):

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind eine wirtschaftliche Synthesestatistik, die innerhalb eines zusammenhängenden, buchhalterischen Rahmens und während einer gewissen Periode zeigt, wie die makroökonomischen Beziehungen von Akteuren und Wirtschaftssektoren eines Landes zusammen hängen. Dies mit dem Ziel, so

gut wie möglich die wirtschaftliche Realität wiederzugeben. Das Hauptaggregat der VGR ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Letzteres ist gleich der Wertschöpfungssumme, und/oder gleich aller Ausgaben. Das BIP beruht auf dem Inlandskonzept, d.h. alle auf dem Wirtschaftsterritorium stattfindenden Transaktionen sind darin enthalten, egal ob der Akteur gebietsansässig ist oder nicht.

Die wichtigsten statistischen Quellen für die VGR sind: Wertschöpfungsstatistik, BFS, Bankenstatistik, SNB, Rapport zu den privaten Versicherungseinrichtungen, BPV, Pensionskassenstatistik, BFS, Statistik der obligatorischen Krankenversicherung, BAG, Statistik der öffentlichen Finanzen, EFV, Einkommens- und Verbrauchserhebung, BFS, Schweizerische Bau- und Wohnungsstatistik, BFS, Zahlungsbilanz, SNB, Aussenhandelsstatistik, EZV, Preisindizes, BFS.

Im Dezember 2003 wurden die VGR revidiert, und das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) wurde eingeführt. Vorher basierten die VGR auf dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1978.

D Vergleich VGR – EVE

Die Zusammensetzung der Einkommen der privaten Haushalte lässt sich auch auf der Basis von Mikrodaten schätzen, zum Beispiel von Erhebungen bei den privaten Haushalten und Personen. Dies gilt insbesondere für die EVE, die jedes Jahr bei einer Stichprobe der Bevölkerung

VGR	EVE
<p>Synthesestatistik, die verschiedene Quellen benützt, um die makroökonomische wirtschaftliche Aktivität der Schweiz darzustellen; Daten für jedes Jahr ab 1990 verfügbar</p> <p>Haushalte:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Private Haushalte gemäss VGR, d.h. einschliesslich Personen, die permanent in Kollektivhaushalten leben (Heime, Spitäler, Internate usw.) – POoE (private Organisationen ohne Erwerbscharakter: Gewerkschaften, Konsumentinnenorganisationen usw.) <p>Erwerbseinkommen der Arbeitnehmenden:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Einschliesslich Sozialbeiträge der Arbeitgeber <p>Erwerbseinkommen der Selbständigerwerbenden:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Selbständigerwerbende unter folgenden juristischen Formen: Einzel-firma, einfache Gesellschaft, Kollektivgesellschaft, Kommanditgesellschaft – Einschliesslich Mieteinkommen der privaten Haushalte <p>Vermögenseinkommen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Daten von Steuerbehörden und Banken; in der Regel umfassende Daten – Einschliesslich Pachteinkommen 	<p>Stichprobenerhebung bei den privaten Haushalten (Resultate mit Vertrauensintervall); Daten zu den Einkommen im Jahr 1998 und für jedes Jahr ab 2000 verfügbar</p> <p>Haushalte:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Private Haushalte gemäss VZ, d.h. ohne Personen in Kollektivhaushalten. <p>Erwerbseinkommen der Arbeitnehmenden:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ohne Sozialbeiträge der Arbeitgeber <p>Erwerbseinkommen der Selbständigerwerbenden:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Alle Selbständigerwerbenden, einschliesslich diejenigen, die Besitzer ihrer Firma sind; diese Gruppe kann identifiziert und separat behandelt werden <p>Vermögenseinkommen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Einnahmen aus Vermietung und Vermögenseinkommen – Wegen der sehr ungleichmässigen Verteilung des Vermögens, lässt sich dieser Wert durch eine Stichprobenerhebung sehr schwer schätzen → wahrscheinlich Unterschätzung des gesamten Vermögenseinkommens der privaten Haushalte

durchgeführt wird. Die Zusammensetzung der Einkommen, die aus der EVE resultiert, zeigt nicht die gleichen Resultate wie diejenige der VGR. Dies erklärt sich damit, dass beide Statistiken auf unterschiedlichen Methoden und Quellen beruhen, wie die obenstehende zusammenfassende Tabelle zeigt.

Jede dieser Statistiken weist Vor- und Nachteile auf. Die Auswahl erfolgt aufgrund der behandelten Problematik und der gestellten Fragen. Es können folgende Bemerkungen gemacht werden:

- Bei den VGR ist eine längere Zeitreihe verfügbar, da die Daten ab 1990 vorhanden sind.
- Die Schätzung des Erwerbseinkommens der Selbständigerwerbenden ist in den VGR besonders problematisch.
- Die VGR sind eine bessere Quelle, um die gesamten Vermögenseinkommen zu analysieren. Wegen deren sehr ungleichmässigen Verteilung (starke Konzentration eines grossen Teils dieser Einkommen in sehr wenigen Haushalten) ist eine Stichprobenerhebung nicht unbedingt geeignet, um den Gesamtwert dieser Einkommen bei der Bevölkerung zu eruieren. Die EVE ermöglicht zwar nicht, die Vermögenseinkommen der sehr reichen Haushalte ohne Verzerrung zu schätzen, gibt jedoch zuverlässigere Indikatoren zur Verteilung der Vermögenseinkommen im Rest der privaten Haushalte.
- Mit den VGR lässt sich nicht feststellen, welche Bevölkerungsgruppen von einer gewissen Entwicklung betroffen sind oder wie die Einkommen zwischen verschiedenen Haushaltskategorien verteilt sind.

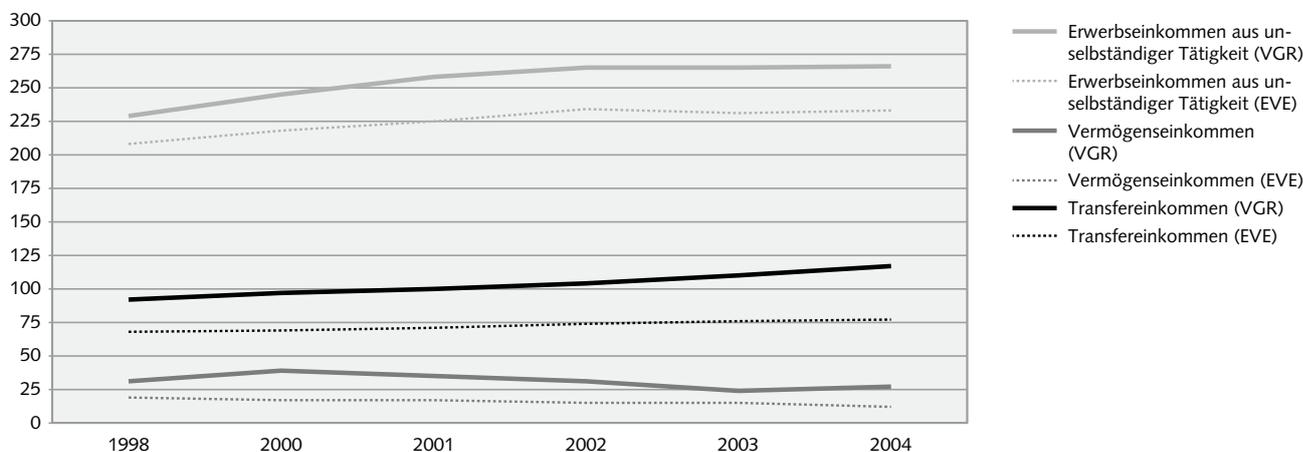
- Die EVE ermöglicht eine detailliertere Analyse der verschiedenen Bestandteile der Einkommen als die VGR.

Der Vergleich der Resultate der VGR und der EVE für die Jahre 1998 sowie 2000 bis 2004 zeigt, dass die VGR bei den drei Einkommensbestandteilen höhere absolute Werte als die EVE aufweisen (Grafik G31). Dies erklärt sich mit den Besonderheiten der beiden Statistiken. Die Bestandteile zeigen hingegen in beiden Statistiken eine ähnliche Entwicklung, und es ist keine grosse Inkohärenz zwischen beiden Zeitreihen von Resultaten festzustellen.

Bei den relativen Werten kann ebenfalls kein grundsätzlicher Unterschied zwischen den beiden Statistiken festgestellt werden (vgl. Grafiken G32 und G33). Das Erwerbseinkommen aus unselbständiger Tätigkeit stellt den grössten Teil des Einkommens der privaten Haushalte dar, gefolgt vom Transfereinkommen und vom Vermögenseinkommen. Der Anteil des Erwerbseinkommens aus unselbständiger Tätigkeit hat während der betrachteten Zeitspanne (1998 bis 2004) leicht zugenommen, und zwar um 1,0 Prozentpunkte in den VGR bzw. 1,5 Prozentpunkte in der EVE. Der Anteil der Transfers hat ebenfalls zugenommen, jedoch stärker in den VGR (+2,6 Prozentpunkte) als in der EVE (+1,0 Prozentpunkte). Schliesslich ist der Anteil des Vermögenseinkommens in beiden Statistiken zurückgegangen. Der Rückgang ist jedoch in der EVE (-2,5 Prozentpunkte) stärker als in den VGR (-1,8 Prozentpunkte).

Entwicklung der Zusammensetzung der Einkommen VGR und EVE, in Mio. Franken, zu laufenden Preisen, 1998-2004

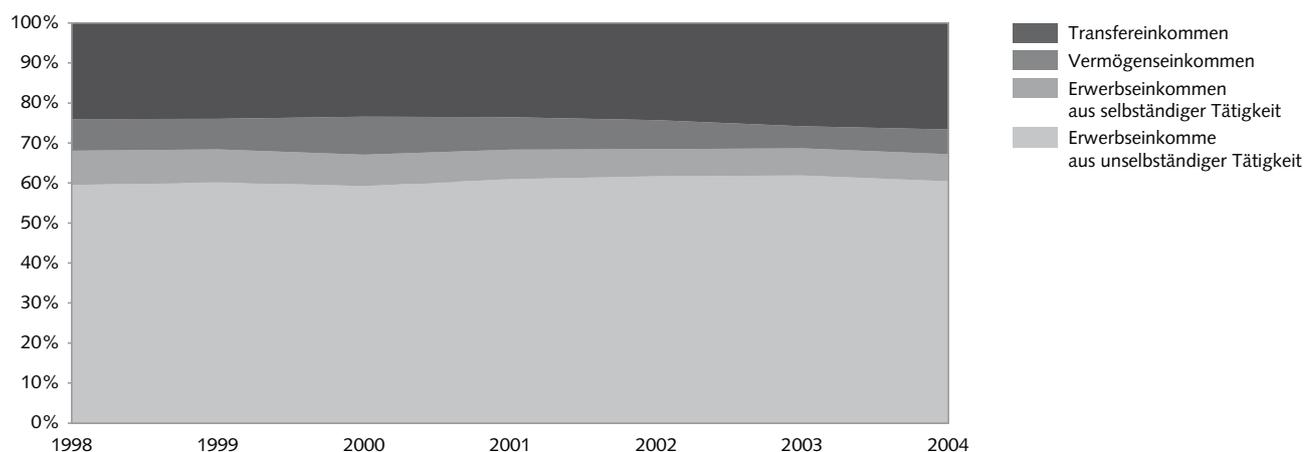
G 31



Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE), Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) © Bundesamt für Statistik (BFS)

Zusammensetzung der Einkommen VGR

G 32

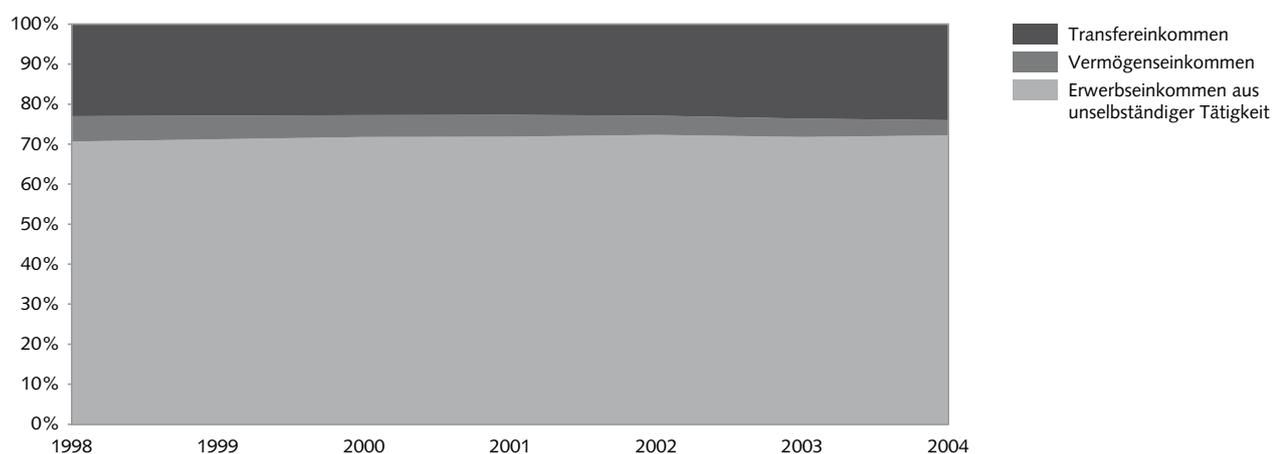


Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Zusammensetzung der Einkommen EVE

G 33



Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

E Glossar

Äquivalenzeinkommen

In der vorliegenden Untersuchung wird das Einkommen als Wohlfahrtsindikator betrachtet. In die Beurteilung des Haushaltseinkommens müssen deshalb auch die Haushaltsgrösse und -zusammensetzung einfließen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Lebenshaltungskosten nicht proportional zur Haushaltsgrösse steigen. So benötigt bspw. ein Zweipersonenhaushalt nicht ein doppelt so hohes Einkommen, um dasselbe Wohlfahrtsniveau zu erreichen wie ein Einpersonenhaushalt. Um solchen Skaleneffekten Rechnung zu tragen, werden die → Bruttohaushaltseinkommen (bzw. die → verfügbaren oder → kurzfristig verfügbaren Einkommen der Haushalte) in bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen umgerechnet,

das heisst durch ihre entsprechenden «Äquivalenzgrössen» dividiert. Diese werden ermittelt, indem die einzelnen Haushaltsmitglieder gewichtet werden: Die erste erwachsene Person mit 1.0, die zweite und jede weitere im Alter von über 14 Jahren mit 0.5 sowie jedes Kind unter 15 Jahren mit 0.3 (entspricht der modifizierten OECD-Äquivalenzskala). Die «Äquivalenzgrösse» eines Haushalts ergibt sich aus der Summe dieser Gewichte. Der Bildung von Äquivalenzeinkommen liegt die Annahme zugrund, dass ein Haushalt eine wirtschaftliche Einheit darstellt, dessen Gesamteinkommen allen Mitgliedern im selben Ausmass zugute kommt.

Analyseeinheit

Um das Wohlstandsniveau unterschiedlich grosser Haushalte vergleichbar zu machen, wird für jeden Haushalt ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen (→ Äquivalenzeinkommen) berechnet und den einzelnen Haushaltsmitgliedern zugeordnet. Gezählt werden bei den Analysen also nicht die Haushalte, sondern die darin lebenden Individuen. Damit wird berücksichtigt, dass einkommensschwache Haushalte durchschnittlich grösser sind als wohlhabende. Ohne diesen Wechsel von der Haushalts- auf die Personenebene würden die Analyseergebnisse das Wohlstandsniveau der Bevölkerung überschätzen, weil der einkommensschwache Bevölkerungsteil unter- und der einkommensstarke Bevölkerungsteil übervertreten wäre.

Arbeitsproduktivität

Die Arbeitsproduktivität misst die Effizienz, mit der die personellen Ressourcen im Produktionsprozess eingesetzt werden. Mehr Informationen finden Sie unter www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/volkswirtschaft/produktivitaet/blank/kennzahlen/02.html.

Bruttohaushaltseinkommen

Das Bruttohaushaltseinkommen fasst alle Einkommen sämtlicher Mitglieder eines Privathaushalts zusammen. Dazu gehören der Bruttolohn (vor den Sozialabzügen), die Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit, die Renten, die Zinsen, Naturalbezüge (Naturalleistungen des Arbeitgebers, Geschenke, Produkte aus dem eigenen Garten), Rückvergütungen usw.

Deflationierung

Wo nichts anderes vermerkt ist, werden Frankenbeträge teuerungsbereinigt zu Preisen von 2004 angegeben. Die Teuerungsbereinigung erfolgt, indem der Wert für jedes Jahr zu Preisen des Vorjahres berechnet wird. Die Indizes der einzelnen Jahre werden anschliessend verkettet. Basisjahr ist 2004. Falls nichts Gegenteiliges erwähnt ist, wird die Deflationierung auf der Grundlage des Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) vorgenommen. Im zweiten Teil der Arbeit ist der offizielle Jahresdurchschnittsindex, der die Situation im Mai widerspiegelt, so transformiert worden, dass die Einkommen der EVE 2004 auf ihrem nominellen Niveau belassen werden können.

Dezil, Quartil

Dezile und Quartile (allgemein Quantile) dienen dazu, Verteilungen zu beschreiben. Dazu wird die beobachtete Population nach dem interessierenden Merkmal (bspw.

Einkommen) geordnet und in 10 bzw. 4 gleich grosse Teile aufgeteilt. Anschliessend können die Einkommensanteile (Summen) berechnet werden, über welche jedes Zehntel bzw. Viertel der Bevölkerung verfügt. Bei Gleichverteilung wären diese Anteile jeweils konstant ein Zehntel bzw. ein Viertel. In der Realität ist dies jedoch nicht der Fall, d.h. die Einkommen wie auch die Vermögen sind ungleich verteilt. Ein Mass dieser Ungleichverteilung sind Quantilverhältnisse. Dabei können a) die Summen innerhalb oder b) die Grenzwerte zwischen den Quantilen betrachtet werden. Werden die Summen berücksichtigt, wird etwa formuliert: Die reichsten 10% der Bevölkerung haben zusammen 5,3 mal mehr als die ärmsten 10%. Diese Verhältniszahl 5,3 wird dann mit S90/S10 bezeichnet. Bei Betrachtung der Grenzwerte heisst es beispielsweise: Die reichsten 10% haben ein Einkommen von mindestens X Franken; dies ist Y mal mehr, als den ärmsten 10% maximal zur Verfügung steht. Diese Verhältniszahl Y wird mit P90/P10 bezeichnet. Der Grenzwert zwischen dem 2. und 3. Quartil ist der → Median.

Erwerbs- und Rentnerhaushalte

Als Rentnerhaushalte gelten alle Haushalte, deren → Referenzperson eine AHV-, IV- oder Frührente beziehen und nicht erwerbstätig sind. Alle übrigen Haushalte werden als Erwerbshaushalte klassiert.

Gesamtes Einkommen

Das gesamte Einkommen der privaten Haushalte entspricht dem Einkommen, das in den VGR auf der so genannten Aufkommenseite verbucht wird. Es umfasst das Einkommen aus selbständiger und unselbständiger Tätigkeit, das Vermögenseinkommen und das Transfer-einkommen.

Gini-Index, Gini-Koeffizient

Der Gini-Index oder Gini-Koeffizient ist ein Mass der (Un-)Gleichverteilung. Er kann Werte zwischen Null (Gleichverteilung: alle haben gleichviel) und Eins (maximale Ungleichverteilung: einer hat alles, alle anderen nichts) annehmen.

Kurzfristig verfügbares Einkommen

Das kurzfristig verfügbare Einkommen wird berechnet, indem man vom → verfügbaren Einkommen die periodischen Ausgaben mit längerfristiger Verpflichtung abzieht. Als solche gelten die Kosten für den Erstwohnsitz (Miete bzw. Hypothekarzins/Amortisation, Nebenkosten

für Heizung/Energie, Kehr- und Abwassergebühren, Wasserzins, laufende Unterhaltskosten), Beiträge für 3. Säule, Versicherungsprämien, Übertragungen an andere private Haushalte (ohne Alimente, die bereits zur Berechnung des verfügbaren Einkommens abgezogen werden) und übrige Steuern (Militärpflichtersatz, Hundesteuern, usw.).

Median

Der Median oder Zentralwert teilt die nach Grösse geordneten Beobachtungswerte in zwei gleich grosse Hälften. Die eine Hälfte der Werte liegt über, die andere unter dem Median.

Im Gegensatz zu einem anderen häufig verwendeten Lagemass, dem → arithmetischen Mittel, wird der Median durch Extremwerte nicht beeinflusst. Bei einer streng symmetrischen Häufigkeitsverteilung fällt der Median mit dem arithmetischen Mittel zusammen. Im Falle einer asymmetrischen Verteilung, z.B. des Einkommens, mit hohen Extremwerten liegt er unter dem arithmetischen Mittel und bei tiefen Extremwerten darüber. Je deutlicher die Asymmetrie ist, desto grösser ist der Unterschied zwischen arithmetischem Mittel und Median. Der Median ist auch bei asymmetrischen Verteilungen geeignet, die Lokation der Verteilung zu beschreiben.

Mittelwert, arithmetisches Mittel

Das arithmetische Mittel, auch Durchschnitt oder arithmetischer Mittelwert genannt, wird errechnet, indem man die einzelnen Beobachtungswerte addiert und die Summe durch die Anzahl der Beobachtungswerte teilt. Im Gegensatz zu einem anderen häufig verwendeten Lagemass, dem → Median, wird das arithmetische Mittel durch die Grösse der Extremwerte stark beeinflusst. Bei einer streng symmetrischen Häufigkeitsverteilung fällt das arithmetische Mittel mit dem Median zusammen. Im Falle einer asymmetrischen Verteilung mit hohen Extremwerten, z.B. beim Einkommen, liegt das arithmetische Mittel über dem Median, bei tiefen Extremwerten darunter. Je deutlicher die Asymmetrie ist, desto grösser ist der Unterschied zwischen arithmetischem Mittel und Median. Um die Lokation einer Verteilung zu beschreiben ist das arithmetische Mittel darum nur bei ungefähr symmetrischen Verteilungen geeignet. Eine Variante des arithmetischen Mittels, das gewichtete Mittel, ordnet jeder Beobachtung ein Gewicht zu.

Periodische Ausgaben mit längerfristiger Verpflichtung

→ Kurzfristig verfügbares Einkommen

Quartil

→ Dezil

Referenzperson

Die Referenzperson ist dasjenige Haushaltsmitglied, das am meisten zum Gesamteinkommen des Haushalts beiträgt.

Teuerungsbereinigung

→ Deflationierung

Transferzahlungen

Transferzahlungen sind ein Instrument der sozialstaatlichen → Umverteilung.

Umverteilung

Umverteilung ist ein Mittel, um → Verteilungs- Ungerechtigkeit d.h. zu grosse Ungleichheit zu verhindern, indem von den Wohlhabenden Mittel abgeschöpft werden, um diese den weniger gut Gestellten zukommen zu lassen (→ Transferzahlungen). Dem Sozialstaat stehen dazu verschiedene Instrumente mit Umverteilungswirkung zur Verfügung: Steuerprogression, Plafo- nierung der AHV-Renten, Stipendien, Arbeitslosenunter- stützung, Sozialhilfeleistungen usw.

Verfügbares Einkommen

Das verfügbare Einkommen wird berechnet, indem man vom Bruttohaushaltseinkommen die Zwangsausgaben abzieht. Dabei handelt es sich um obligatorische Auslagen wie beispielsweise die Sozialversicherungsbeiträge (AHV/ IV-Beiträge, berufliche Vorsorge usw.), die Steuern, die Krankenkassenprämien, die regelmässigen Transferzah- lungen an andere Haushalte (z.B. Alimente) und die Liegenschaftssteuern für den Hauptwohnsitz.

Verteilung

Alle knappen (d.h. nur in beschränkten Mengen vorhan- denen) Güter stehen nicht allen Mitgliedern einer Gesell- schaft unbeschränkt zur Verfügung, sondern sie werden durch bestimmte Steuerungsmechanismen verteilt. In einer Sozialen Marktwirtschaft wie der unseren ist der wichtigste dieser Mechanismen der Markt. Da der freie Markt aber nicht zu einer allgemein akzeptierten Vertei- lung führt, greift der Sozialstaat korrigierend ein; u.a. mit Instrumenten zur → Umverteilung.

Zwangsausgaben

→ Verfügbares Einkommen

F Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft	IV	Invalidenversicherung
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung	KSUV	Kommission für die Statistik der Unfallversicherung
AHVG	Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung	LIK	Landesindex der Konsumentenpreise
ALV	Arbeitslosenversicherung	LSE	Schweizerische Lohnstrukturerhebung
AVIG	Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung	MWST	Mehrwertsteuer
AVOL	Arbeitsvolumenstatistik	NBUV	Nichtberufsunfallversicherung
BAG	Bundesamt für Gesundheit	OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
BESTA	Beschäftigungsstatistik	OKPV	Obligatorische Krankenpflege-Grundversicherung
BFS	Bundesamt für Statistik	POoE	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
BIP	Bruttoinlandprodukt	RAV	Regionales Arbeitsvermittlungszentrum
BPV	Bundesamt für Privatversicherungen	SAKE	Schweizerische Arbeitskräfteerhebung
BSV	Bundesamt für Sozialversicherungen	SAM	Social Accounting Matrix
BUV	Berufsunfallversicherung	SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
BV	Berufliche Vorsorge	SNB	Schweizerische Nationalbank
EFV	Eidgenössische Finanzverwaltung	SPI	Swiss Performance Index
EO	Erwerbsersatzordnung	SUVA	Schweizerische Unfallversicherungsanstalt
ESVG	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen	UV	Unfallversicherung
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule	UVAL	Unfallversicherung für Arbeitslose
ETS	Erwerbstätigenstatistik	VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
EVE	Einkommens- und Verbrauchserhebung	VZ	Eidgenössische Volkszählung
EZV	Eidgenössische Zollverwaltung	ZAR	Zentrales Ausländerregister
F&E	Forschung und Entwicklung		
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung		
IARIW	International Association for Research in Income and Wealth		

Literatur

- Botschaft (2005) zur Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (5. Revision) vom 22. Juni 2005, BBL 2005, 4459.
- Bucks Brian and Moore Kevin (2006): Measuring the Role of Self-Employment in Earnings Inequality; Beitrag im Rahmen der 29. Konferenz der IARIW (International Association for Research in Income and Wealth). Joensuu, Finnland.
- Bundesamt für Gesundheit (2007): Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2005. Bern.
(siehe auch: <http://www.bag.admin.ch/themen/krankenversicherung/01156/index.html?lang=de>)
- Bundesamt für Sozialversicherungen (2006): Schweizerische Sozialversicherungsstatistik. Gesamtrechnung, Hauptergebnisse und Zeitreihen der AHV, IV, EL, BV, KV, UV, EO, ALV, FZ. Bern.
(siehe auch: <http://www.sozialversicherungen.admin.ch/index.php?ct=rubrik&path=0,117,131>)
- Bundesamt für Statistik (2007): Armut von Personen im Erwerbsalter. Armutsquote und Working-Poor-Quote der 20- bis 59-jährigen Bevölkerung in der Schweiz zwischen 2000 und 2005. Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2006): Selbständige Erwerbstätigkeit in der Schweiz. Eine Untersuchung zu den Ergebnissen der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung. Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2005): Die Schweizer Wirtschaft von den Neunzigerjahren bis heute. Wichtige Fakten und Konjunkturanalysen. Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2004): Arm trotz Erwerbstätigkeit. Working Poor in der Schweiz. Ausmass und Risikogruppen auf der Basis der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung 2003 (SAKE). Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2003): Arm trotz Erwerbstätigkeit. Working Poor in der Schweiz. Ausmass und Risikogruppen auf der Basis der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung 2002 (SAKE). Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (diverse Jahrgänge): Statistisches Jahrbuch der Schweiz. Zürich.
- Canberra Group (2001): Expert Group on Household Income Statistics. Final Report and Recommendations. Ottawa.
- ESVG Eurostat (1996): Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. ESVG 1995. Brüssel/Luxemburg.
- Leu, Robert / Burri, Stefan / Priester, Tom (1997): Lebensqualität und Armut in der Schweiz. 2. Aufl. Bern/Stuttgart/Wien.
- Schweizerische Nationalbank (2006): Finanzierungsrechnung der Schweiz 2004. Bestände der Forderungen und Verpflichtungen. Zürich.
- Torrini Roberto (2006): Self-Employment Incidence, Overall Income Inequality and Wage Compression; Beitrag im Rahmen der 29. Konferenz der IARIW (International Association for Research in Income and Wealth). Joensuu, Finnland.

Publikationsprogramm BFS

Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat – als zentrale Statistikstelle des Bundes – die Aufgabe, statistische Informationen breiten Benutzerkreisen zur Verfügung zu stellen.

Die Verbreitung der statistischen Information geschieht gegliedert nach Fachbereichen (vgl. Umschlagseite 2) und mit verschiedenen Mitteln:

Diffusionsmittel

Individuelle Auskünfte

Das BFS im Internet

Medienmitteilungen zur raschen Information der Öffentlichkeit über die neusten Ergebnisse

Publikationen zur vertieften Information (zum Teil auch als Diskette/CD-Rom)

Online-Datenbank

Kontakt

032 713 6011

info@bfs.admin.ch

www.statistik.admin.ch

www.news-stat.admin.ch

032 713 6060

order@bfs.admin.ch

032 713 6086

www.statweb.admin.ch

Nähere Angaben zu den verschiedenen Diffusionsmitteln im Internet unter der Adresse www.statistik.admin.ch → Dienstleistungen → Publikationen Statistik Schweiz

Wirtschaftliche und soziale Situation

Einkommen, Verbrauch und Vermögen

Einkommens- und Verbrauchserhebung 2004 (EVE 2004). Kommentierte Ergebnisse und Tabellen, BFS, Neuchâtel 2007, Gratis, Bestellnummer: 014-0401

Lebensqualität und Armut

Armut von Personen im Erwerbsalter. Armutsquote und Working-Poor-Quote der 20- bis 59-jährigen Bevölkerung in der Schweiz zwischen 2000 und 2005, BFS, Neuchâtel 2007, Gratis, Bestellnummer: 851-0500

Données sociales – Suisse. Intégration et réseaux sociaux. Déterminants de l'isolement social en Suisse, OFS, Neuchâtel 2006, 8 francs (excl. TVA), Numéro de commande: 526-0300 (französisch mit deutscher Zusammenfassung)

Unbezahlte Arbeit

Arbeitsplatz Haushalt: Zeitaufwand für Haus- und Familienarbeit und deren monetäre Bewertung. Statistische Grundlagen und Tabellen für die Bemessung des Haushaltsschadens auf der Basis SAKE 2004 und LSE 2004, BFS, Neuchâtel 2006, Gratis, Bestellnummer: 778-0600

Satellitenkonto Haushaltsproduktion. Pilotversuch für die Schweiz BFS, Neuchâtel 2004, Fr. 10.– (exkl. MWST), Bestellnummer: 643-0400

Das Einkommen der privaten Haushalte ist sowohl aus wirtschafts- als auch aus sozialpolitischer Sicht eine wichtige Grösse. Aus Sicht der Makroökonomie wird das Einkommen entweder konsumiert oder gespart und bildet somit einen zentralen Pfeiler der Konjunktur. Andererseits ist das Einkommen einer der Indikatoren für die Wohlfahrt: Einem Haushalt geht es materiell umso besser, je höher sein Einkommensniveau ist.

Im ersten Teil der Publikation wird das gesamte Einkommen der privaten Haushalte und dessen Zusammensetzung auf der Grundlage der Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) präsentiert. Das Einkommen der privaten Haushalte stammt aus der beruflichen Tätigkeit, aus Transfers oder aus dem Vermögen. Es wird der Frage nachgegangen, wie sich die Zusammensetzung des Einkommens in den letzten 15 Jahren entwickelt hat und wie diese Änderungen zu interpretieren sind. Thema des zweiten Teils ist der Übergang vom Bruttoeinkommen zum verfügbaren und zum kurzfristig verfügbaren Einkommen. Hierzu werden die Daten der Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE) verwendet. Schwerpunkt bildet die Frage nach der Einkommensverteilung und -umverteilung zwischen den privaten Haushalten.

Bestellnummer

879-0700

Bestellungen

Tel.: 032 713 60 60

Fax: 032 713 60 61

E-Mail: order@bfs.admin.ch**Preis**

Fr. 9.– (exkl. MWST)

ISBN 978-3-303-20018-6



Erratum

Zur Publikation «Finanzielle Situation der privaten Haushalte»

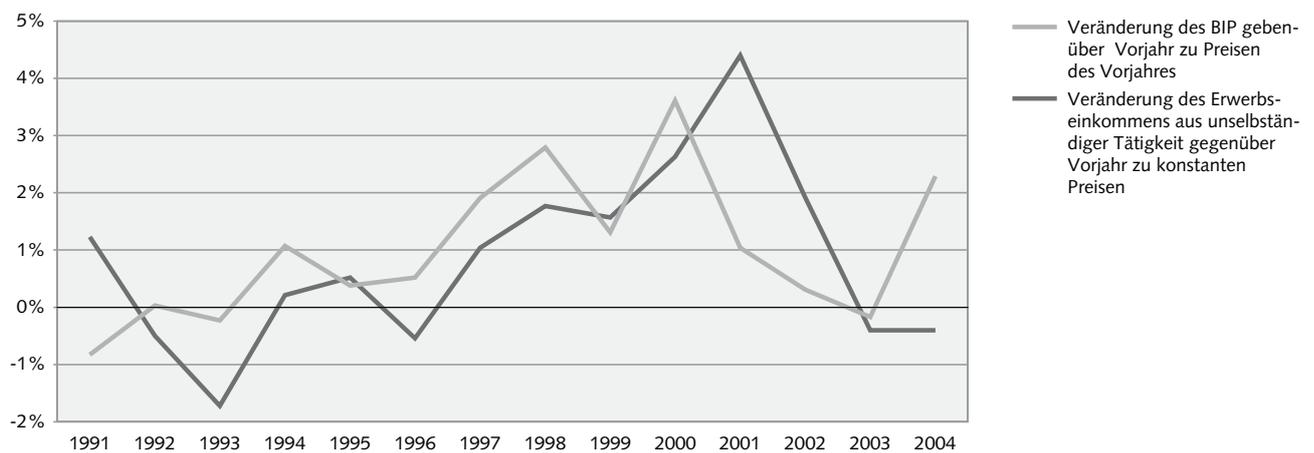
ISBN 978-3-303-20018-6

Auf der Seite 12 der Publikation in Grafik G4 ist die Angabe zur Veränderung des Erwerbseinkommens aus unselbständiger Tätigkeit für das Jahr 2004 falsch: Die Veränderung für das Jahr 2004 beträgt nicht 0%, sondern -0.4%.

Anbei die berichtigte Grafik:

Veränderung des Bruttoinlandprodukts und des Erwerbseinkommens aus unselbständiger Tätigkeit, 1991–2004

G 4



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Auf der Seite 49 der Publikation in der Tabelle T11 wurden irrtümlich falsche Werte eingefügt.

Anbei die berichtigte Tabelle:

T11 Verteilung des kurzfristig verfügbaren Äquivalenzeinkommens 2004, nur Personen in Erwerbshaushalten

Anteil 1. Dezil	2,4%	S90/S10	8,6
Anteil 10. Dezil	20,8%		
Anteil 1. Quartil	10,7%	QA4/QA1	4,0
Anteil 4. Quartil	42,8%		
Anteil 2. Quartil	19,5%	QA3/QA2	1,39
Anteil 3. Quartil	27,0%		

Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE)

Auf Seite 56 der Publikation, in der Definition des Äquivalenzeinkommens, muss das Alter korrigiert werden (rechte Spalte, Zeile 6)

Richtig müsste es heissen:

...im Alter von 14 oder mehr Jahren mit 0,5 sowie jedes Kind unter 14 Jahren mit 0,3...